

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 29. November 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1984.

Der Turko als Wahlhelfer.

II.

Am 16. November verbreitete die „nationale“ Presse Deutschlands mit großem Geschrei die Nachricht, daß Frankreich jetzt darangehe, die militärische Organisation Marokkos durchzuführen. Der Anlaß hierzu wurde gegeben durch einen Artikel des „Echo de Paris“, in dem Marcel Hutin einen angeblich auf Informationen aus dem Kriegsministerium beruhenden Organisationsplan der marokkanischen Streitkräfte mitteilte. Danach sollte in ähnlicher Weise wie in Tunis ein Okkupationskorps geschaffen werden, dessen Kommando ebenso wie der künftige französische Ministerpräsident in der alten Sultanstadt Meknes in der Nähe von Fez seinen Sitz erhalten sollte. Ferner sollte ein einheitliches Höchstkommando für die nordafrikanischen Streitkräfte Frankreichs in Marokko, Algerien und Tunesien errichtet werden.

Die Mitteilungen, die Hutin über die neuzubildenden Truppeneinheiten brachte, klangen gar nicht so unwahrscheinlich. An europäischen Truppen sollten entsprechend den algerischen Regimentern und mit diesen entnommenen Stammformationen ein fünftes Quaberegiment und ein siebentes Regiment chassours d'Afrique gebildet werden. Aus den Eingeborenen Marokkos sollten dann zwei neue Spahiregimenter und zwei Tirailleurs (Turko)regimenter errichtet werden. Für den Sultan von Marokko würden, ähnlich wie die tunesische Bei-Truppe, zwei marokkanische Schützenregimenter mit französischen Cadres formiert. Außerdem sollten auch die irregulären Aufgebote der Eingeborenen, die „Gums“ vermehrt und weiter ausgebaut werden. Alle diese Eingeborenentruppen sollten aber nicht aus Freiwilligen bestehen, wie die entsprechenden Formationen in Algerien, sondern sollten sofort ordnungsmäßig rekrutiert werden, denn Frankreich wollte in Marokko sofort ein Militärpflichtgesetz einführen. Auch bei der Artillerie sollte das Eingeborenenelement stark vertreten sein.

Das letztere klang freilich sehr unglaubhaft. Denn so lange Frankreich eine nordafrikanische Armee besitzt, hat es vermieden, Araber und Berber zum Dienst bei der Artillerie heranzuziehen. Dabei spielt weniger die mangelnde Befähigung der Eingeborenen für die Technik dieser Waffe eine Rolle, als vielmehr die Befürchtung, die Eingeborenen könnten die Kenntnis des Geschützdienstes in sehr unangenehmer Weise gegen ihre Beherrscher verwenden. Darum ist die Artillerie in den Kolonien stets als Waffe betrachtet worden, die in erster Linie das militärische Übergewicht des europäischen Obererers repräsentiert und deren Handhabung ausschließlich europäischen Mannschaften vorbehalten blieb. Nur in Indochina sind einigen Kolonialbatterien eine Anzahl Eingeborener zugewiesen worden, die die europäischen Mannschaften in dem erschlaffenden Tropenklima in gewissen Dienstverrichtungen entlasten müssen. Aber auch hier sind Nichtafrikaner und dergleichen unter allen Umständen Europäer. Keinesfalls liegen die Dinge übrigens auch bei der englischen Kolonialarmee; die Artillerie des anglo-indischen Heeres besteht zum weitaus größten Teile aus Europäern.

Die Mitteilungen des „Echo de Paris“ wurden von der deutschen Presse kritisch aufgenommen. Die „Post“ unter anderen widmete ihnen „mit schmerzlicher Genugtuung“ einen Artikel, in dem sie nachzuweisen suchte, daß die seit Juli von ihr ausgesprochenen Warnungen von der „schwarzen Gefahr“ dadurch ihre Bestätigung erhalten hätten. Ob der Artikel von Hutin auch bei den Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstages eine Rolle gespielt hat, wissen wir nicht; es ist aber nicht unwahrscheinlich.

Aber unsere Rüstungsheher können mit diesem militärischen Organisationsplan für Marokko ebensowenig Geschäfte machen, wie mit der Bratenrede von Caillaux. Bereits am 17. November nämlich wurden die Angaben des „Echo de Paris“ vom französischen Kriegsminister dementiert. Nun haben wir Sozialdemokraten nicht die geringste Veranlassung, ein Dementi des französischen Bourgeoisministeriums höher einzuschätzen als solche der preussisch-deutschen Zunft- und Bureaokratieverwaltung. Aber in diesem Falle wird das Dementi bestätigt einmal durch die Tatsachen selbst, dann aber auch durch eine Breihäufung, der mehr Wert beizumessen ist, als den Auslassungen des „Echo de Paris“.

Es wäre die größte Dummheit, die die französische Regierung begehen könnte, wenn sie die militärische Organisation Marokkos so durchführen wollte, wie sie oben geschildert wurde, wenn sie vor allem ihrem unter so vielen Schwierigkeiten anerkannten Protektorat über Marokko eine so gefährliche Belastungsprobe, wie sie die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sein würde, zumuten würde. Frankreich muß noch auf lange Zeit hinaus bei seiner Tunisifizierungsarbeit in Marokko die Fiktion von der Herrscherwürde des Sultans, mag dieser auch noch so sehr finanziell und militärisch von ihm abhängen, aufrecht erhalten. Es kann schon nicht wagen, im „blad-el-maghzen“, d. h. in den dem Sultan tatsächlich unterworfenen Landesteilen (das ist nur ungefähr ein Drittel des marokkanischen Landgebietes) die Eingeborenen zum Dienst unter der Trifolore zu pressen, noch viel weniger darf es daran denken, im „blad-el-siba“, d. h. bei den zahlreichsten Stämmen, die in dem Sultan höchstens das religiöse Oberhaupt sehen, mit derartigen Gewaltmaßnahmen zu kommen.

Eine allgemeine Erhebung der marokkanischen Stämme würde die Antwort auf jeden Versuch der gewalttätigen Militarisierung des Landes sein. Man kann der französischen Regierung schon zutrauen, daß sie das Risiko eines blutigen, langwierigen Krieges, der natürlich auch diplomatische Schwierigkeiten mit den anderen Mächten, vor allem Deutschland, im Gefolge haben würde, nicht auf sich nimmt. Sie wird auf dem anderen Wege, den sie einschlagen muß, schon genug Hindernisse zu überwinden haben. Sie wird allmählich von den Regionen aus, wo die französische Militärdiktatur schon ihre Nägel in die marokkanische Wand eingeschlagen hat, vom Kuluja-Gebiete (Udschda), vom Schauja-Gebiete (Caja blanca), von Mehadia und Meknes aus, Schritt für Schritt vordringen, manchen Stammesaufstand niederzuwerfen, viele militärische Stützpunkte anzulegen haben, ehe an eine geregelte Zivilverwaltung zu denken ist. Noch auf Jahre hinaus werden Maschinengewehr und duro (Goldstück), d. h. die Besteckung von caids, Stammeshäuptlingen, in Anwendung gebracht werden müssen, ehe die Frage, ob man marokkanische Armeekorps gegen Deutschland marschieren lassen könne, überhaupt diskutabel ist. Daß die Franzosen auch unter der marokkanischen Bevölkerung einzelne Landknechtsnaturen finden werden, die sich anwerben lassen, um die heillosen Turkoform anzuziehen oder um in den Spahisattel zu steigen, soll zugegeben werden, hieron aber ist bis zu den zehn nordafrikanischen Armeekorps des Oberst Wolff im „Deutschen Offizierblatt“ noch ein unendlich weiter Schritt. Jedenfalls kann dieses Argument für das angebliche Bestehen einer „schwarzen Gefahr“ unserer nationalen Schreien bei ihrer Rüstungshehe nichts nützen.

Daß die französischen Imperialisten auf eine Ausnutzung des marokkanischen Menschenmaterials für einen Krieg gegen Deutschland auf lange hinaus nicht rechnen, geht aus einem Leitartikel des „Temps“ vom 19. November hervor. Dieses Blatt ist das Sprachrohr des französischen Kolonialkapitalismus und Kolonialmilitarismus, und man findet in ihm wertvolle Informationen über Pläne und Anschauungen des französischen Imperialismus. In dem erwähnten Artikel des „Temps“ wird ganz entschieden gegen die Ausführungen des „Echo de Paris“ über eine Militarisierung Marokkos Front gemacht. Es wird dargetan, daß die Errichtung von marokkanischen Turko- und Spahiregimentern, ganz so schweigen von der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, einer sehr langen Vorbereitung bedürfe, und daß gar nicht daran zu denken sei, ein neues Armeekorps aus Marokkanern zu bilden. Die von Hutin angegebenen Organisationsdetails werden als Ausgebirten des militaristischen Schematismus bezeichnet, der vom grünen Tisch aus eine der algerischen ähnliche militärische Organisation in Marokko einführen wolle, das hierfür noch lange nicht reif sei. Der „Temps“ betont dabei ausdrücklich, daß der Kriegsminister Messimy und die Generale Galleni, Gautay und andere nordafrikanischen Autoritäten mit ihm vollständig gleicher Meinung seien. Danach soll zunächst unter allen Umständen das jetzt in Marokko stehende französische Expeditionskorps beibehalten und die Unterwerfung des Landes in Form einer „action de polios“ durchgeführt werden, also in der Weise, wie wir es weiter oben kurz skizziert haben. Erst nach und nach könne man in den unterworfenen Distrikten an die Formation von französisch-marokkanischen Polizeitruppen herangehen, die aus Eingeborenen mit französischen Offizieren und Unteroffizieren bestehen sollten. Aber diesen Polizeitruppen müsse das französische Expeditionskorps als Rückgrat dienen. Jeder andere Weg würde nicht zu einer „Pazifikation“, sondern zu einem allgemeinen Kriege mit der marokkanischen Bevölkerung führen. Hier kollidieren aber die Wünsche der „militärischen Ideologen“ mit denen der Kolonialkapitalisten, die natürlich möglichst bald Vorteile von dem neuen Protektorat haben wollen. Der „Temps“ trägt dem auch Rechnung, indem er sagt, daß nur auf dem von ihm angegebenen Wege, der auch der des Kriegsministeriums ist, mit der militärischen Befestigung auch die „infiltration commerciale“ des Landes Hand in Hand gehen könne.

Tatsächlich bedeutet die Ueberlassung Marokkos an Frankreich auf Jahre hinaus nicht eine militärische Stärkung der dritten Republik, sondern eher das Gegenteil. Das Expeditionskorps, das gegenwärtig in Marokko steht und dort noch auf Jahre hinaus mindestens in derselben Stärke beibehalten wird, zählt nach französischen Angaben an europäischen Truppen 10 1/2 Bataillone Infanterie, 5 Schwadronen Kavallerie, 10 Batterien und 3 1/2 Kompanien sowie 3 Detachements Pioniere; an eingeborenen Truppen (Algerien und Senegalesen), 10 Bataillone Infanterie, 4 Schwadronen Spahis, 2 algerische „Gums“ und je 6 marokkanische Gums zu Fuß und zu Pferde. Davon sind aber, abgesehen von Artillerie und Pionieren sowie den in der Region von Udschda detachierte Truppen der Division Dran, 11 1/2 Bataillone Infanterie und alle 9 Kavallerieschwadronen dem 19. (algerischen) Armeekorps entnommen, was naturgemäß eine militärische Schwächung der alten nordafrikanischen Weisungen bedeutet. Wir haben schon darauf hingewiesen, welche Schwierigkeiten Frankreich daraus im Süden der Provinz Dran und in Tunesien erwachsen. Denn nur da, wo die Allgewalt des Säbels herrscht, ist man der Eingeborenen einigermassen sicher.

Wie wenig übrigens Frankreich der militärischen Zuerlässigkeit der Araber und Berber traut, geht auch noch aus der Tatsache hervor, daß bei den in Nordafrika stehenden Streitkräften das Verhältnis des europäischen zum eingeborenen

Element ungefähr wie 2 zu 1 sich verhält, d. h. auf zwei europäischen Soldaten kommt erst ein Eingeborener. Bei der anglo-indischen Armee ist das Verhältnis von europäischen Truppen zu den Natives (Eingeborenen-Truppen) ungefähr wie 1 zu 3, d. h. auf einen englischen Soldaten kommen drei Eingeborene. Wir wissen allerdings, daß sich gegen diese Gegenüberstellung manches sagen läßt, sie beweist aber, daß das Geschrei unserer Rüstungsheher über die Einreichung der Turkos in 10 Armeekorps eitel Schwindel ist.

Jedenfalls kann aus all dem dargelegten Gründen unserer Rüstungshehern und Bahldemagogen, die so gerne mit dem Turkoespensit arbeiten möchten, das Konzept gründlich verborgen werden. Sie haben zwar noch andere Argumente auf Lager, aber auch bei diesen werden wir nachweisen, daß damit für Rüstungstreiber und chauvinistische Demagogenkünste nicht viel anzufangen ist.

Der deutsch-englische Gegensatz.

Die Rede Greys schloß mit dem Wunsch, die deutsch-englische Spannung möge sich vermindern. Der englische Ministerpräsident unterstrich in der Debatte die friedlichen Tendenzen seiner Regierung und erklärte die Erhaltung des Weltfriedens als Ziel der englischen Politik. Der Führer der konservativen Opposition gab sein volles Einverständnis mit dieser Politik zu erkennen und fügte hinzu, er könne sich kaum ein schrecklicheres Unglück denken als einen deutsch-englischen Krieg. Nur als Ergebnis menschlicher Torheit könne ein solches Unglück eintreten.

Nun, all diese Friedensreden sind in der deutschen bürgerlichen Presse mit größter Skepsis aufgenommen worden. Dieselben Leute, die sonst der Auffassung huldigen, daß die Weltgeschichte von Ministerreden, wenn nicht bewegt, so doch authentisch interpretiert werde, äußern sich sehr despektierlich über die englische Friedenspolitik. Sie konstataren, daß es mit Reden nicht getan sei und wollen Taten sehen, und sie verstehen darunter, daß England aufhört, ein Hindernis zu sein, wenn Deutschland auf neuen Kolonialerwerb ausgeht.

Und das ist das wichtige: die englischen Friedensreden ändern nicht das geringste an den imperialistischen Gegensätzen, die heute das Verhältnis der großen kapitalistischen Staaten zu einander immer feindseliger gehalten und aus lächerlichem Anlaß zu einem Weltkrieg führen können. Die deutsche Bourgeoisie ist von einem wahren Heißhunger nach kapitalistischer Expansion befallen und ihr genügt es nicht, wenn die englische Bourgeoisie, die im Besitze wohnt, im Bunde mit der französischen sie mit kleinen und schlechten Proden abzuspeisen sucht. Sie möchte mehr und deshalb der Grimm über das seemächtige England, das ernsteste Hindernis ihrer weitreichenden Wünsche.

Daher können bloße Reden von Ministern an der Kriegsgeschichte, die der Kapitalismus heraufbeschworen hat, nichts ändern. Deshalb ist die auswärtige Politik in allen Staaten das wichtigste Problem der inneren Politik geworden. Nur wenn die Macht des Proletariats so erstarbt ist, daß es den herrschenden Klassen nicht mehr freisteht, ihre Politik bis zum blutigen Ende zu verfolgen, nur dann kann „das Ergebnis der Torheit“ verhütet werden. Und deshalb ist auf keinem Gebiet der Politik grundsätzlicher und entschlossener Widerstand gegen die Politik der Herrschenden nötiger als gerade auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten und gerade dann um so nötiger, je gefährlicher solche Politik wird.

Und die Folgen imperialistischer Politik sind nur allzu sehr geeignet, das Proletariat aufzuklären. Das richtige Wort in der Debatte des englischen Unterhauses hat Genosse Keir Hardie gesprochen als er sagte, das Resultat der heutigen Rede Greys werde eine sehr große und völlig unnötige Vermehrung der Ausgaben für die Flotte in Deutschland und England sein. Und die Lehre, die fast einstimmig die bürgerliche Presse Deutschlands aus den Verhandlungen zieht, heißt: Vermehrung der Rüstungen.

Vermehrung der Rüstungen, um neue Kolonien, sei es im Frieden, sei es im Kriege, zu erwerben, Vermehrung der Rüstungen, also Vermehrung der Steuerlasten, neue indirekte Steuern für den unerfüllten Militarismus und Marinismus, neue indirekte Steuern, die sich auf dem Wege der Kolonialausgaben in berauschende Profite für eine Handvoll Kapitalisten verwandeln — also eine neue Drehung der Schraube, bis dann dem Schreden ohne Ende der Schreden des Weltkrieges ein Ende macht.

Das ist Imperialismus, das ist kapitalistische Politik, und keine Regierung eines kapitalistischen Staates hat die Macht oder den Willen, dem Verderben Einhalt zu tun. Das kann nur die Klasse, die dieser Politik mit dem Kapitalismus zugleich ein Ende setzen kann, das kann nur das Proletariat, wenn es, im Besitze der Staatsmacht, den Widerstreit der Profitinteressen aufhebt durch die Solidarität der arbeitenden Massen.

Der Schluß der Rede.

Sir Edward Grey führte weiter aus: Wir wußten, Frankreich hegte den ersten Wunsch nach einer Verständigung und würde die Verhandlungen nicht plötzlich abbrechen. Wir glaubten auch nicht, daß die deutsche Regierung dies

Die Inflation-Gebühr

bedingt für die festgesetzte Kolonialgebühren oder deren Ausmaß 10 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereine und Veranlassungen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pfg. (zweifache Zeitgebühren Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengebühren und Einschickungsgebühren das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 6 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Injuncten für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

für Würde, obwohl ihre Ansichten über den Lauf der Verhandlungen uns unbekannt waren. Es sah ein, oder zweimal später im Sommer so aus, als ob die Verhandlungen auf einem toten Punkt tonnen könnten. Natürlich würde der nächste diplomatische Schritt für eine an der Aggression beteiligte Macht der gewesen sein, eine

Konferenz

vorgeschlagen. Das wäre ein Schritt gewesen, den zu tun wir bereit gewesen wären. Ich hätte die deutsche Regierung im Juli daraufhin sondiert. Die Antwort deutete an, daß der Vorschlag nicht annehmbar erscheinen dürfte. Das war das Bedenken an der diplomatischen Lage.

Im anderen Falle hätten die Dinge dann nicht besser, sondern schlechter werden können. Wir würden folgende Lage vor uns gehabt haben: Wir würden auf alle Fälle den

Anfang einer Kasteiung Marokkos

gehabt haben zwischen den drei Parteien Frankreich, Deutschland und Spanien, die verschiedene Stellen im Besitz hatten. Wir würden dann keinen Anteil an Verhandlungen gehabt haben, wir würden aber an die Erklärung gebunden gewesen sein, daß wir keine Regelung anzuerkennen vermöchten, bei der wir nicht gefragt worden wären. Wenn die Verhandlungen gescheitert wären, so würden wir die Aussicht auf eine

sehr gespannte diplomatische Situation

gehabt haben, und zweifellos ist dieser Zeitraum wirklich von Zeit zu Zeit voll Spannung gewesen nicht wegen dessen, was in den nächsten 24 Stunden sich ereignen würde, sondern wegen der Verjüngung um das, was sich möglicherweise ereignen konnte. Das ist eine genaue und getreue Wiedergabe der Situation, wie sie bestand, eine Darlegung oder wirkliche Laisfaden der Situation, welche in Anbetracht des Gerades von Kriegesgefahr nicht alarmierend und beunruhigend, sondern vielmehr auf die Erregung wirken sollte. (Weisfall.)

Wir haben die geheimen Artikel des englisch-französischen Abkommens veröffentlicht; andere geheime Verpflichtungen gibt es nicht. Grey erinnerte sich daran, daß England vor einigen Jahren mehrmals am Rande eines Krieges mit Frankreich oder Rußland gewesen sein sollte, während jetzt das alles zu Ende gekommen ist, da die vorige Regierung die Meinungen und Schwächen mit Frankreich in Beziehungen herzlicher Freundschaft umgewandelt hat. (Weisfall.) Ebenso ist es mit Rußland gegangen. Es ist gut, daß dies so gegangen ist, weil in verschiedenen Teilen der Welt die britischen Interessen sich mit den französischen und russischen berühren und reizen und es schwierig ist, einen Mittelweg zu finden zwischen der beständigen Neigung zu Reibungen und herzlicher Freundschaft. Nur herzliche Freundschaft schafft das Maß von Duldsamkeit und gutem Willen, das notwendig ist, um Schwierigkeiten und Reibungen zu verhindern, die sonst entstehen könnten. (Weisfall.) Außerdem ist unsere Freundschaft mit Frankreich und Rußland an sich eine Garantie dafür, daß keine der beiden Mächte eine herausfordernde oder aggressive

Politik gegen Deutschland

verfolgen wird, das ihr und unser Nachbar ist. Jede Unterstützung, die wir Rußland oder Frankreich in schwieriger Zeit leisten würden, würde ganz und gar von der Stimmung des Parlaments und der öffentlichen Meinung abhängen. Sowohl Frankreich wie Rußland wissen sehr wohl, daß die britische öffentliche Meinung einem herausfordernden oder aggressiven Vorgehen gegen Deutschland keine Unterstützung leisten würde. (Weisfall.) Derselben Erwägungen würden bei Frankreich und Rußland maßgebend sein. Wir wissen ganz genau, daß keines von beiden Ländern eine herausfordernde oder aggressive Politik gegen Deutschland zu befolgen beabsichtigt, und wenn es wahr wäre, was manchmal in einem Teile der Presse des Kontinents gesagt worden ist, daß wir versucht hätten, Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland und Rußland und Deutschland zu schaffen, und wenn es nicht unsere Politik gewesen wäre, den Weg ihrer diplomatischen Beziehungen zu Deutschland zu ebnen, so würde die Freundschaft zwischen uns und ihnen nicht haben andauern können.

Lassen Sie mich nun folgendes sagen:

Deutschlands Stärke

ist in sich selber eine Garantie, daß kein anderes Land einen Streit mit ihm suchen wird. Das ist eine Seite des Schutzes, auf die Deutschland wohl stolz sein kann. Aber die deutsche öffentliche Meinung sollte daran denken, daß es eine andere Seite des Schutzes gibt. Wenn eine Nation die größte Armee in der Welt besitzt, wenn sie eine sehr große Flotte schon besitzt und im Begriffe steht, eine noch größere zu bauen, dann muß sie alles in ihrer Macht stehende tun, um die sonst natürliche

Befürchtungen anderer zu verhindern,

die keine aggressiven Absichten besitzen, daß diese Macht mit ihrem Meer und ihrer Flotte aggressive Tendenzen gegen sie verfolgen könnte. (Weisfall.) Das ist die andere Seite. Ich glaube nicht an diese aggressiven Pläne. (Weisfall.) Ich möchte nicht so verstanden werden. Aber man muß sich vor Augen halten, daß andere Nationen besorgt und empfindlich werden und nach irgend welchen Anzeichen von aggressiven Absichten Ausschau halten. Alles, was wir und die anderen Nachbarn Deutschlands wünschen, ist,

auf gleichem Fuße

mit ihm zu leben. (Weisfall.)

Es gibt eine auswärtige Politik, die verschieden ist von der, die ich zu schildern versuchte, und es scheint, daß sie in einigen Kreisen bejubelt wird. Wir können sie einfach unheilvoll zu sein. Sie besteht darin, daß wir es zu verstehen geben sollten, daß wir unter keinen Umständen einen unserer Freunde irgendwelchen Versuch leisten sollten, in die herausfordernde oder unverschämte Weise er auch angegriffen wird. (Weisfall.) Das würde ein Versuch sein, zu dem zurückzukehren, was man einmal die Politik der glänzenden Isolation nannte. Sie würde uns der Möglichkeit berauben, auch nur einen Freund in Europa zu besitzen. (Weisfall.) Jede Großmacht, welche heutzutage versuchen würde, eine Politik der glänzenden Isolation anzunehmen, würde als ein öffentlicher Schand angesehen werden. Eine solche Haltung von unserer Seite würde uns auch nicht die Freundschaft Deutschlands verschaffen, weil man sich dadurch keine neuen wertvollen Freundschaften verschafft, daß man die alten verläßt. (Weisfall.) Lassen Sie uns mit allen Mitteln neue Freundschaften schließen, aber nicht auf Kosten derer, die wir haben. (Weisfall.) Ich möchte alles tun, was ich kann, um die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern; aber die Freundschaft, die wir haben, haben jetzt mehrere Jahre gehalten, und es muß der Hauptpunkt bei der Verbesserung unserer Beziehungen zu Deutschland sein, daß wir keine von ihnen opfern. Was ich wünsche und was hoffentlich möglich ist, obwohl es für den Augenblick schwierig erscheinen mag, ist, daß die

Verbesserung der Beziehungen

nicht nur uns einfließt, sondern auch unsere Freunde. (Weisfall.) Wir bewahren unsere Freundschaften und wollen sie ungeschwächt erhalten. Ist eine Politik, wie ich sie gezeichnet habe, ein notwendiges Hindernis guter Beziehungen mit Deutschland? Ich glaube nicht, daß dem so ist. In der deutschen Presse heißt es, daß es ein Teil unserer Politik sei, in Deutschlands Weg zu stehen und die deutsche Ausdehnung zu hindern. Es ist gewiß ein unglücklicher Umstand, daß die marokkanische Frage so oft aufgetaucht ist, weil sie speziell ein Fall ist, in welchem wir eine Abmachung haben und spezielle Interessen, denen wir Wichtigkeit beimessen, und die von dieser Abmachung betroffen werden. Und es ist meine persönliche Überzeugung, daß es die richtige Politik für England ist, seine afrikanischen Besitzungen nicht weniger als möglich auszuweiten. (Weisfall.) Wenn Deutschland irgendwelche Verleumdungen betreffs Afrikas mit anderen Ländern treffen will, gehen wir nicht darauf aus, ihm irgendwie in den Weg zu treten, ebensowenig wie Frankreich. Ich glaube, daß das eine weise Politik für Großbritannien ist, und wenn es weise ist für uns, selber nicht in irgendein großes Ausdehnungsprojekt einzutreten, so glaube ich, würde es diploma-

tisch und moralisch unrecht sein, sich einer selbstfüchtigen Politik gegenüber anderen Mächten zu überlassen. (Weisfall.)

Der deutsche Kanzler

hat kürzlich zwei Reden gehalten. Sie brachten natürlich den deutschen Gesichtspunkt zum Ausdruck und waren hauptsächlich an die deutsche öffentliche Meinung gerichtet. Ich erkenne gerne an, daß der Kanzler in beiden Reden sorgsam bemüht war, alles zu vermeiden, was die britische öffentliche Meinung beleidigen konnte. (Weisfall.) Wenn ich offen über diese beiden Reden sprechen soll, so möchte ich sagen, daß sie, während sie die deutschen Ansichten aufrichtig erheben, in Ton und Geist derartig sind, daß sie uns den Glauben einflößen, der Kanzler wünsche England hart, aber nicht aggressiv zu sehen. (Weisfall.) Wenn das der Geist der deutschen Politik ist, dann bin ich gewiß, daß in zwei oder drei Jahren

das Gerücht von einem großen europäischen Kriege

aufgehört haben wird. (Weisfall.) Es wird ein Annäheren der guten Stimmung nicht nur zwischen Deutschland und England, sondern auch zwischen diesen beiden Ländern und den Freunden von beiden festgefunden haben. Es ruht eine große Verantwortlichkeit auf der britischen und deutschen Regierung, daß sie den Ton und den Geist der Reden und besonders des Kanzlers zweiter Rede in den unmittelbaren vor uns liegenden Jahren zur Geltung bringen. (Weisfall.) Wir wollen uns nicht der Einbildung hingeben, daß wir in diesem Augenblick in der Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland das Tempo forcieren können. Wir können nicht nach den Reibungen der letzten Monate eine günstige Wende der öffentlichen Meinung in Deutschland oder in England erzwingen. Augenblicklich ist die Wende alles andere als günstig. Aber wir wollen nicht aufhören, einen günstigen Kurs zu steuern und geradeaus zu steuern, wann immer wir können. Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß der

Horizont sich aufhellt.

Sir Edward Grey behauptete dann das Wort des Reichskanzlers von einem Licht und hielt diese Erklärung willkommen, weil der Reichskanzler sowohl Frankreich wie England in sie eingeschlossen habe. Sodann bezog sich der Staatssekretär auf seine Unterredung mit dem deutschen Botschafter vom 6. November, als der Botschafter den Text des Marokko-Abkommens mitteilte. Er habe dem Botschafter gesagt, daß er das Abkommen mitteilen werde, ihm aber sofort seine Genugtuung über den Abschluß der Verhandlungen ausdrücken möchte.

Jum Schluß seiner Ausführungen erklärte der Staatssekretär, wenn das gegenwärtige Abkommen eine dauernde Beilegung der marokkanischen Schwierigkeiten bedeute, würde es für England außerordentlich befriedigend sein. Es mag noch kurze Zeit dauern, bis die öffentliche Meinung sich genügend beruhigt hat, um die volle Bedeutung des Abkommens zu erkennen. Aber seine Wirkung muß sein, die politische Atmosphäre aufzuklären, die Spannung zu mildern und ein großes Hindernis auf dem Wege der europäischen Diplomatie zu beseitigen. Für uns würde, wenn wir eine weniger interessierte Partei ergreifen hätten, als wir getan haben, das bedeuten haben, daß wir nicht die gehörige Sorgfalt für britische Interessen bewiesen hätten. Wir hätten es in der Erfüllung unserer Vertragspflichten gegen Frankreich an ehrenhafter Beständigkeit fehlen lassen. Wenn diese Regelung zwischen Frankreich und Deutschland die Zustimmung beider Nationen erhält, dürfte sie sicherstellen, daß die marokkanische Frage dauernd geregelt ist ohne Bruch des europäischen Friedens. Wenn dies so ist, dann nehme ich vertrauensvoll, sowohl gegenüber der Kritik in diesem Lande als derjenigen von außerhalb, in Anspruch, daß die Stellungnahme der britischen Regierung wesentlich zu der Verwirklichung dieser Erwartung beigetragen hat, und ich bin der Meinung, daß dies die allgemeine Meinung des Hauses ist. (Lauter Weisfall.)

Die Debatte.

Honour Law, der Führer der unionistischen Partei, erklärte sich mit den Ausführungen Greys völlig einverstanden. Namentlich im Ausland sei die Idee verbreitet, daß in England eine feindselige Stimmung gegen Deutschland herrsche. Diese Idee sei seiner Ansicht nach völlig unbegründet. Wir hören oft sagen, führe der Redner aus, daß infolge des Gegensatzes der Interessen ein

Krieg zwischen England und Deutschland

über kurz oder lang unvermeidlich wird. Ich glaube nicht an diese unvermeidlichen Kriege. Wenn es jemals zum Kriege kommen sollte, so wird er nicht das unberechenbare Ergebnis natürlicher Gesetze sein, sondern wahrscheinlich das

Ergebnis menschlicher Torheit.

Die beste Sicherheit für den Frieden ist, daß jede Nation sich klar macht, daß jede Nation, wie groß ihre inneren Gegensätze sein mögen und welche Partei immer an der Regierung sein mag, ihre Rechte bis zum letzten Schilling und bis zum letzten Mann verteidigen wird. Ueber die Rede Lord Georges sagte Honour Law: Es wäre natürlicher gewesen, wenn die Regierung Gelegenheit genommen hätte, die notwendige Erklärung durch den Staatssekretär des Auswärtigen oder den Premierminister im Unterhause abzugeben, aber ich will die Politik der Regierung nicht kritisieren. Ich glaube im Gegenteil, daß diese Politik richtig war und daß die Regierung im Wiederholungsfall ebenso handeln muß. Unglücklicherweise herrscht in Deutschland das Empfinden, daß wir geneigt seien, uns gegenüber den deutschen Ambitionen vom Reide ziehen zu lassen. Wie weit dieses Empfinden verbreitet ist, weiß ich nicht, aber man darf nicht übersehen, daß gerade diejenigen Auslassungen deutscher Zeitungen, die englandfeindlich sind, in unseren Zeitungen wiedergegeben werden. Wir wünschen Deutschland keinen Platz an der Sonne nicht, wir hoffen, daß das jetzige Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland gewisse Reibungsursachen beseitigt hat, und mit Recht hat Sir Edward Grey klargestellt, daß wir wünschen, nach Möglichkeit jeden Gegensatz der Interessen zwischen beiden Ländern zu beseitigen.

Der Abgeordnete Ramsay MacDonald (Arbeiterpartei) erklärte, er sei sicher, die Erklärung Greys werde die Stimmung in Deutschland beruhigen und im deutschen Volk das Verständnis dafür wecken, daß England sich Deutschland während der marokkanischen Krise nicht in den Weg gestellt habe. Wenn das deutsche Volk das verstanden habe, würde England in der Lage sein, die Verbesserung der Beziehungen von neuem in Angriff zu nehmen.

Der Abgeordnete Noel Buxton (liberal) hielt die Mitteilung willkommen, daß ein großer Versuch gemacht werden sollte, um ein neues Kapitel in den englisch-deutschen Beziehungen zu beginnen.

Erklärungen des Ministerpräsidenten

Premierminister Asquith erklärte: Ich will nur bemerken, daß wir, soweit wir an den Verhandlungen beteiligt waren, von Anfang bis Ende nur zwei Ziele im Auge hatten. Das erste war, die britischen Interessen zu wahren, soweit sie in Betracht kamen und kommen konnten, das zweite, unsere vertraglichen Verpflichtungen gegen die anderen Länder aufrechtzuerhalten. (Weisfall.) Jeder Schritt, den wir unternahmen, war durch die eine oder die andere oder durch beide Erwägungen bestimmt. Ich hoffe, es ist unnötig, in diesem Augenblicke in Abrede zu stellen — sonst würde ich es mit allem demselben Nachdruck und aller Aufrichtigkeit tun —, daß wir in irgendeiner Phase der Verhandlungen durch Haß, Feindschaft oder indirekte Motive irgendwelcher Art oder durch die Neigung, die legitimen Ambitionen und Ziele anderer großer Mächte zu kreuzen, befehl getroffen wären. (Weisfall.)

Wir erhalten am Sonnabend, den 1. Juli, von der Entsendung des Annoncenbootes nach Agadir. Das Kabinett trat am folgenden Dienstag, den 4. Juli, zusammen. Das Ergebnis war die Mitteilung an den deutschen Botschafter, welche Sir Edward Grey verlesen hat. Auf diese Mitteilung antwortet die Regierung

keine Antwort

bis zum 24. Juli, und als die Antwort an diesem Datum gegeben wurde, geschah es unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der wirklich wichtige Teil der gegebenen Information dem Parlament

nicht mitgeteilt werden sollte, wenigstens so lange nicht. Da der deutsche Botschafter die Zustimmung seiner Regierung erhalten hätte. Am 27. Juli wurde die Mitteilung des deutschen Botschafters, welche Sir Edward Grey verlesen und richtig als freundliche Mitteilung bezeichnet hat, dem Foreign Office gemacht, und am Montag desselben Tages benutzte ich die Gelegenheit, in diesem Hause eine ausführliche Erklärung abzugeben, also bei der allerersten möglichen Gelegenheit, so daß kein Zweifel bestehen konnte, welches die britische Politik in dieser Frage war. Ich habe also bei der allerersten Gelegenheit, die mir als Haupt der Regierung geboten war, hier im Unterhause eine Erklärung abgegeben, und mindestens von diesem Augenblick an kann man unmöglich, ohne unsere Aufrichtigkeit und bona fides anzuzweifeln, glauben, daß wir einer betriebligen Lösung der Verhandlungen Schwierigkeiten in den Weg stellen oder dazu geneigt waren oder daß wir irgendwie dagegen waren, daß die Kompensation so reichlich ausfalle, als die Wünsche und die Verhandlungen beider Parteien es gestatteten. So weit es uns anging, wünschten wir den Unterhändlern ein glückliches schleuniges Ergebnis, sofern nicht britische Interessen im Spiel waren, und wir glaubten nicht, daß sie es wären. Dies ist die Politik, die wir im Parlament angekündigt und die wir stetig von Anfang bis zu Ende verfolgt haben, und als schließlich jene Verhandlungen in dem bekannten Abkommen endigten, waren wir unter den ersten, die die glückliche Erreichung des Zieles begrüßten.

Der Premierminister betonte sodann unter dem Beifall des Hauses nachdrücklich den Willen der Regierung, an den bestehenden Freundschaften mit anderen Nationen und den bestehenden Vertragsverpflichtungen festzuhalten und sah hierauf fort: Aber was ich früher anderen Orts gesagt habe, wiederhole ich hier — und ich bin sicher, die Zustimmung aller Abgeordneten in allen Teilen dieses Hauses zu haben: Diese unsere Freundschaften haben keinen exklusiven oder eifersüchtigen Charakter. (Weisfall.) Wir stehen nicht im Lichte irgendeiner Macht, die einen Platz an der Sonne finden will. Wir haben keine solche Absicht und keinen solchen Wunsch. Wir glauben, es ist ebenso unser Interesse als unsere Pflicht, die vorhandenen Freundschaften aufrechtzuerhalten, und wir werden uns um so mehr freuen, wenn wir ihren Umfang erweitern und in den Bereich ihres Frieden stiftenden und verjüngenden Einflusses andere Mächte einschließen können. Wir haben keine Ursache zu irgendwelchem Streit mit irgendeiner der großen Mächte in der Welt. Das allererste britische Interesse ist heute wie immer der Weltfrieden, und der Erreichung dieses Zieles ist unsere ganze Diplomatie und Politik gewidmet.

Die Debatte wurde hierauf vertagt. Die Regierung verspricht, auf Verlangen einen anderen Tag für ihre Fortsetzung zu gewähren.

Eine offiziöse Stimme.

Am 28. November. Der „Königlichen Zeitung“ wird offiziös aus Berlin telegraphiert: Wer von der mit so großer Spannung erwarteten Rede Sir Edward Greys etwa erwartet haben sollte, daß sie eine neue Orientierung der englischen Politik enthalten würde, muß sich enttäuscht fühlen. . . . Man hat schon mehr als einmal gehört, daß man sich in England mit keinen feindseligen Absichten gegen Deutschland trage, ohne daß dadurch der Gegensatz beseitigt worden wäre, der fast jedesmal hervortritt, wenn Deutschland sich an irgendeiner Stelle der Welt betätigen will. Sir Edward Grey spricht von allen möglichen Mittelungen, die ihm über böse Absichten Deutschlands gemeldet worden wären, ohne daß es immer klar wird, aus welchen Quellen er die Mittelungen über die angeblich von Deutschland ins Auge gefaßte Teilung Marokkos bezogen hat. Man gewinnt den Eindruck, als ob man in England von vornherein sehr empfindlich gewesen sei, weil man nicht zu den deutsch-französischen Verhandlungen hinzugezogen wurde, und daß diese Empfindlichkeit sich dann im weiteren Verlaufe des Dinge ganz erheblich steigerte. Ob und weshalb man deutschers seit die Mittelungen des Grafen Metternich, daß Deutschland nicht daran denke, einen Hafen an der marokkanischen Küste zu erwerben, im englischen Parlamente vorenthalten wissen wollte, bedarf bei den bevorstehenden Reichstagsverhandlungen über Marokko der Klarstellung, ebenso auch gewisse Widersprüche in den Darstellungen der deutschen Regierung und des britischen Staatssekretärs. Die Zeit des Schweigens scheint jedenfalls die englische Regierung sehr nervös und zu pessimistischer Auffassung über die Absichten Deutschlands verleitet zu haben. Wir enthalten uns einstweilen jedes Urteils darüber, wo die Schuld an dieser Stodung gelegen hat, es scheint aber doch auffällig, daß England, wenn es diesen Vorgängen eine so sehr große Wichtigkeit beilegte, nicht seinerseits sich durch Ausfrage, sei es beim deutschen Botschafter in London, sei es in Berlin durch Vermittlung des englischen Botschafters, weiter zu unterrichten versucht hat. Die Regierung hätte keinen Grund zum Streit irgendwelcher Art mit irgendeiner der Großmächte, meinte der Premierminister Asquith, und das ist eine Versicherung, auf die man in Deutschland den größten Wert legt. Wenn dem wirklich so ist, wie der Ministerpräsident sagt, so möchte doch eigentlich der praktische Sinn der Engländer dahin gelangen, endlich zu erkennen, daß auch solchen Nationen, die, wie wir, keinen Anlaß zum Streit mit England haben, ebensowenig daran denken, einen solchen Streit vom Zaun zu brechen.

Der Kommentar der englischen Presse.

Die konservative Presse spricht zur Rede Greys ihre begeisterte Zustimmung aus, ebenso die liberale Presse. Opposition machen nur die eigentlich radikalen Organe. So schreibt „Morning Leader“: Es ist sehr viel freundliche Stimmung den Deutschen gegenüber bei unserm Volke vorhanden, die in Greys geistiger Rede keinen entsprechenden Ausdruck gefunden hat.

Die „Daily News“ fügen: Die Rede Greys entspricht durchaus nicht ganz dem, was wir zu hören gewohnt hatten; auch glauben wir nicht, daß die liberale Partei sich mit der Lage der Dinge abfinden kann, wie Grey sie geschildert hat. Seine Schilderung der Ereignisse vom Juli bis September gibt Anlaß zur Kritik. Es ist klar, daß er die europäischen Mächte in zwei Gruppen teilt: anseht, und daß wir Partei zu nehmen hätten. Das Blatt kann dieser Ansicht nicht beipflichten, die Anlaß zu siebenjähriger Bejornis und früher nie dagewesenen Ausgaben gegeben hätte. Es findet keine Aussicht auf Verbesserung, wenn sie nicht in einem kühnerem Geiste gesucht werde, als ihn Grey zeigt. Es glaubt, daß weder das Kabinett noch die Partei über seine Politik glücklich sei.

Die französische Presse ist mit der Rede größtenteils zufrieden. Einzelne Blätter heben ihren „rein englischen“ Charakter hervor und sind nicht übermäßig von der Tatkunde entzückt, daß zwischen England und Frankreich kein festes Bündnis besteht. Die „Humanité“ meint: Die Rede Greys beweist, daß die Entente Englands mit Frankreich nicht gegen einen Dritten gerichtet ist, sie verfolgt den Zweck, die gemeinsamen Interessen zu schützen, aber sie ist nicht dazu bestimmt, die Interessen anderer zu verletzen. Wenn die Worte Greys aufrichtig sind, so hat das Ideal des englischen Liberalismus von neuem Bekräftigung gefunden.

Schiffahrtsabgaben und Heimarbeit.

Mit aller Gewalt sollen bis Mitte nächster Woche die Reichstagsarbeiten beendet werden, und da noch mehrere weitwichtige Gegenstände zu erledigen sind, wird mit Nachdruck gearbeitet. So wurde denn am Dienstag eine 8stündige Danerung veran-

Zunächst waren noch einige Paragraphen in der zweiten Lesung des Schiffszinsabgabengesetzes zu erledigen. Auch bei ihnen wurden natürlich alle Verbesserungsanträge mit der einschlägigen Abgabemehrheit abgelehnt. Doch kam es dabei zu einigen ganz interessanten Auseinandersetzungen. Bei dem Antrage des freisinnigen Abgeordneten Gothein auf Einsetzung von Beiräten auch für solche Stromverwaltungen, deren Gebiete rein preussisch sind, selbsten Bureaufkratzen und Sparierturn wieder einen ihrer gewohnten Siege. Die Regierung sträubte sich dagegen, weil sie die preussischen Ströme der bürokratischen Selbstherrlichkeit nicht entziehen wollte. Der freisinnige Abgeordnete Gothein und Genosse David wiesen dann nach, daß auch die Agrarier ein Interesse daran haben, die Einsetzung von Strombeiräten bei den preussischen Stromverwaltungen abzuschaffen, da erfahrungsgemäß die preussische Bureaufkratzerei Maßnahmen nach dem agrarischen Interesse einrichtet. Die Abstimmung zeigte denn auch, daß die gesamten Agrarier sich als Heerband um die Regierung scharten und den Antrag ablehnten.

Etwas anders verlief die Sache bei einem Antrag, der für die bereits in Angriff genommenen Strombauten die Schiffahrt abgabenfrei lassen wollte. Da gestellte sich zu der Minorität, die aus allgemeinen Gründen für Verkehrsvereinfachung eintritt, auch noch eine Anzahl von Lokalpatrioten. Vor allem waren es konservative Deutsche und Polen aus der Provinz Posen, da von dieser Vereinfachung die Wartheischniffahrt Vorteil gehabt hätte. Aber auch dieser Zuwachs änderte nichts an dem Gesamtergebnis, der Antrag wurde, wenn auch mit geschwächter Mehrheit, niedergestimmt.

Schließlich kam noch eine Resolution des freikonservativen Abgeordneten Varenhorst zur Abstimmung, die bei den Stromarbeiten Rücksichtnahme auf die Fischerei forderte. Diese an sich eigentlich ganz selbstverständliche Forderung war also sogar von einem Mitglied der Rechten eingebracht worden. Herr Varenhorst ergriff aber weder das Wort zu seinem Antrag, noch war er anwesend bei der Abstimmung. Als die gesamte Linke zu dessen Gunsten sich erhob, wurden Rechte und Zentrum misstrauisch und stimmten ihn nieder.

Damit war die zweite Lesung des Schiffszinsabgabengesetzes beendet.

Dann wurde die zweite Lesung des Heimarbeitengesetzes fortgesetzt. Hier gruppierten sich die Parteien so, daß die Sozialdemokratie gegen alle bürgerlichen Parteien im Felde stand. Alle sozialdemokratischen Anträge scheiterten an der kompakten Mehrheit der bürgerlichen Unternehmertenparteien.

Eröffnet wurde die Debatte dadurch, daß ein sächsischer Bundesratsbedollmächtigter außerhalb der Tagesordnung das Wort ergriff, um seine Regierung in einer weislich vom Statte abgelesenen Verteidigungsrede gegen die Angriffe zu schützen, die Genosse Schmidt am Tage vorher deshalb erhoben hatte, weil die sächsische Regierung eine von der Generalkommission der Gewerkschaften geplante Heimarbeitausstellung auf der diesjährigen Hygieneausstellung in Dresden bereitet hatte. Als nachher Genosse Schmidt zur Widerlegung dieses königlich sächsischen Ausfalls gleichfalls auf die Frage eingehen wollte, wurde er vom Präsidenten daran gehindert, da wohl ein Bundesratsmitglied, aber nicht ein Abgeordneter auf Grund unserer herrlichen Verfassung sich eine solche Durchbrechung einer geordneten Verhandlung erlauben kann. Es muß bei dieser Gelegenheit wieder betont werden, daß es sich auch da um einen der Uebelstände handelt, die die Sozialdemokratie durch ihre Verfassungsanträge im Jahre 1908 beseitigen wollte. Auch diese notwendige Reform ist damals scheitert; auch sie ist eine der Aufgaben, die des neuen Reichstages harrten.

Der im allgemeinen ruhige Gang der Verhandlungen wurde plötzlich durch einen lebhaften Zusammenstoß unterbrochen, als der freisinnige Abgeordnete Soller die sozialdemokratischen Schilderungen über das Elend der Heimarbeit mit einer aufgereagten Verteidigung der Heimarbeit in seiner Heimatprovinz Oberfranken beantwortete. Herr Soller, der offenbar in seinem Unternehmertum schwer gefränkt war, wühlte Tatsachen zur Widerlegung der Schilderungen nicht vorzubringen und glaubte nun den Mangel an Beweismaterial durch eine donnernde Entschuldigungsrede zu können. Die Genossen Albrecht, Stadthagen und Schmidt schlugen aber in die Gollerpaute solche Löcher hinein, daß der oberfränkische Fabrikant kein laut weitere Versuche zur Ueberwindung des Heimarbeitereleids aufgeben mußte.

Schließlich entspann sich nach einer großen Debatte über den wichtigen § 3b, in dem die Sozialdemokraten die Einsetzung von Lohnämtern gefordert hatten. Der Antrag wurde durch den Genossen Göhrre in ausführlicher Rede begründet. Er wies nach, daß von Lohnämtern es abhängt, ob das Gesetz überhaupt einen Wert haben solle. Sonst würde es leere Dekoration sein, denn wenn die Heimarbeiter nicht durch Lohnhöhung in eine bessere Lage gebracht würden, können sie gar nicht daran denken, die Weiber für die mühsamen Schutzeinrichtungen des Gesetzes aufzubringen. Der Staatssekretär Delbrück wehrte die sozialdemokratische Kritik mit dem beliebten Einwand, es seien „Ueberreizungen“, ab. Dann wurde die Debatte auf Mittwoch vertagt.

Zur Reichstagswahl.

Zur Wahlfrage in Sachsen.

Sachsen mit seinen 23 Reichstagswahlkreisen ist gegenwärtig durch 9 Sozialdemokraten, 3 Konservativen, 6 Nationalliberalen, 3 Fortschrittler, 2 Mitglieder der Antisemitischen Reformpartei und ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung im Reichstage vertreten. Uns unserer sozialdemokratischen Kandidaten ist in der Nachwahl den Gegnern abgenommen worden, nämlich Hjalmar Morianberg, das zuvor von dem verstorbenen antisemitischen Abgeordneten Zimmermann vertreten wurde.

Bei den Wahlen von 1903 war Sachsen das „rote Königreich“ geworden. 22 Mandate waren in unserem Besitz, nur der dritte Kreis, Saugen-Bischofswerder, verblieb der Reformpartei. Damals gab es allerdings verschiedene besondere Momente, die unsere Partei in Sachsen noch mehr als in anderen Reichsteilen geradezu übermäßig begünstigten, z. B. die durchgeführte neue erhebliche Einkommensteuergesetzgebung, und der berühmte Kronprinzessinnenstand. Derartige aus der Landespolitik hervorgehende Umstände, die uns zugute kommen dürften, sind bei der jetzigen Wahl gleichfalls vorhanden, wenn auch vielleicht nicht in ebensolchem Maße wie 1903. Es ist vor allem die Tatsache zu beachten, daß das seit Jahren dringend verlangte Volksschulreformgesetz noch immer nicht von der Regierung vorgelegt wurde. Die reaktionäre Haltung der Regierung in dieser Frage, die dabei von den Konservativen eifrig schärf gemacht wird, und die gleichfalls auferst jagt und schwanke Stellung der Nationalliberalen erzeugt in weiten Volksteilen schweren Verdruß. Besonders in der jüdischen Mehrheitspartei Sachsens, die seit Jahren eifrig für eine einigermassen weitergehende Volksschulreform eintritt, herrscht große Verstimmung.

Schließlich dürften die neuesten konservativen Anträge im Landtage, die darauf abzielen, die Regierung für ein gesetzgeberisches

Vorgehen zum „Schutz der Arbeitswilligen“ zu drängen, auf die sächsischen Arbeitermassen eine aufrüttelnde Wirkung ausüben.

Das Charakteristische im Aufmarsch der gegenwärtigen Parteien in Sachsen ist, daß die sonstige Wahlpolitik der Liberalen im Reiche: Gegen den Schwarz-blauen Block in Sachsen nicht existiert. Die Gegenparteien, die in der Landespolitik zwischen Konservativen und Nationalliberalen herrschen, treten für die Reichstagswahlen zurück. Alle bürgerlichen Parteien sehen sich in ihrem bisherigen Bestehen durch die Sozialdemokratie bedroht, und sie erklären deshalb, daß sie, wenn sie auch im ersten Wahlgange getrennt marschieren, doch den Wahlkampf gegeneinander ohne Schärfe führen wollen, damit ihre Wähler in den Stichwahlen sich vollständig gegen die Sozialdemokratie vereinigen. Die Nationalliberalen lehnen die Lösung „Die Front gegen Rechts“ durchaus ab, sie betteln vielmehr ängstlich um konservativen Hilfe und geben das Versprechen, in Stichwahlen konservative, antisemitische, agrarische Kandidaturen sichern zu helfen.

Auch die Fortschrittliche Volkspartei beteiligt sich an dem schönen Bunde, der zwischen der konservativ-antisemitischen Reaktion und den angeblichen liberalen Gegnern der Reaktion abgeschlossen ist. Die Fortschrittliche Volkspartei hat sich schon für den ersten Wahlgang mit den Nationalliberalen über die Kandidaturen verständigt. Dabei kommen die Fortschrittler recht schlecht weg, denn außer Zittau und Plauen, welche Kreise sie jetzt inne haben und deren Verlust ihnen droht, haben sie nur die aussichtslosesten Kreise erhalten, während sie die Nationalliberalen in den günstigeren Kreisen unterstützen müssen. Sie wollen also dazu beitragen, daß Nationalliberale, die es ihrerseits wieder mit Konservativen und Agrariern halten, gewählt werden. Diese schöne Rechnung, der „einen reaktionären Klasse“ hat nur das eine Loch, daß es sehr fraglich ist, ob die Wähler auf diese konservativ-liberale Paarungspolitik, die sich in den Jahren 1907-1909 so elend blamiert hat, nochmals hereinkommen werden. Es deuten manche Zeichen darauf hin, daß ein großer Teil linksliberaler Wähler, ebenso wie es schon bei den Landtagswahlen von 1909 geschah, nicht für die konservativen und nationalliberalen Kandidaten zu haben sein werden. Insbesondere zeigt sich in den Versammlungen der technischen Angestellten und sonstigen Privatbeamten eine feste Abneigung gegen die liberalen Industriellen, die auch diesen Schichten das Koalitionsrecht bedrohen.

Nationalliberal-freisinniges Wahlkompromiß.

Die Fortschrittliche Volkspartei unterstützt bei den nächsten Reichstagswahlen im ersten Wahlgange die nationalliberalen Kandidaten in den Wahlkreisen Bochum-Gelsenkirchen und Dortmund-Hörde und verpflichtet sich außerdem, bei den nächsten Landtagswahlen in Altena-Flersloh für die nationalliberalen Kandidaten einzutreten, während die Nationalliberale Partei im Reichstagswahlkreis Altena-Flersloh im ersten Wahlgang für den fortschrittlichen Kandidaten eintritt. — Dieses von den Vertrauensmännern beider Parteien beschlossene Kompromiß bedarf noch der Zustimmung der einzelnen Wahlkreisvereine.

Die rechtsstehenden Parteien in Breslau.

beschlossen, im Wahlkreis Breslau-Ost den Generallandschaftssyndikus Justizrat Grünher (Deutschkonservativ) und in Breslau-West den Regierungsrat Dr. Hermann Meyer (Reichspartei) als Reichstagskandidaten aufzustellen. Das Zentrum will gleich im ersten Wahlgange für die konservativen Kandidaten eintreten.

Der Krieg.

Diplomatische Schwierigkeiten zwingen die italienische Regierung, mit einem Vorstoß der Flotte ins Adriatische Meer noch zu warten oder gar ganz darauf zu verzichten. Die noch längere Unfähigkeit stellt den Erfolg des italienischen Raubzuges in Frage und so versucht man, wenigstens auf tripolitanischem Boden weiter zu kommen. Die Leitung des nunmehr fast verdoppelten Expeditionskorps ist daher in den letzten Tagen wieder zur Offensive übergegangen. Es läßt sich jetzt noch nicht entscheiden, ob die Italiener bei diesem Vorstoß Terrain gewonnen haben, denn es wiederholt sich das alte Spiel: beide Parteien schreiben sich den Sieg zu und jede behauptet, dem Gegner schwere Verluste beigebracht, selbst aber sehr wenig gelitten zu haben. Aber selbst italienische Meldungen müssen indirekt zugeben, daß nach wie vor starke arabische Aufgebote Schulter an Schulter mit den türkischen Truppen kämpfen und erbitterten Widerstand leisten. Die italienischen Blätter haben also keine Ursache, den Kampf vom 26. November als einen Sieg zu feiern, der für die Befreiung des Landes von größter Bedeutung sei.

Die Türken betrachten sich noch als die Herren von Tripolis.

Konstantinopel, 28. November. (Meldung des Wiener f. l. Telegraphen-Korrespondenzbureau.) Da außer einigen Punkten an der Küste von Tripolis, die von den Italienern besetzt sind, das ganze Wilajet Tripolis unter der tatsächlichen Verwaltung der Türkei steht, hat die Pforte beschlossen, bis die Italiener die Stadt Tripolis zu verlassen gezwungen würden, den Sitz des Wilajets nach Sina oder einem anderen Punkte zu verlegen und die Mächte aufzufordern, auch den Sitz der Konvuln provisorisch zu verlegen. Der Beschluß soll demnächst ausgeführt werden.

Die Mächte und die Blockade der Dardanellen.

Konstantinopel, 28. November. „Idam“ erzählt, daß der russische Vorkämpfer gestern dem Großvezir die Antwort der italienischen Regierung überreicht habe, aus der hervorgeht, daß Italien auf die ganze Aktion gegen die Dardanellen verzichtet wolle. Der Vorkämpfer habe in freundschaftlicher Weise ersucht, die Türkei solle Verhandlungen zur Lösung der Tripolisfrage einleiten.

Paris, 27. November. Nach einer halbamtlichen Mitteilung wird sich Frankreich zweifellos der russischen Regierung anschließen, um Italien zu erlassen, die Blockade der Dardanellen zu unterlassen. Dieser Schritt wird einen durchaus freundlichen Charakter tragen. „Temps“ will wissen, daß sich Rußland hierbei zunächst auf den Londoner Vertrag vom Jahre 1871, sodann aber auch auf Artikel 18 der Protokolle der Londoner Seerechtskonferenz vom Jahre 1908 und 1909 stütze, nach denen Blockadestreitkräfte den Zugang zu neutralen Häfen und Küsten nicht verstopfen dürfen. Wenn dieses Protokoll auch noch von keiner Macht unterzeichnet worden sei, so hätten sich doch Italien und die Türkei wiederholt selbst hierauf berufen.

Die Revolution in China.

Nach den sich allerdings widersprechenden und unkontrollierbaren Meldungen der letzten Tage scheinen die kaiserlichen Truppen an verschiedenen Punkten einige Erfolge über die Revolutionsarmee errungen zu haben. In Ranking scheinen

die Regierungstruppen aber in sehr bedrängter Lage zu sein, obwohl auch hierüber widersprüchliche Nachrichten vorliegen. In Peking scheint man wieder Mut zu schöpfen, ab aber der Optimismus der kaiserlichen Regierung, der aus dem unten stehenden Reutertelegramm spricht, schon berechtigt ist, muß noch sehr bezweifelt werden.

Peking, 28. November. (Telegramm des Reuterischen Bureau.) Der kaiserliche General Fenghuoshang telegraphiert, seine Truppen hätten gestern nachmittag ganz Ganyang eingenommen. Ganyang habe heute kapituliert. — Die Regierung ist bemüht, die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten in Ranking herbeizuführen, dessen Fall bevorsteht. Die Nachricht von der Kapitulation von Ganyang rief in amtlichen Kreisen großen Jubel hervor, da man glaubt, daß die Revolution in wenigen Tagen zur Bedeutungslosigkeit herabsinken werde. Obwohl die Unruhen wahrscheinlich noch monatelang fortauern werden, sind die fremden Kaufleute doch sehr erfreut über die Aussicht, daß die Geschäfte wieder aufleben werden. Die Wiederherstellung der Ordnung würde die große Gefahr für das Leben der Fremden im Innern des Landes beseitigen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. November 1911.

Zur Finanzlage Sachsens.

In der Zweiten sächsischen Kammer brachte heute Finanzminister v. Seckewitz mit einem längeren Finanzrapport den Etat für 1912/13 ein. Der ordentliche Etat schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 447 208 812 M. ab, während in den außerordentlichen Etat 46 467 700 M. eingestellt worden sind. Das Staatsvermögen beläuft sich auf 1 768 000 000 M., denen 893 000 000 an Passiven gegenüberstehen. Die sächsischen Staatsschulden sind seit 1903 um rund 110 000 000 M. infolge Tilgung zurückgegangen.

Der Minister erwähnte, daß in einem Ergänzungsetat noch eine Forderung für eine deutsche Zentralbibliothek enthalten sein werde. Die sächsische Regierung habe sich bemüht, daß diese Zentralbibliothek nach Leipzig gelegt werde. Weiter stellte der Minister die günstige Wirkung der Reichsfinanzreform für die Finanzen des Reiches fest. Sachsen müsse sich aufs entschiedenste gegen die immer wieder auftretende Anregung, dem Reiche die Vermögenssteuer zu überlassen, aussprechen.

Die Zentrumssiege erfochten werden.

Die Zentrumsbücher frohlockten in letzter Woche gar gewaltig über den großen „Sieg“, den das Zentrum bei den kürzlich vollzogenen Stadtverordnetenwahlen in der Rheinprovinz, besonders im heiligen Köln errungen hat. Aus der Tatsache, daß in keiner der katholischen Städte die Sozialdemokratie völlig die dritte Wählerklasse zu erobern vermocht hat, wurde geschlossen, daß der Zentrumsturn noch immer unerschütterter zum blauen Himmel auftrage. Auf diese Notommierei antwortet, antwortend an einen Artikel des Herrn Dr. Jul. Vochem im roten „Tag“, die „Köln. Ztg.“:

Es ist richtig, daß in keiner einzigen rheinischen Stadt mit vortretender katholischer Bevölkerung die Sozialdemokratie die dritte Klasse zu erobern vermocht hat. Aber Dr. Vochem vergißt dabei zu erwähnen, daß die Sozialdemokratie sehr bedenklich im Vormarsch ist und daß unter den Tausenden von sozialdemokratischen Wählern im Rheinland der größte Teil doch Katholiken sind. Auch der festeste Turm ist schließlich jahrelanger unermüdlicher Ministerarbeit zugänglich und wird zum Fall gebracht. Dr. Vochem gibt auch durchaus den Tatsachen entsprechend als hauptsächlichsten Grund der Eroberung der zweiten Wählerabteilung durch das Zentrum die Steuerreformgesetzgebung für Preußen und seine Ausführungsbestimmungen vom 30. Juni 1900 an. Aber er vergißt noch einen anderen Grund, der mit der wachsenden Macht des Zentrums der bedeutsamste und wirksamste geworden ist; es ist die jetzt noch geltende öffentliche Wahl. Das Bild würde sich sofort ändern, wenn die geheime Wahl eingeführt würde. Von allen Seiten ertönen gerade bei den diesmaligen Stadtverordnetenwahlen die Klagen der nicht dem Zentrum mit Haut und Haar verschorenen Wähler über den Terrorismus, der besonders gegen Geschäftstreibende und Beamte ausgeübt wird. Es muß daher eine unablässige liberale Forderung sein, daß wie für die Landtagswahlen so auch für die Stadtverordnetenwahl die geheime Wahl durch Gesetz bestimmt wird. Dem so „vollständigen“ Zentrum wird es allerdings im Grunde mit den Konservativen und Agrariern sehr schwer werden, wenn es ihm überhaupt mit seinen Neuzugängen ernst ist, einem solchen dringend nötigen Gesetze zuzustimmen.

Die „Köln. Ztg.“ hat recht, das Zentrum verdankt seine „großen Wahlsiege“ bei den rheinischen Stadtverordnetenwahlen vornehmlich der öffentlichen Stimmabgabe und seinem vor keiner Nebenpartei zurückbleibenden Wahlerfordern. Außerdem hat es aber vielfach alles mögliche getan, um den Arbeitern das Wählen zu erschweren. So ist z. B. Groß-Köln trotz wiederholter Aufforderung nicht in mehrere Wahlbezirke mit eigenen Wahlbüros geteilt worden, sondern alle Arbeiter müssen, wenn sie wählen wollen, sich nach dem Rathaus begeben, um dort öffentlich abzustimmen.

Der Wert des Arbeiterlebens.

In Bochum ist auf der Zeche Vereinigte Konstantin der Große ein Bergmann unter eine sich aus dem Mannwerk lösende schwere Gesteinsblöcke geraten, wobei der unglückliche einen Armbruch und einen schweren Beinbruch davontrug. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt dazu:

Im Industriegebiete ist bei dem Tag und Nacht haltenden Betriebe der vielen Riesenwerke ein Unfall, bei dem einem Arbeiter ein Arm zermalmt und ein Bein gebrochen wird, kein Ereignis, von dem man viel Aufhebens in der Öffentlichkeit macht. Wenn das Blatt in diesem Falle einen Artikel über den Unfall des Bergarbeiters bringt, so deshalb, weil es sich um den nationalliberalen Reichstagskandidaten für Bochum, den Bergarbeiter Hedemann, handelt. Der unglückliche ist zu bedauern. Aber es ist nicht gerade ein ehrenvolles Zeichen für die heutige Gesellschaft, daß sie nach eigenem Geständnis den Unfall eines Arbeiters, der in dem zermalmben Betriebe der Großindustrie sein Leben und seine Glieder läßt, der Beachtung nicht für wert hält.

Vorgezogene Militärbestellungen.

Zu der Nachricht, daß die Schichau-Werke in Elbing Torpedoboots „auf eigene Rechnung“ bauen, wird uns geschrieben:

In gewissen Kreisen wird die Meldung kaum überraschen, aber kein Mensch glaubt, daß die Werft ohne bestimmten Auftrag oder genügende „Information“ über die künftigen Bedürfnisse Deutschlands hinaus den Bau von Torpedobooten in Angriff genommen hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Boote für eine der jetzt kriegsführenden Länder, Italien oder die Türkei, bestimmt sind. Haben doch auch deutsche und englische Werften für Rußland Kanonenboote geliefert, nachdem der russisch-japanische Krieg entbrannt war. Und nach dem Ausbruch des Burenkrieges wie nach dem Bekanntwerden des Sympathietelegrammes Wilhelms II. an Osm Krüger, schickte sich Krupp an, ein großes Lager von 88 Zentimeter Schrapnell nach England zu liefern. Weil unser damaliges Offizier-Parteiorgan „Der Westruf“ Marx schlug, inter-

benetzte die Regierung, und die Schrapnellmützen wieder ausgedrückt werden. Glücklicher war Krupp in dem Vorausnehmen einer großen Geschützbestellung. Er hatte 1895 wieder mal die beste Kanone konstruiert, das jetzt längst verschollene Schnellfeuergeschütz. Selbstverständlich sollte das teure Vaterland damit begünstigt werden. In sachverständigen Kreisen war man allerdings der Ansicht, dem Rohrrücklaufgeschütz, mit dem Frankreich damals seine Artillerie ausstattete, gebühre die Priorität. Derselben Ansicht war man auch in Essen, wo angestellte Versuche die Überlegenheit der Rohrrücklaufkanone ebenfalls feststellten. Trotzdem war Krupp der Ueberzeugung (die seinen Fortemontaineinteressen entsprach), Deutschland werde zunächst das Schnellfeuergeschütz einführen. Er ließ also davon eine große Anzahl bauen — ehe dem Reichstage die Vorlage über die Neuaufrüstung unserer Artillerie mit Schnellfeuerkanonen vorlag. Als im Reichstage der Kampf um die Vorlage tobte, wurde bei Krupp, unbekannt mit dem Streit der Sachverständigen, in wahnwitziger Gäh die Fertigstellung der Geschütze für eine vollständige Neuaufrüstung betrieben, und die Arbeiter stülten über den düpierten Reichstag! Krupp behielt recht; die Einführung der Schnellfeuergeschütze wurde beschlossen. Kaum war unsere Artillerie mit dieser „allerbesten“ Waffe ausgerüstet, konnte Krupp damit beginnen, das kaum abgelieferte Schnellfeuergeschütz, das auf einem Zapfen sich bewegte, zu Rohrrücklaufkanonen umzubauen. Der Zapfen mußte abgetrennt und das Rohr in einen Schlitten eingebaut werden. Auch konnte Krupp alsbald den Bau einer Anzahl neuer Rohrrücklaufgeschütze in Angriff nehmen. Dieses Vernichtungswerkzeug und Zerstörungsinstrument gilt nun übrigens auch wieder als überlebt. Als neueste Errungenschaft auf dem Gebiete moderner Kultur soll das Vorlaufgeschütz gelten.

Jedenfalls zeigt der Vorgang, daß Leuten, denen das gütige Schicksal gute Verbindungen und Abnungen geschenkt hat, mit der Fabrikation von Kriegsfahrzeugen auf „eigene Rechnung“ gute Geschäfte machen.

Badische Gesetzesvorlagen.

In Karlsruhe wurde heute die Ständeversammlung vom Großherzog mit einer Thronrede eröffnet. Unter den darin angekündigten Gesetzesvorlagen der Regierung steht an erster Stelle ein Gesetzentwurf, der die Wahlkreise für die fünf größeren Städte des Landes abgrenzt. In Verbindung damit soll die Zahl der Abgeordneten der zweiten Kammer auf 74 erhöht und der weiteren Abgeordnete der Stadt Mannheim zuerkannt werden. Die Einführung der Reichsversicherung erfordert eine Änderung der auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung bestehenden landesgesetzlichen Vorschriften. Auch hierüber wird ein Gesetzentwurf vorgelegt werden. Auf dem Gebiete der Unterrichtsverwaltung wird eine durchgreifende Reform der Fortbildungsschule vorbereitet, worüber den Ständen eine Denkschrift unterbreitet wird.

Die sozialdemokratische Fraktion bringt für die am Mittwoch stattfindende Wahl des Kammerpräsidiums wieder den bisherigen zweiten Vizepräsidenten Weich als Kandidaten der Sozialdemokratie für den Posten in Vorschlag. Sie reichte eine Interpellation wegen der Verzögerung ein und wird mit Rücksicht auf die Notlage der niederen Beamten und Arbeiter des Staatsdienstes eine materielle Verbesserung der Bezüge befürworten.

Zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion wurde der Genosse Kolb gewählt, nachdem der Genosse Weich eine Wiederwahl abgelehnt hatte.

Reichssymplicität.

Reichssekretär Bernuth macht für sich Reklame, indem er den Staatsabschluß für 1912 schon jetzt als recht günstig hinstellt. Während der Etat für 1909 zu seiner Balancierung noch einer Anleihe von 250 Millionen bedurfte, sei es für den letzten Etat möglich, mit einer Anleihe von rund 100 Millionen auszukommen, und für den Etat 1912 dürfe man noch unter den letzten Betrag erheblich heruntergehen.

Warten wir die Rechnung ab. Unsere Finanzkünstler versehen sich bekanntlich aufs Feinste.

Agarischer Geschäftssinn.

Der Bund der Landwirte hat für Wahlzweck 17 Millionen Ansichtskarten herstellen lassen, auf denen er in den verschiedensten Bildern die Beschauung aufstellt, daß die Landwirtschaft Werte im Betrage von 12 Milliarden Mark produziere, während die deutsche Industrie nur 10 Milliarden hervorbringe. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung ist bereits festgestellt worden, als der Bund der Landwirte farbige Plakate herstellen und verbreiten ließ, auf denen diese falschen Rechenexempel ebenfalls verzeichnet waren. Die Wünderpresse mußte damals heimlich zugeben, daß sich ihre „wissenschaftliche Autorität“, Professor Vallot, geirrt habe. Der Bund der Landwirte macht in seiner bekannten Geschäftstüchtigkeit, die er unter anderen Umständen als „jüdischen Geschäftsgest“ bezeichnen würde, mit dem Vertrieb der Ansichtskarten ein brillantes Geschäft. Er schickt nämlich jedem seiner Mitglieder 60 Stück seiner Karten ins Haus und erklärt, daß er dafür 3 M. erheben werde. Der Ueberschuß aus dem Kartenverkauf fließt in die Kasse des Bundes. Daß mit diesem Handel den zum Mittelstand gehörigen Papierwarenhändlern die allerhöchste Konkurrenz bereitet wird, weil sich jeder Händler in einen Ansichtskartenhändler verwandelt, wird der Bund der Landwirte nicht bestreiten können; gleichwohl werden seine Agenten wieder landauf, landab die Verfertigung geben, daß der Bund der Landwirte mit aller Energie für die Hebung des Mittelstandes eintreten werde.

Eine blühende Arbeiterpresse.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Sozialistische Zeitung“ in ihrer Nummer 1298 vom 25. November 1911 einen Artikel, worin sie unter Hinweis auf die in 150 000 Exemplaren verbreitete Zeitung des Arbeiter-Abfahrerbundes „Solidarität“ eine Zusammenfassung der im rheinisch-westfälischen Industriegebiet verbreiteten Arbeiterpresse gibt. Zunächst war angeführt die gewerkschaftliche Presse, besonders die „Bergarbeiter-Zeitung“ mit ihren 120 000 Bezählern. Dann heißt es:

„Die sozialdemokratischen allgemein politischen Tagesblätter in Dortmund, Essen, Bochum, Düsseldorf und Elberfeld nehmen an Verbreitung stetig zu. Einzelne, voran das Düsseldorfer Organ, haben sich auch zu namhaften Anzeigenblättern entwickelt. . . In ihrer Vielgestaltigkeit und ihrer großen Verbreitung ist die Arbeiterpresse im Industriegebiet ein nicht ernst genug zu beurteilender Machtfaktor geworden.“

Ein Zentrumsapostel.

Der katholische Pfarrer Schön aus Neuhäusel, der sich bei den letzten reichsländischen Landtagswahlen als eifriger Zentrumsagitor herbortat, hat das Weiße gesucht. Es ist gegen ihn von der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an kleinen Mädchen im Reichstisch, eingeleitet.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.:

Frankreich.

Die Vorfälle in Udscha.

Paris, 27. November. In dem heutigen Ministerrat im Elysee wurde General Doucet infolge der Zwischenfälle von Udscha zur Disposition gestellt. Der Kommissar Desbaillets soll seines Amtes enthoben bleiben, bis die gegen ihn eingeleitete Untersuchung abgeschlossen ist. Das Kommissariat an der algerisch-marokkanischen Grenze wird einem Beamten übertragen werden, der weder zu den Konsularagenten, noch zur Armee gehört. General Druide wurde zum Kommandeur der Division von Oran ernannt; General Biz übernimmt das Kommando über alle Truppen an der Nord- und Südgrenze von Marokko.

Persien.

Eine Debatte im englischen Unterhause.

London, 28. November. (Unterhaus.) Der Abgeordnete Mitchell-Thompson (konservativ) fragte Sir Edward Grey, ob die russischen Truppen, die persisches Gebiet betreten hätten, nun zurückgezogen worden seien gemäß der Verständigung, in der Großbritannien der persischen Regierung geraten habe, der Forderung Rußlands nachzugeben.

Grey erwiderte, es bestche keine bestimmte Bestätigung, da die persische Regierung ihre Antwort auf die russischen Forderungen hinausgeschoben habe, bis russische Truppen auf persischem Gebiet angelangt waren, und da Morgan Shuster in der Zwischenzeit ein Flugblatt in Persien verteilt habe, das Angriffe auf Rußland enthalte, so habe die russische Regierung erklärt, daß sie gezwungen sei, gewisse weitere Forderungen zu formulieren und ihre Truppen nicht zurückziehen werde, bis diese Forderungen bewilligt seien. Die russische Regierung habe der britischen mitgeteilt, daß ihre militärischen Maßnahmen rein provisorischer Art (?) seien und daß sie nicht die Absicht habe, die Grundzüge des englisch-russischen Abkommens zu verletzen.

Aus der Partei.

Die Paul und Laura Lafargue starben.

Paris, 27. November. (Fig. Ver.) Den Sonnabend hatte Lafargue mit seiner Frau in Paris verbracht. Nichts in ihrer Stimmung und in ihrem Verhalten ließ den tragischen Entschluß ahnen. Die am Abend versammelten Mitglieder des Verwaltungsausschusses der „Humanité“ waren allerdings verwundert, als sie auf das sonst so pflichtgetreue Mitglied vergeblich warten mußten. Am Sonntagmorgen war der Gärtner der Lafargueschen Wohnung, Herr Doucet, betroffen, da das Paar, das zu den Frühaufliegern gehörte, sich nicht zeigte. Er klopfte an, bekam aber keine Antwort. Als nun sein Anruf vergeblich blieb, öffnete er die Tür zu Lafargues Schlafzimmer. Lafargue lag, ganz angezogen, ausgestreckt auf dem Bett. Der Gärtner erfaßte die Hand — sie war eiskalt und starr.

In furchtbarer Bestürzung eilte er, Frau Lafargue zu suchen. Er fand sie in dem von dem ersten durch einen Toilettenraum getrennten Zimmer gleichfalls angekleidet auf einem Fauteuil. Auch sie war tot. Die ganze Wohnung war in vollkommener Ordnung, alle Einrichtungsgegenstände sorgfältig auf ihren Platz gebracht.

Auf einem Tisch lagen drei Briefumschläge. Der eine trug die Aufschrift: „Telegramm zur sofortigen Beförderung an Dr. Longuet“ (Edgar Longuet, der älteste Sohn Charles Longuets, ist Arzt in Paris). Der Gärtner öffnete den Umschlag und fand nachstehenden Text:

Dr. Longuet, 48 rue des Arcades.

Herr und Frau Lafargue sind tot. Kommen Sie sofort.

Doucet, Gärtner.

Nicht minder beweisen die zwei Briefe, daß Lafargue seinen freiwilligen Tod in allen Einzelheiten vorherbedacht hatte. Der eine enthält sehr minutiöse testamentarische Verfügungen, der andere (dessen Inhalt wir gestern bereits mitteilten, D. Red. d. B.) gibt die Motive bekannt und stellt sich als Abschied von den Mitkämpfern für das sozialistische Ideal dar. Die peinliche Gewissenhaftigkeit, die auch Lafargues bürgerliches Leben auszeichnete, zeigt sich auch darin, daß er sogar die Dienstzeugnisse für den Gärtner, die Köchin und das Stubenmädchen ausgereicht hat.

Der Eindruck in Paris.

Die traurige Nachricht hat in der Partei ungeheure Bestürzung hervorgerufen. Man hat Lafargue gerade um der bewundernswürdigen Frische seines Temperaments und seines Geistes willen bewundert und sich über die Nützlichkeit gefreut, die dem Greifenalter zu trohen schien, so daß niemand an das plötzliche Erlöschen dieser Vitalität und schon gar nicht an eine Selbsttötung aus den von Lafargue mitgeteilten Motiven gedacht hätte. Auch außerhalb der sozialistischen Kreise erregt das Ereignis großes Aufsehen. Das „Journal des Debats“ widmet Lafargue eine Würdigung auf der ersten Seite, die nach einigen einseitigen Bemerkungen über die „Widerlegung“ der aus einer „oberflächlichen“ (!) Beobachtung der englischen Verhältnisse stammenden Marx'schen Lehre dem Toten nachrühmt, daß er „der uneigennützigste Repräsentant von Lehren war, die in den kritischen Augenblicken keine der üblichen Intrigen der Politiker zum Schwanken brachte“. Der „Temps“ schreibt: „Er widmete sich seiner revolutionären Aktion mit einem unbegreiflichen Feuer“. Und: „Er war ein kraftvoller, begabter Polemiker. Die Bücher, wo er seiner Verbe freien Lauf gelassen hat, sind seine besten. Er war um seiner Aufrichtigkeit und seines Kampffeuers von den Vertretern aller sozialistischen Tendenzen geachtet.“

Seit der Einigung.

Lafargue gehörte der marxistischen Richtung des französischen Sozialismus an. An den Kämpfen während des Schismas, das nach dem Fall Millerand den revolutionären von dem reformistischen Flügel trennte, nahm er mit seinem ganzen Temperament teil. Aber nicht minder groß war sein Eifer für die Einigung der Partei und dann für die Aktion der geeinigten Partei die Basis zu finden und zu erhalten. Trotzdem seine Anschauungen denen des Herbesimus auf das entschiedenste widersprachen, ließ er der christlichen revolutionären Begeisterung, dem Optimismus und dem außergerodhlichen journalistischen Talent Herbes volle Gerechtigkeit widerfahren. Er gehörte dem Direktionsrat der „Humanité“ an, lieferte auch diesem Blatt viele Leitartikel, von denen namentlich seine prächtige Serie über „Monsieur Bantour“, den Herrn Binsgeier, zu erwähnen ist. 1906 kandidierte er im 11. Pariser Arrondissement gegen Millerand.

Kommunalwahlen.

Bei den Gemeindevahlen in Schweinfurt waren 10 Mandate zu besetzen. Es entfielen auf die Sozialdemokratie 10 541 Stimmen und somit 4 Mandate, die Liberalen brachten es mit 16 000 Stimmen auf 8 Mandate. Das Zentrum brachte es nur auf 1983 Stimmen und erhält daher kein Mandat. Bisher hatte es drei Sitze im Gemeinderat.

Bei der Stadtverordneten-Stichwahl der dritten Wählerklasse in Sagan stiegen die drei Kandidaten der sozialdemokratischen Liste mit je 60 Stimmen Mehrheit über die bürgerlichen Kandidaten.

haben. Die Zahl der bürgerlichen Wähler betrug bei der Hauptwahl 340, bei der Stichwahl nur noch 265. Die Zahl der sozialdemokratischen Wähler stieg von 295 bei der Hauptwahl auf 325 bei der Stichwahl. Damit ziehen zum ersten Male drei sozialdemokratische Vertreter in das Stadtparlament von Sagan ein.

In Burg burg gewonnen am Montag bei den Gemeindevahlen die Sozialdemokraten 3 Mandate, der freie Bürgerverein 2 Mandate. Das Zentrum behauptete seine sechs Mandate. Die Liberalen behaupteten 4 und verloren 5 Mandate.

Bei der am 27. November in Mannheim zur Erledigung gebrachten Stadtratswahl wurden 9 Sozialdemokraten, 7 Liberale, 5 Fortschrittler und 2 Zentrumsleute gewählt. Die Liberalen verlieren einen Sitz an die Sozialdemokratie und drei Sitze für Vorortvertreter, denen durch Eingemeindung die Sitze nur bis zu der jetzt erledigten Neuwahl eingeräumt worden waren. Zusammen verloren die Liberalen also 4 Sitze. Auch die Fortschrittliche Volkspartei büßte 4 Sitze ein, die von der Sozialdemokratie besetzt wurden, die ihre 4 alten Sitze behauptete und fünf neue gewann.

In Schmalkalden (Hessen-Rhau) wurden 4 sozialdemokratische Stadtverordnete mit 330 gegen 150 bürgerliche Stimmen gewählt. Unsere Partei beteiligte sich in der 10 000 Einwohner zählenden Industriestadt erstmalig an der Stadtverordnetenwahl, nachdem die Aufhebung des lätigen Bürgerrechtsgeldes erfolgt war. — In Meßingen und Helmarshausen wurde von uns je ein Mandat behauptet. — In Schwesig stieg die Zahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen um 60 Prozent.

Eine Enzyklopädie des Sozialismus wird von einer Reihe französischer Genossen herausgegeben werden. Sie wird 12 Bände umfassen, die im Laufe von zwei Jahren erscheinen werden. Die Leitung des Unternehmens hat Genosse Compère-Morel übernommen, die weiteren Mitarbeiter sind die Genossen Brade, Brizon, Hubert-Rouger, Paul Louis, Jean Longuet, Ch. Rappoport, Sigte Duerin und J. B. Seberac.

Ein neues sozialistisches Tagesblatt in Frankreich. Vor einigen Tagen ist die erste Nummer des sozialistischen Tagesblattes „La Revence“ in Marseille erschienen. Die Redaktion ist in den Händen bekannter Genossen zumeist vom Guesdistischen Flügel. Chefredakteur ist E. Marius-André, regelmäßige Mitarbeiter die Genossen Compère-Morel und Allard.

Aus der Frauenbewegung.

Junge Mädchen als Banarbeiter!

Rom, den 25. November 1911. (Fig. Ver.) In Venedig (Säbitalien) ist ein junges Mädchen abgestürzt, das bei dem Bau einer Kirche als Handlangerin beschäftigt war. Sie trug einen Eimer Koll über ein frisch gemauertes Gewölbe, das unter ihrem Gewicht zusammenbrach. Die Zeitungen, die dies berichten, fügen hinzu, daß andere junge Mädchen auch auf dem Bau arbeiten. Wenn man bedenkt, daß dies in Säbitalien geschieht, wo der patriarchalische Familienstamm das junge Mädchen und die Frau bis vor kurzem auf engsten Kreis der Familie beschränkte, so hat man wirklich in dieser Nachricht einen Beweis für die alles niederdrückende Macht des Kapitalismus. Die Zurückhaltung der säbitalienischen Mädchen aus dem Volke ist allbekannt: weigerten sich doch nach dem Erdbeben von Messina viele junge Mädchen, zur Brotverteilung zu gehen, weil sie sich sogar in einer so ausnahmungsweisen Situation schämten, sich allein auf der Straße sehen zu lassen. Trotz dieser Hindernisse in Tradition und Sitte bringt es die wirtschaftliche Entwicklung fertig, diese Mädchen in hochgeschürzten Kleidern als Maurergehilfen auf den Bau zu schicken! Die Abgestürzte wird nicht mit dem Leben davontkommen.

Letzte Nachrichten.

Die auswärtige Politik im englischen Oberhaus.

London, 28. November. Im Oberhaus begannen heute die Verhandlungen über die auswärtige Politik. Als erster Redner sprach Lord Courney, der die bekannte Rede Lord Georges heftig angriff, aber bedauerte, daß Deutschland keine klare Darlegung seiner Absichten gegeben habe, als der „Panther“ entsandt wurden. Glücklicherweise seien nun die künftigen Schwierigkeiten überwunden worden, aber es scheine, als ob Grey nicht imstande sei, zu glauben, daß es möglich sei, mit Deutschland ein solches Verhältnis herzlicher Freundschaft, gekennzeichnet durch wechselseitige Toleranz und Wohlwollen, zu schaffen, wie es mit Frankreich hergestellt worden sei. Die tatsächliche Lehre der letzten Monate sei die, daß sich Grey und die auswärtige Politik Großbritanniens leiten lassen sollten von einer neuen Auffassung von internationaler Verständigung.

Marokkofragen.

Paris, 28. November. (Reichung der Agence Havas.) In der Kommission für auswärtige Angelegenheiten erklärte Dr. Mun, wenn er auch nicht grundsätzlich gegen die Ratifizierung des deutsch-französischen Abkommens sei, hielt er es doch für angemessen, das Ende der französisch-spanischen Verhandlungen abzuwarten. Rouanet unterstützt die Forderung einer Vertagung. Deschanel, der Präsident der Kommission, betonte, daß es angesichts der äußeren Lage angemessen sei, deutlich zu zeigen, daß die Kommission dem Abkommen zustimme. Darauf erteilte die Kommission mit 15 gegen 2 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen ihre Zustimmung. Gegen das Abkommen stimmten die Sozialisten Rouanet und Ellen Prevot.

Zur Lage in Persien.

London, 28. November. Das Reutersche Bureau erfährt aus „diplomatischer Quelle“: Die Regierung der Vereinigten Staaten ist nicht gewillt, Morgan Shuster zu unterstützen, im Falle Rußland Persien weitere Vorstellungen bezüglich seines Vorgehens machen sollte. Dem Unternehmen nach ist Rußland der Meinung, daß die Lage zwischen Rußland und Persien verwirrt sei, nicht nur dadurch, daß Persien auf die russische Note nicht innerhalb der gestellten Frist geantwortet hat, oder tatsächlich nicht eher, als bis es erforderlich geworden war, mit beträchtlichen Kosten russische Truppen zu entsenden, sondern auch dadurch, daß Shuster als ein offizieller Agent eine gegen Rußland unfreundliche Veröffentlichung bewirkt hat. Man erwartet, daß die Forderungen, die Rußland jetzt zu machen sich vielleicht gezwungen sieht, begründet werden mit der Verzögerung der persischen Antwort und mit dem künftigen Vorgehen Shusters. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß die Forderungen wahrscheinlich die Entsendung Shusters einschließen werden. Es ist nicht beabsichtigt, daß die russischen Truppen weiter vorgehen, wenn nicht eine neue Notwendigkeit entsteht. Nachdem die persische Entschuldigungsnote überliefert worden ist, hat der russische Gesandte die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen.

Ueberfall auf eine französische Aufklärungstruppe.

Saigon, 28. November. (W. L. A.) Eine aus Eingeborenen bestehende französische Aufklärungstruppe wurde von einer bewaffneten Bande bei Kaothuaong angegriffen. Auf französischer Seite gab es drei Tote und sechs Verwundete.

Reichstag.

211. Sitzung vom Dienstag, den 28. November, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Breitenbach, Deibred.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend

Erhebung von Schiffsabgaben.

Die Beratung beginnt mit dem Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei, einen Artikel 11a einzuschalten, nach welchem auch für die Wasserstraßen, die nicht zum Rhein-, Elbe- und Weserverband gehören, Strombeiträge erhoben werden sollen; auf Anrufen derselben soll das zuständige höchste Verwaltungsgericht endgültig über den durch Schiffsabgaben aufzubringenden verhältnismäßigen Anteil der Herstellung- und Unterhaltungskosten für solche Anstalten entscheiden, die nicht nur zur Erleichterung des Verkehrs, sondern auch zur Förderung anderer Zwecke und Interessen bestimmt sind.

Abg. Gothein (Sp.) begründet diesen Antrag mit der Notwendigkeit, daß die Interessenten bei Kanalprojektionen und anderen Strombauten auch auf den Strom, die nicht zu den im Gesetz genannten Gemeinschaftsströmen gehören, mitwirken, zum mindesten vor entscheidenden Beschlüssen gehört werden. Die Wasserstraßenbeiträge, auf die der Minister in der Kommission hingewiesen hat, können einen genügenden Ertrag nicht bilden. Die Mitwirkung der Interessenten ist um so notwendiger, als man vom preussischen Landtage, diesem Dreiklassenparlament, das durchaus keine Volksvertretung ist, eine Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung nicht erwarten darf.

Der letzte Absatz unseres Antrages ist notwendig, weil der Minister, bei dem jetzt die letzte Entscheidung liegt, selbst Interessent ist. Einen solchen Ertrag der Gerechtigkeit, daß er gegen sich selbst entscheidet, kann man von niemand verlangen. Wir wollen deshalb eine von der Verwaltung unabhängige Instanz zur Entscheidung haben. Man sagt, wir sollen doch Vertrauen zur Regierung haben. Wer sich auf diesen Standpunkt, der im Grunde der des beschränkten Untertanenverbandes ist, stellt, beweist, daß er nicht reif ist für einen konstitutionellen Staat, sondern nur für den Polizeistaat. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Minister v. Breitenbach: Ohne Not soll das Reich nicht eingreifen in die Autonomie der Einzelstaaten; in Preußen haben wir in den Wasserstraßenbeiträgen eine ganz vorzügliche Organisation geschaffen. Die Fälle, in denen gegen sie entschieden wird, sind außerordentlich selten. Die von dem Redner verlangten Strombeiträge, die ein entscheidendes Wort bei der Tariffestsetzung haben sollen, würden leicht in einen schroffen Gegensatz zu den Provinzial- und Garantieverbänden kommen, und dadurch könnte der Ausbau der Wasserstraßen in Preußen gehindert werden.

Was den letzten Teil des Antrages betrifft, so hat die Kommission sich geäußert, daß es sich hier nicht um Rechtsfragen und auch nicht um Verwaltungsfragen handelt, sondern um rein praktische Fragen, wo eine genaue Kenntnis der Ströme und ihrer Verhältnisse nötig ist. In einem Gerichtshof ist diese Kenntnis nicht zu erwarten. Es kommt weiter hinzu, daß ein solcher Gerichtshof über Regierung und Parlament stehen würde und den Ausbau von Wasserstraßen, für welchen das Parlament die Mittel bewilligt hat, hindern könnte. Ich bitte daher, den Antrag in beiden Teilen abzulehnen.

Abg. Winkler (L.) schließt sich dem Vordrager an. Präsident Graf Schwerin teilt mit, daß ein Antrag Gothein eingegangen ist, in dem Antrage zu sagen: „Wasserstraßen, die nur in einem Bundesstaate verlaufen“.

Abg. Dr. David (Soz.):

Für die rein preussischen Ströme sind solche Strombeiträge noch viel notwendiger, wie für die Gemeinschaftsströme, die durch das Gebiet mehrerer Bundesstaaten fließen. Der Umstand, daß verschiedene Staaten vor der Entscheidung zu Worte kommen, gibt jedoch eine gewisse Garantie, daß nicht ganz einseitig agrarische Interessen in den Vordergrund geschoben werden. Bei den rein preussischen Strömen dagegen, bei der Zusammenfassung des preussischen Landtages und bei der Befähigung des preussischen Ministeriums gegenüber allen groß-agrarischen Interessen ist das jedoch nicht der Fall. Und deshalb müssen hier aus den verschiedensten Interessentensphären Vertreter einen maßgebenden Einfluß bei der Frage ob und wie Abgaben erhoben werden sollen, ausüben können. Wo es sich darum

handelt, die Lasten für ein Stromverbesserungswerk zwischen Landwirtschaft und Industrie und Schifffahrt zu verteilen, ist das unbedingt notwendig.

Gegen den zweiten Teil des Antrages wendet der Minister ein, der Gerichtshof würde nicht sachverständig sein. Das ist ein Argument, das man gegen jeden Gerichtshof einwenden kann, jeder Richter hat über Dinge zu urteilen, die seinem Leben fern liegen. Die Heranziehung von Sachverständigen ist deshalb auch ein ganz gebräuchliches Mittel. Weiter sagt der Minister, der Gerichtshof würde über der Regierung und dem Parlament stehen. Daß eine richterliche Instanz über der Regierung vorhanden ist, ist sehr gut. Das Parlament aber ist ja gar nicht die entscheidende Instanz für die Verteilung der Lasten. Das Parlament trifft allgemeine Bestimmungen, die es auch abändern kann, und es ist ganz in der Ordnung, daß ein Gerichtshof vorhanden ist, der zu prüfen hat, ob diese Bestimmungen auch von der Verwaltung eingehalten werden. (Sehr richtig! links.)

Herr Winkler verabsieht den Antrag als einen Eingriff in die Landesgesetzgebung. Aber Reichsrecht geht vor Landesrecht, und wo ein Eingriff in die Landesgesetzgebung notwendig ist, soll er vom Reich aus geschehen. Dagegen darf die Landesgesetzgebung nicht in die Reichsgesetzgebung eingreifen und gerade das ist durch § 19 des preussischen Kanalgesetzes geschehen, und es klingt sehr merkwürdig, wenn gerade von jener Seite, die in Preußen sogar in die Reichsverfassung eingegriffen hat, darüber gesagt wird, wir greifen in die Landesgesetzgebung ein. Das zu tun ist unsere Pflicht, wenn wir die Ueberzeugung haben, daß sonst einseitige Interessen gefördert werden. Wir wollen die Gesamtinteressen fördern und werden daher dem Antrag zustimmen. (Bravo! links.)

Minister v. Breitenbach bittet, den Antrag auch in der jetzt vorliegenden Fassung abzulehnen.

Abg. Deser (Sp.) befragt nochmals die Annahme des Antrages.

Abg. Winkler (L.): Ich verwerfe den Antrag nicht als Eingriff, sondern als unnötigen Eingriff in die Landesgesetzgebung.

Abg. Stolte (Soz.):

Bei der Begründung der §§ 6 und 7 des Gesetzes hat die Regierung selbst ausgeführt, wie notwendig es ist, Strombeiträge zu schaffen, um allen Interessenten eine wesentliche Mitwirkung bei der Gestaltung der Abgaben zu sichern. Wenn man das auf der einen Seite anerkennt, so darf man doch diese Notwendigkeit bei denjenigen Strömen, die in einem Einzelstaat verlaufen, nicht leugnen. (Sehr richtig! links.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Volkspartei abgelehnt.

Artikel III verbietet die Erhebung von Befahrungsabgaben zur Deckung der Kosten für ältere Anstalten, die vor der Verkündung dieses Gesetzes ausgeführt sind, nennt jedoch eine Reihe von Ausnahmen, wo also Befahrungsabgaben erhoben werden dürfen.

Ein Antrag Deser (Sp.) will diese Ausnahmen streichen und auch für Ersatzbauten bereits vorhandener Regulierungswerke die Erhebung von Befahrungsabgaben verbieten.

Abg. Gothein (Sp.) begründet den Antrag. In den von dem Antrag berührten Fällen handele es sich nicht um eigentliche Regulierungen, sondern um außerordentlich unbillige Eingriffe in die Rechte der Interessenten, von denen man dafür nicht auch noch Abgaben erheben sollte.

Ministerialdirektor Peters: Der Antrag Gothein läuft den Absichten des Gesetzes zuwider. Das Gesetz will Schiffsabgaben einführen und der Antrag will sie zum großen Teil wieder aufheben.

Abg. David (Soz.):

Der Antrag Gothein will im Gegensatz zu den Ausführungen des Regierungsvertreters nicht das Gesetz, sondern die Ausnahmen des Gesetzes aufheben und das Prinzip aufrechterhalten, daß für ältere Restorationsabgaben nicht erhoben werden dürfen. Dieses Prinzip ist dem Artikel III in der Vorlage vorangestellt, dann folgt aber eine ganze Reihe von Ausnahmen, in denen dem Prinzip widersprochen werden soll. Diese Ausnahmen will der Antrag Gothein beseitigen. Ein Antrag der Polen wendet sich ja auch gegen eine einzelne dieser Ausnahmen im Falle der Wartheverbesserung. Wie unterziehen auch diesen Antrag, wollen aber darüber hinaus die Veseitigung sämtlicher Ausnahmen und stimmen deshalb dem Antrag Gothein zu. Die Ausführungen des Regierungsvertreters konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei den von uns befämpften Ausnahmen

um das Werk einseitig agrarischer Einflüsse handelt.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pol) begründet einen Antrag, Ziffer 6 im Absatz a zu streichen, die Warthe von Polen abwärts also abgabefrei zu lassen.

Minister v. Breitenbach wendet sich gegen die Anträge Dziembowski und Gothein. Diese Anträge widersprechen dem Prinzip des Gesetzes.

Abg. Graf Westarp (L.) empfiehlt zugleich im Namen seiner Freunde aus der Provinz Posen den Antrag Dziembowski, der den besonderen Interessen dieser Provinz entspreche.

Abg. Gothein (Sp.): Der Vordrager sollte doch über das enge Provinzinteresse hinaus auch für die Veseitigung der übrigen Ausnahmen eintreten, wie es unser Antrag will.

Die Diskussion schließt damit.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Deser gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittlichen abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag Dziembowski ist zunächst zweifelhaft, da auch ein Teil der Abgeordneten auf der rechten Seite aufgestanden ist. Bei der Gegenprobe ergibt sich die Ablehnung des Antrages.

Abgelehnt wird auch eine Resolution Dr. Warenhorst (Sp.), die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß bei Ausführung der im Gesetz vorgesehenen Stromarbeiten auf die Interessen der Fischerei die weitmöglichste Rücksicht genommen wird.

Hierauf folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des Hausarbeitsgesetzes.

§ 3 lautet in der Kommissionsfassung: „In denjenigen Räumen, in welchen Arbeit für Hausarbeiter ausgeübt oder Arbeit solcher Personen abgenommen wird, muß... den Hausarbeitern durch offene Auslage von Lohnberzählungen oder Aushängen von Lohn Tafeln die Möglichkeit gegeben sein, sich über die für die einzelnen in diesen Räumen zur Ausgabe gelangenden Arbeiten jeweilig gezahlten Löhne zu unterrichten. Für neu einzurichtende Muster gilt diese Bestimmung nicht.“

Der Bundesrat kann zur Ausführung dieser Bestimmung nähere Anordnungen erlassen, gegebenenfalls für einzelne Bezirke. Er kann für bestimmte Gewerbebezirke oder Betriebsarten auf Antrag beteiligter Ausnahmen gewähren.

Der Bundesrat kann vorschreiben, daß, soweit das Arbeitsentgelt in Preisen zum Ausdruck kommt, die Preise bekanntgegeben werden.

Die Bestimmungen des Bundesrats werden durch das Reichsgesetzblatt veröffentlicht und zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Die Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen prinzipiell den (von der Kommission hinzugefügten) Satz: „Für neu einzuführende Muster gilt diese Bestimmung nicht“ zu streichen, eventuell aber dem Satz die Worte hinzuzufügen: „falls ein Mindestzeitlohn in den Lohnberzählungen oder Lohn Tafeln vorgegeben ist.“

Die Abg. Ranz u. D. Raumann (Sp.) beantragen den Passus folgenbermaßen zu fassen: „Für Muster- und Probearbeiten gilt diese Bestimmung nicht.“

Sächsischer Geheimrat Hallbauer polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen Robert Schmidts. Robert bestreitet, daß das Elend in der Heimindustrie einen solchen Umfang angenommen habe, wie hier behauptet worden sei. Es sei auch in der letzten Zeit eine Besserung zu konstatieren. — In weiteren Ausführungen, die im Zusammenhange zum Teil unverständlich bleiben, sucht der Redner zu rechtfertigen, daß die sächsische Regierung die Angaben auf der Heimarbeitsausstellung über Lohnhöhe usw. als einseitig und übertrieben zurückgewiesen hat. Die Gewerkschaften haben nachher sich erboten, der sächsischen Regierung die Nachprüfung der Angaben zu ermöglichen. Sie konnte aber nicht die nötige Garantie für wirkliche Objektivität bieten. Die Vorwürfe, die wieder einmal von sozialdemokratischer Seite gegen die sächsische Regierung gerichtet worden sind, weise ich entschieden zurück. (Bravo! rechts.)

Abg. Albrecht (Soz.):

Nach den vorzüglichen Ausführungen meines Fraktionsgenossen Schmidt über das Elend in der Heimindustrie kann ich mich wohl im wesentlichen auf die Begründung unserer Anträge beschränken. Die Kommission hat am § 3 mehrere Verschlechterungen vorgenommen, wodurch die kleinen Verbesserungen, die sie an Regierungsentwurf angebracht hat, mehr als wett gemacht werden.

dramatischen Fluß dieses Frühwerks. Die Regie hatte alles getan, um dem Stück zum Erfolg zu verhelfen; manchmal ist sie sogar etwas zuviel an Realist. Das marrende Tor, desgleichen das Hundegeschäft hörten sich eher humoristisch als natürlich an. Unter den Darstellern ragten die vorzüglichen Leistungen von Licho (Vater) und Johannes Niemann (Edgar) hervor. Teilweise Gutes boten Martha Angerstein als Irene, Victoria Rißer (Marzellenderin), August Komber als besoffener Hauptmann und Otto Montua (Richard). Der Weisfall regte sich nur sehr schwach hervor.

Musik.

Eine künstlerische Mahler-Totenfeier fand in der Münchener Tonhalle mit einem großen musikalischen Apparat statt, an dessen Spitze der Wiener Liebhaberschüler Mahlers, Hofkapellmeister Bruno Walter, stand. Zur Aufführung kam das eine der beiden großen Mahlerschen Radfahrwerke: „Das Lied von der Erde“, die der Komponist selbst besungen hat als Tenor- und Alt solo mit großem Orchester. Die Radleute haben sich in gelehrte Streitereien ein- und ausgelassen, die der Komposition Lied-Symphonie, Symphonie, Jassus von Orchestergeräuschen zu benennen sei, ob eine neue Form vorliege, die mit geistiger Notwendigkeit die Formen des Liedes und der Symphonie zerprengt und sie zu einer neuen höheren Einheit zusammenwäscht usw. Tatsächlich tut der Titel ja nicht viel zur Sache bei der Wertung eines Kunstwerkes. „Das Lied von der Erde“ gehört jedenfalls zu den reinen und schadenfreudigen Schöpfungen des pessimistischen Künstlers, der auch hier ein schmerzliches Weltbild der Einsamkeit, der Lebensablage, Willensmeinung und Todessehnsucht in zum Teil großartigen Tönen entwirft. Von den 6 Sätzen „Das Trunkbild vom Jammer der Erde“, „Der Einsame im Herbst“, „Von der Jugend“, „Von der Schönheit“, „Der Trunkene im Frühling“, „Der Abschied“, deren Texte Mahler einem Sammelbuch chinesischer Lyrik: „Die chinesische Flöte“ entnahm, machte der letzte Satz als ein wehmütiger, todtrauriger Epilog eines an Irrungen und Wirrungen überreichen Künstlerlebens den allerersten Eindruck auf die ergriffenen Hörer. Die Wiedergabe des schwierigen Werkes war würdig.

Notizen.

— Im Lessing-Museum (Brüderstr. 13), spricht Donnerstag, abends 8 Uhr, Dr. Otto Weddigen über: „Eva König, Lessings Frau“. Gesänge und Violinsoli schließen sich daran. Der Eintritt ist frei.

— Tunnelprojekt zwischen Venedig und dem Lido. Zur Verbindung der Stadt Venedig mit dem Lido, der als Badeort bekannten Insel, die etwa 3 Kilometer von der Stadt entfernt ist, plant man nach dem „Prometheus“ den Bau eines Tunnels durch die Lagune. Der Zugang an beiden Enden des Tunnels wird durch senkrechte Schächte mit elektrischen Aufzügen vermittelt. Eine elektrische Bahn soll die 3000 Meter lange Tunnelstraße in 5 Minuten zurücklegen.

Kleines feuilleton.

Tolstoi und die russische Zensur. Man schreibt uns aus Petersburg: Anlässlich des Todesages Tolstois veröffentlichten die hiesigen Blätter interessante Notizen über das ehemalige Treiben der russischen Zensur gegenüber dem von ihr gefürchteten und gehassten Geistesriesen. Wir entnehmen einer solchen Zusammenfassung einige Einzelheiten: Im Jahre 1890 wurde den russischen Zeitungen und Zeitschriften „vorgezählt“, jedwede Polemik über Tolstois Kreuzsonate zu unterlassen. Andershalb Jahre später erfolgte das Verbot, einen Brief Tolstois aus dem „Daily Telegraph“, obwohl er auch in der reaktionären „Moskowskija Sjedomosti“ erschienen war, nachzudrucken. Immer ärgerlicher wurde das Wirken Tolstois der russischen Zentralregierung. Hatte er früher seine Feder allgemeinen theoretischen Betrachtungen über Religion und Politik gewidmet und dabei legerische Anschauungen zum Ausdruck gebracht, so begann er in den neunziger Jahren die aktuellen Tagesfragen zu analysieren und die höchsten Kreise mit ägendem Spott zu überschütten. Eine Schrift, wie die im Ausland erschienene und vielgelesene Broschüre „Patriotismus und Christentum“, wirkte gleich einer Bombe. Die Regierung wagte es nicht, gegen Tolstoi persönlich so vorzugehen, wie sie es gegen unglückliche andere Männer der gesamten Kulturwelt hielt sie von einem derartigen Schritt zurück. Sie suchte sich dafür auf anderem Wege zu entschädigen und ließ durch die Zensur im Jahre 1894 die Verfügung treffen, daß weder über Tolstoi selbst noch über seine Werke oder über sein Privatleben aus den ausländischen Blättern irgend welche Mitteilungen wiedergegeben seien. Als dann im Jahre 1898 der siebzehnte Geburtstag Tolstois herannah, erging an alle Preßorgane der strikte Befehl, über das bevorstehende Jubiläum des Dichters weder Artikel noch auch nur irgend welche Mitteilungen zu bringen. Groß war die Empörung über diesen Vorgang unter den Intellektuellen und in den weitesten Schichten des Volkes, aber die Regierung mißachtete die Unwillensäußerungen. Ging sie doch im Jahre 1901 so weit, daß sie Tolstoi aus der Kirche ausstieß.

In demselben Jahre begann auch der Apparat der Zensur um so eifriger zu arbeiten. Alle Redaktionen wurden zwei Tage nach dem beschämenden Ereignis angewiesen, keine Betrachtungen über die vom Heiligen Synod ausgesprochene Exkommunikation Tolstois zu veröffentlichen. Im Juni desselben Jahres verbot die Regierung, aus der russischen Missionarrevue den Artikel „Eine neue Predigt des Grafen Tolstoi“ nachzudrucken, weil in betreffenden Artikel auch seine Antwort an den Heiligen Synod“ enthalten war. Ihrem Treiben gegen Tolstoi setzte schließlich die Zensur durch folgendes Zirkular vom Januar 1902 die Krone auf: „Mit Rücksicht auf die Möglichkeit eines Ablebens des Grafen Tolstoi in der nächsten Zeit erläßt der Minister des Innern, daß im Anschluß an diese Tatsache der Lebensbeschreibung und der literarischen Tätigkeit Tolstois gewidmete Aufsätze statthaft sein werden; der Minister ersucht es jedoch für notwendig, daß die alte Verordnung gelegent-

lich der Exkommunikation in Kraft bleibt und daß in allen Mitteilungen und Artikeln über Tolstoi die erforderliche Objektivität und Vorsicht beobachtet werden.“ Später trat in der Zirkularitätigkeit der Zensur eine gewisse Pause ein, aber auch in der jüngsten Zeit hat die Regierung oft genug den Geist Tolstois durch Gewalt zu töten gesucht.

Theater.

Neue freie Volkshöhne (im Neuen Volkstheater): „Leidenschaft“, Trauerspiel von Herbert Eulenberg. Kein Drama — nur eine ziemlich locker verknüpfte Szenenreihe. Am wenigsten das Drama der Leidenschaft. Eher könnte sein Titel (wie bei „Kean“) lauten: „Irene, oder die Folgen der Leidenschaft“. Wenn ein Weib zum Manne hingetrieben wird, oder umgekehrt, so geschieht es meist aus sinnlicher Aufwallung, die zuweilen die alle Moralgesetze durchbrechende Form der Liebesrauferei zeitigt. Eulenberg sucht einen im Grunde bloßen theoretischen Lehrsat — nämlich den von der Bestimmung des Weibes zur Liebe — durch ein Lebensdrama zu erläutern. Seine Beweisführung hat aber doch nur den Schein von Wahrheit. Gewiß kann ein Weib an einem leidenschaftlich geliebten, dennoch liebreichen Manne seelisch zugrunde gehen; es muß nur nicht immer so sein. Irene, eines pensionierten Wittmeisters und reichen Goldschmieds Tochter, läuft einem Leutnant, der einen Tag im Hause der Eltern einquartiert ist, bei Nacht und Nebel nach in die Garnison. Als seine Geliebte bleibt sie bei ihm, der nichts als ein leichtlebiger Windhund ist. Trotzdem sie furchtbar darunter leidet, hält sie fest an ihm. Vater, Mutter erliegen. Schließlich hat sie doch soviel über den haltlosen Kerl verstanden, daß er den Dienst quittiert und mit ihr auf das bererbte Landgut zieht. Hier wird Hochzeit gehalten. Nun glaubt die junge Frau, Edgar werde ihr endlich ganz angehören — und sie ihm. Allein schon in der nächsten Stunde sind bei Edgar die guten Vorsätze vergessen. Kaum hört er vom Dorfsteig her die Langmusik, so brennt er durch — auf einen Moment nur. Inzwischen greift Irene zur Pistole. Als er gleich danach voll fröhlicher Lust wiederkehrt, findet er sein Weib tot. Es sind doch, recht bescheiden, nur lauter defabente Menschen, die Eulenberg zu zweifelhaften Helden macht, und deladente Gesellschaftsmoral, die hier zum Beweise erhoben wird. Edgar, das Herrbild Riechschnecke „Herrenmoral“, und Irene, das in abgöttischer Liebe und seelischer Unkraft endende Weib, haben keine Veränderungspunkte miteinander. Eulenberg verpufft den Stoff mit Aufwendung von wirklicher Dichtergabung. Es gelingen ihm Situationen von harter poetischer Wirkung, so namentlich der dritte Aufzug. In der Wallzene zeigt der Dichter das Luderleben der Herren Offiziere mit rücksichtsloser Schärfe aus. Doch also Menschen, ob Gesellschaftslöwen, ob Knechte und Landmädels werfen in ihren Reden nur so mit tiefgründigen Sentenzen um sich her; der Dichter kann, zum Schaden für den Dramatiker, den philosophisch angeknirschten Theoretiker nicht abhüteln; er reflektiert, wo er das starke Leben handelnd eingreifen lassen sollte. Unmäßige Längen, besonders im letzten Akt, allzu flüchtige Behandlung bei anderen Gelegenheiten, beeinträchtigen den

Unsere Anträge suchen nun diese Verschlechterungen wieder rückgängig zu machen. Im Prinzip beantragen wir, den von der Kommission hinzugefügten Satz zu streichen, daß die Bestimmungen über Lohnverzeichnisse und Lohnstufen nicht für neu einzuführende Muster gelten. Das bedeutet, daß der kleine Fortschritt, den § 3 bringt, zum großen Teil wieder illusorisch gemacht wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für den Fall der Ablehnung unseres Prinzipalansatzes bitten wir wenigstens unseren Eventualantrag anzunehmen, der die Ausnahmestellung der Meister davon abhängig macht, daß ein Mindestlohn in den Lohnverzeichnissen oder Lohnstufen vorgelesen ist.

Seit 25 Jahren haben wir uns Mühe gegeben, das Elend der Heimindustrie zu beseitigen. Aber alle unsere Anträge sind immer von Ihnen abgelehnt worden. Erst nach dem großen Konfessionsarbeiterstreik von 1906, als auch die bürgerlichen Parteien und der Minister v. Borselow erklärten, so geht es nicht weiter! sah sich die Regierung veranlaßt, eine Veränderung der Gesetzgebung vorzuschlagen. Sie kam jedoch nicht zum Abschluß und die Regierung gab nur eine Verordnung für die Kleider- und Wäscheindustrie heraus. Ich habe schon vor zwölf Jahren darauf hingewiesen, daß diese Verordnung nichts genutzt hat, daß sie im Gegenteil sogar schädlich gewirkt hat. Die württembergischen Fabrikinspektoren haben das auch bestätigt, sie führten aus, daß die Heimarbeit nicht vermindert, sondern vermehrt wurde, weil die Heimarbeit im Kleinen nicht unter die Verordnung fiel.

Dann hat man die Lohnbücher eingeführt. Aber diese haben überhaupt keine Wirkung gehabt. Sie sind lediglich ein Beweis für die Unklarheit in der Gesetzesmaterie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dann kam der jetzige Reichstag, der bei seinem Zusammentritt versprochen hat, sozialpolitisch wirksam zu sein. Er führte am 1908 den § 197a in die Gewerbeordnung ein, der in bezug auf die Heimarbeit Besserung schaffen sollte; es sollte Jugendlichen keine Arbeit mit nach Hause gegeben werden dürfen. Ich wies bereits damals darauf hin, daß der Vorograph in dieser Fassung nichts nützen würde. Die bürgerlichen Parteien versprochen, bis zur dritten Lesung eine andere Fassung zu suchen. Das geschah aber nicht, und tatsächlich hat der Paragraf auch gar nichts genutzt. Das beweisen deutlich die Berichte der Gewerbeämter. Der von Danzig führt aus, daß die Kontrolle darüber sehr schwer durchzuführen ist, der Gewerbeamt von Königsberg kann zwar berichten, daß ein Fall von Uebertretung zur Anzeige kam, aber eine Bestrafung konnte nicht eintreten, weil kein Beweis zu erbringen war. Der Gewerbeamt von Potsdam berichtet, daß Erfahrungen noch nicht vorliegen, und das in einem Bezirk mit 10 500 Betrieben und 190 000 Arbeitern! Der Gewerbeamt von Berlin sagt geradezu, infolge der Novelle von 1908, die doch zur Einschränkung der Heimarbeit beitragen sollte, macht sich eine bedauerliche Zunahme der Hausarbeit bemerkbar. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Inhaber von Betrieben, die bisher zehn und mehr Arbeiter beschäftigt haben, haben die Zahl auf neun herabgesetzt und lassen dementsprechend mehr Hausarbeit machen. Namentlich trifft dies für Konfektions- und Buchbindereien zu, die mit einer offenen Verkaufsstelle verbunden sind, damit sie die Vergünstigungen der Bundesratsverordnungen von 1897 und 1904 weiter genießen. Diese Verordnungen stellen also

Vergünstigungen für die kapitalistischen Unternehmer gegenüber der Novelle von 1908 dar. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die bisherige Gesetzgebung ist also ganz fehlerhaft, deswegen wollen wir bei dem gegenwärtigen Gesetz Bestimmungen schaffen, die auch durchführbar sind und etwas nützen. Werden die Lohnstufen wirklich eingeführt, so ist damit noch gar nicht gesagt, daß die Heimarbeiter auch wirklich zu ihrem Recht kommen, denn den Unternehmern stehen viele Maßnahmen zur Verfügung, um die Arbeiter um ihren lauer verdienten Lohn zu bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Arbeiter können dann doch mindestens zeigen, sie wissen, was sie bekommen sollen. Aber dann darf bei den Lohnstufen und Lohnlisten nicht die Ausnahme für die neu einzuführenden Muster gemacht werden und noch weniger kann man dem Bundesrat zugestehen, Ausnahmen zu gewähren. Es würde dann jede Industrie mit Heimarbeit an den Bundesrat herantreten und bestreiten, daß bei ihr Mißstände vorliegen. Dadurch würde auch dieses Gesetz in seiner Wirkung vollkommen illusorisch werden. Schaffen Sie also etwas Klares und etwas Durchführbares, indem Sie unsere Anträge annehmen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Ich bitte, die beiden sozialdemokratischen Anträge abzulehnen. Wenn wir ein ausführbares Gesetz schaffen wollen, so ist es notwendig, daß Ausnahmen zugelassen werden, wie sie hier vorliegen. Die von der Kommission vorgesehene Regelung bietet zwar anscheinend größere Sicherheit als die Bestimmungen der Regierungsvorlage. Ob das aber in Wirklichkeit sich so gestalten wird, ist sehr zweifelhaft. Bei dem hier von der Kommission eingeschlagenen Weg kann man die erforderlichen Bestimmungen erst dann in Kraft treten lassen, wenn alle Ausnahmen festgelegt sind. Man wird dabei also einige Jahre warten müssen, während nach der Regierungsvorlage die Bestimmungen gleich in Kraft treten könnten.

Abg. Wang (Sp.): Der Abg. Albrecht hat hier gegen die bürgerlichen Parteien dieselben heftigen Angriffe gerichtet wie gestern der Abg. Schmidt. Er hat doch selbst in der Kommission die eifrigste Arbeit der bürgerlichen Abgeordneten im Interesse der Heimarbeiter beobachtet. Er glaubt aber allein das Alibi: „Wir werden ja sehen, ob die Kommissionsvorlage nicht doch bessere Mittel sind. Mit solchen Kurven à la Eisenhart, wie sie die sozialdemokratischen Anträge darstellen, werden wir die arme Heimindustrie nicht heilen können. — Der Redner empfiehlt seinen Antrag, nach dem die Bestimmungen des § 3 im letzten Absatz für Muster- und Probearbeiten nicht gelten soll.

Abg. Giesberts (Z.): Die Probearbeiten bei neuen Mustern lassen sich einfach nicht in das Lohnverzeichnis aufnehmen. Die Einlegung von Mindestlöhnen in diesen Fällen würde geradezu zum Schaden der beteiligten Arbeiter ausschlagen, denn die Musterarbeiter werden ja im allgemeinen besser entlohnt als die übrigen. Der Antrag Wang bildet eine gute Lösung, die sozialdemokratischen Anträge sind aber einfach undurchführbar.

Abg. Everling (natl.): In der Kommission und von sachverständiger Seite sind wir überzeugt worden, daß die Ausnahmen notwendig sind, die durch die sozialdemokratischen Anträge beseitigt werden sollen. Es scheint auch, daß die Regierungsvorlage den Heimarbeitern reichere Hilfe bieten würde als die Kommissionsfassung. Die Ausführungen des Abg. Albrecht leiden an der alten Parlamentskrankheit: Uebertreibung, Verallgemeinerung und Wiederholung.

Abg. Albrecht (Soz.): Ich möchte dem Abg. Everling den dringenden Rat geben, die Berichte der Gewerbeämter zu lesen, dann wird er die Nichtigkeit meiner Ausführungen bestätigt finden. — Man spricht fortgesetzt von der Schwierigkeit, diese Materie gesetzgeberisch zu regeln. Nun, der liberale Rationalökonom Wibrand hat nachgewiesen, daß die englische und die australische Gesetzgebung dieser Schwierigkeiten Herr geworden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Warum soll das, was in England, Australien usw. möglich ist, nicht auch in Deutschland möglich sein? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Es wird hier immer wieder erklärt, daß auch die bürgerlichen Parteien ein warmes Herz für die Heimarbeiter haben. Aber mit einer sozialisierenden platonischen Liebe ist den Heimarbeitern nicht gedient; sie wollen positive Taten sehen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Caspar: Die sozialdemokratischen Anträge verfolgen den Zweck, des Lohnaufhanges, dort sollen die Arbeiter

den Lohn für jede einzelne Arbeit erkennen. Die Bekanntgabe der Zeitlöhne würde diesen Zweck nicht erfüllen, wenn nicht genau die Zeit für jede Arbeit festzulegen ist.

Abg. Dr. Keller (Sp.): Mir scheint es sehr zweifelhaft, ob die Bestimmungen des § 3 überhaupt anwendbar sind. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Hört! hört! Rongestertum!) Protestieren möchte ich dagegen, daß hier der Kollege Schmidt von einem „abgrundtiefen Elend in der oberfränkischen Hausindustrie“ gesprochen hat. (Lebhaftes Zurufe bei den Sozialdemokraten: Entspricht den Tatsachen!) Nein, das entspricht nicht den Tatsachen, sondern ist eine Tendenzmache. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Aufse! Hört! hört! und Wahnworte!) Redner ergeht sich unter zahlreichen Zu- und Zwischenrufen schließlich in langen historischen Ausführungen, bis er vom Vizepräsidenten Spahn zur Sache gerufen wird. Unter anderen schwört Redner einen Schleier, der er als Probe der oberfränkischen Hausindustrie mitgebracht hat. Als er dann mit den Worten schließt: „Ich protestiere gegen die Beschimpfung der oberfränkischen Hausindustrie“, wirft ihm ein eigener Fraktionsgenosse den Schleier über die Schultern. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Auf die Ausführungen des Abg. Keller will ich nicht im ganzen eingehen, nur eine Versicherung möchte ich hier gleich festnageln. Er sprach von den Uebertreibungen, die auf der Heimarbeit ausstellung vorgekommen seien und begründete das mit der Mitteilung, auf einem Ausstellungsobjekt sei ein Stundenlohn von 2 Pfennig angegeben worden und nachher habe sich gezeigt, daß dieser Lohn einer 75-jährigen Frau gezahlt wurde. Ja, sind es nicht himmelschreiende Zustände, wenn auch eine 75-jährige Frau nur einen Stundenlohn von 2 Pfennig erhält. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten — Lautes Lachen bei den bürgerlichen Parteien.) Ich danke Ihnen für dieses Lachen, denn damit zeigen Sie einmal klar, wie Sie die Arbeiter einschätzen. 2 Pfennig Stundenlohn geben bei zehnstündiger Arbeitszeit einen Tagesverdienst von 20 Pfennig. Das halten Sie für angemessen bei einer alten Frau, deshalb haben Sie auch die Alters- und Invalidenrenten so niedrig angesetzt. Ich nenne einen solchen Lohn bei den von Ihnen verteuerten Lebensmittelpreisen in der Tat himmelschreiend. (Erneutes Gelächter bei den bürgerlichen Parteien.) Dasselbe verständnislose Gelächter erhob sich bei Ihnen, als ich Herrn Keller zurief, man könnte doch Mindestzeitlöhne in der Heimarbeit festsetzen. Das halten Sie für undurchführbar. Die Herren sollten doch die Verhältnisse in England und anderen Staaten studieren, wo diese Mindestzeitlöhne schon festgelegt sind, ebenso wie in verschiedenen deutschen Tarifverträgen für die Heimarbeit. Sie stellen das als unmöglich hin, weil Sie es nicht wollen, und Sie wollen es nicht, weil Sie fürchten, sonst bei einigen rückständigen Fabrikanten anzuklopfen. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Lärm bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Herr Keller möchte über die elenden Verhältnisse der Heimarbeit in seiner Heimat Oberfranken, in seinem Wahlkreise orientiert sein; er hätte sich nicht begnügen dürfen mit den Zahlen der Handelskammer; er hätte sich in die Gassen der Hausindustriellen begeben müssen und da einmal nachfragen sollen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Da würde er von anderen Ziffern gehört haben, da würde er ein Elend kennen gelernt haben, das wirklich zum Himmel schreit. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß man die Ziffern zu verschweigen trachtet, das geschieht nicht im Interesse der Vermissten der Armen; es geschieht

im Interesse der Kapitalisten, die aus der unsozialen und unmoralischen Ausbeutung der Heimarbeit wahrlich nicht geringe Einnahmen ziehen. Man spricht von der Konkurrenz, der man die Zahlen vorenthalten müsse; aber es ist nicht die Konkurrenz, es ist die Deffektivität, der man sie verschweigen will. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man sagt uns: ja, wir sind ja bereit, die Lage der Heimarbeiter zu verbessern. Wo ist denn die Verbesserung, die man gewähren will? Im Gesetze sehe ich sie nicht. (Lebhaftes Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer sich hier im Reichstag hinsetzt und die Heimarbeit verteidigen kann, der beweist damit, daß er vom Geist der modernen Sozialpolitik auch nicht einen Hauch verspürt hat.

Ich muß mich jetzt zu den Ausführungen des sächsischen Regierungsvortragenden wenden. (Vizepräsident Dr. Spahn: Aber nur soweit sie sich auf § 3 beziehen.) Ich will sehen, was sich machen läßt. (Heiterkeit.) Redner wendet sich gegen die (zuvor auf der Tribüne im Zusammenhang unverständlich gebliebenen) Ausführungen des Geheimrats Haldauer, wird aber alsbald vom Vizepräsidenten Dr. Spahn zur Sache gerufen. — Ich werde also dem sächsischen Regierungsvortragenden bei der dritten Lesung antworten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Keller (Sp.) wendet sich gegen die Ausführungen der Abg. Stadthagen und Schmidt und bestreitet, ein Urteil über den 2-Pf.-Stundenlohn abzugeben zu haben.

Inzwischen ist ein Antrag Giesberts (Z.) eingegangen, der dem Antrag Wang entspricht, aber an Stelle der Worte „Muster- und Probearbeiten“ sagt: „für Ausarbeitung neuer Muster“.

Abg. Albrecht (Soz.): Der Antrag Giesberts sagt im wesentlichen nichts anderes als die Kommission, wir lehnen ihn deshalb ab. Den Ausführungen des Ministerialdirektors Caspar gegenüber betone ich, daß die Angabe von Mindestzeitlöhnen auf der Lohnstufen den Arbeitern sehr wohl die Möglichkeit gewährt, den Lohn für eine Arbeit zu berechnen. Der Abg. Keller hat bei seinen Ausführungen ganz vergessen, die Löhne für die von ihm geschilderten Arbeiten anzugeben. Vielleicht betragen sie auch nur 4 oder 6 Pf.

Abg. Giesberts (Z.) begründet seinen Antrag, zu dessen Gunsten Abg. Wang seinen Antrag zurückzieht. Damit schließt die Diskussion. Die Anträge Albrecht werden abgelehnt; der Antrag Giesberts wird angenommen.

§ 3 wird mit der durch Annahme des Antrags Giesberts bedingten Veränderung angenommen.

§ 3a bestimmt, daß, wer Arbeit für Hausarbeiter ausgibt, den Arbeitern Lohnbücher oder Arbeitszettel ausändigen muß, die Art und Umfang der Arbeit sowie die Preise enthalten. Auch hier soll die Bestimmung für neu einzuführende Muster nicht gelten und der Bundesrat soll Ausnahmen für einzelne Gewerbegebiete und Betriebsarten gestatten können.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will diese Ausnahmen streichen.

Abg. Albrecht (Soz.): Diese Anträge sind aus denselben Gründen gestellt wie vorher beim § 3; durch die Ausnahmen wird das Gesetz illusorisch. Unter Ablehnung des Antrages Albrecht wird § 3a in der Kommissionsfassung angenommen.

Er bestimmt, daß die Polizeibehörde für Räume, in denen Hausarbeit ausgeübt wird, Einrichtungen anordnen kann, durch die eine ungerechtfertigte Zeitverräumnis der Hausarbeiter vermieden wird.

Abg. Leber (Soz.): Diese Bestimmung geht uns nicht weit genug; wir beantragen daher, noch einen Absatz einzufügen, wonach Gewerbetreibende, die Hausarbeit verrichten lassen, den Betrieb so zu regeln verpflichtet sind, daß bei Annahme und Ausgabe der Arbeit keine unnötigen Zeitverräumnisse entstehen. Wir wollen uns nicht auf eine Polizeiverordnung verlassen, sondern den Heimarbeitern ein Recht geben, eventuell auf Schadenersatz zu klagen.

Ministerialdirektor Dr. Caspar bittet um Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, der darauf hinausläuft, daß die Gewerbe-

treibenden den Heimarbeitern die Arbeit ins Haus bringen und wieder abholen sollen.

§ 4 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will einen neuen § 4a einfügen, wonach die Räume für Hausarbeit so einzurichten sind, daß die Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit geschützt sind. Insbesondere sollen die Räume hell, trocken, heizbar, leicht zu lüften sein und mindestens 12 Kubikmeter Luftraum für jede darin beschäftigte Person enthalten. Zum Schlafen und Kochen dürfen die Arbeitsräume nicht benutzt werden; doch sollen in bezug auf dieses Verbot für schon bestehende Betriebe nur solche Anforderungen zulässig sein, die ohne unverhältnismäßige Aufwendungen ausführbar sind.

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Die Tendenz des Antrages ist zu billigen; aber in einzelnen gehen die Bestimmungen zu weit und würden geradezu das Bestehen der Heimarbeit gefährden. Wenn 12 Kubikmeter Luftraum für jede Person gefordert würden, müßte man in ganz Oberfranken jedes Haus niederbrennen, in dem Heimarbeit betrieben wird. (Zuruf im Zentrum: Zu ganz Deutschland!) Wir können nicht wünschen, daß die Heimarbeit geradezu in die Fabriken gedrängt werden. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Albrecht (Soz.): Wenn Dr. Pfeiffer meine Begründung abgelehnt hätte, so hätte er sich viele seiner Ausführungen sparen können. Es fällt uns gar nicht ein, die Heimarbeit beseitigen zu wollen. In unserem Heimarbeiterschutz-Gesetzentwurf, den wir schon in zwei Legislaturperioden eingebracht haben, ist mit keinem Worte davon die Rede. Auch unser Antrag geht nicht so weit. Wenn wir in unserem Antrage Schutz für Leben und Gesundheit fordern, ist denn das eine übertriebene Forderung? (Zurufe: „Nein!“) Dann wollen Sie dem also zustimmen. Wir kommen Ihrer Furcht ja dadurch entgegen, daß wir ausdrücklich die Veränderung bestehender Betriebsräume nur dann fordern, wenn sie ausführbar ist. Der frühere Staatssekretär Graf Posadowsky sagte, die Heimarbeiterfrage sei im wesentlichen eine Wohnungsfrage. Ein Reichswohnungsgesetz würde einen großen Teil der Heimarbeiterfrage lösen. Wir können aber auf ein Reichswohnungsgesetz bis zum St.immerleinstage warten. Deshalb müssen wir bei dem vorliegenden Gesetz alles zu erreichen suchen, was zu erreichen ist. Wer das Wohnungselend in unserer Heimindustrie kennt, der muß unserem Antrag zustimmen.

Abg. Dr. Everling (natl.): Unsere Liebe zu den Heimarbeitern wollen wir dadurch beweisen, daß wir die Forderungen nicht überspannen. Die Sozialdemokratie zeigt in ihrem Antrag eine Bärenliebe für die Heimarbeiter. Der Bär umarmt bekanntlich diejenigen, die er liebt, so daß ihnen Atem und Leben angedrückt. (Sehr gut! rechts.) Im Erfurter Programm fordert die Sozialdemokratie ja die Beseitigung der Heimarbeit in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Wenn das durchgeführt würde, müßten tausende sächsischer Hüttenarbeiter verhungern. Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab, wobei wir allerdings wünschen, daß der Bundesrat die Vollmachten, die wir ihm gegeben haben, dazu benutzen wird, um die Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiter zu heben.

Abg. Wegens (Wirtsch. Vg.): So sympathisch die Tendenz des Antrages Albrecht ist, so wenig ist er annehmbar; es ist ein Antrag vom grünen Tisch aus, dessen Folgen eine Vernichtung der Heimarbeit sein würde.

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Auch ich kann den Antrag der Sozialdemokraten nur als einen Erdrosselungsantrag betrachten. (Lebhaftes Sehr richtig! im Zentrum.) der das gute Herz der Sozialdemokratie für unsere Hausarbeiter zeigt. Wie soll z. B. eine Witwe in Berlin, die sich mit Heimarbeit ernähren will, mehr als ein Zimmer mieten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Bezahlen Sie sie nur anständig!) Man sollte diesen Antrag in allen seinen Konsequenzen allen Heimarbeitern bekannt machen, dann würden diese ihre wahren Freunde erkennen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Diese Drohung schreckt uns nicht; was wir fordern, ist ja kein Geheimnis. Die Tabakarbeiter haben mehr als einmal das völlige Verbot der Heimarbeit

für ihre Industrie verlangt. Als das Verbot der Kinderarbeit erhoben wurde, wurde auch von rechts und links der Einwand erhoben, die Arbeiterfamilie werde dadurch in ihrem Verdienst beeinträchtigt. Aber der Schutz der Kinder galt und mehr, als solche Gefahren, die im einzelnen eintreten können. — Weiter entristen Sie sich, daß wir 12 Kubikmeter Luftraum für einen Heimarbeiter verlangen. Für einen Gefangenen ist der erforderliche Luftraum 15 Kubikmeter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie fürchten, eine solche Bestimmung sei nicht durchführbar. Nun, im Tabakgewerbe ist durch Bundesratsverordnung ein Luftraum von 10 Kubikmetern für jeden Heimarbeiter vorgeschrieben. Damals sagten die Tabakfabrikanten auch, ihre ganze Industrie müsse zugrunde gehen. Das sind die gewöhnlichen Uebertreibungen, die wir bei jeder sozialpolitischen Maßregel hören. Ich gebe zu, daß im einzelnen durch unseren Antrag Härten eintreten können. Wir haben deshalb auch einen besonderen Absatz für schon bestehende Betriebe eingefügt, durch welchen Härten gemildert werden sollen. — In bezug auf die Herstellung von Nahrungsmitteln stehen wir auf dem Standpunkt, daß sie in der Heimarbeit nicht erfolgen darf, und haben auch einen entsprechenden Antrag gestellt, was Herr Everling übersehen hat. Späteren Sie nur bei den Heimarbeitern, wir fürchten das nicht, die Heimarbeiter wissen, wer ihre wahren Freunde sind. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Meine Bedenken gegen den sozialdemokratischen Antrag sind auch durch die Ausführungen der Abgeordneten Albrecht und Schmidt nicht beseitigt. Ich halte den Antrag nach wie vor für undurchführbar.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt. § 4 wird angenommen, ebenso § 5.

§ 6 räumt der Polizei die Befugnis ein, zu bestimmen, daß Räume, in denen Nahrungs- und Genussmittel hergestellt, bearbeitet oder verpackt werden, zu anderen Zwecken nicht benutzt werden dürfen.

Abg. Albrecht (Soz.) begründet einen Abänderungsantrag, wonach das Verbot der Benutzung solcher Räume zu anderen Zwecken durch das Gesetz allgemein festgelegt werden soll: Es sind doch himmelschreiende Zustände, wenn in einem Zimmer, das als Wohn- und Schlafraum für eine vielköpfige Familie dient, Nahrungs- und Genussmittel verarbeitet werden. Das schädigt nicht nur die Gesundheit der beteiligten Arbeiter, sondern auch die der Allgemeinheit, der Konsumenten. Die Verbreitung von Seuchen nimmt oft genug ihren Ursprung aus solchen ungelunden Wohn- und Betriebsräumen. Aus diesen Gründen bitte ich um Annahme des Antrages.

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Der sozialdemokratische Antrag schließt wieder das Kind mit dem Bade aus. Bei seiner Annahme dürfte in dem Betriebsraum des Heimarbeiters ja nicht mal ein Kanarienvogel sitzen und die Leute dürften dort nicht schlafend. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Hau! Wipe!“) Wir lehnen den Antrag ab.

Abg. Dr. Everling (natl.): Auch wir müssen den Antrag ablehnen, da er tatsächlich ein Verbot der Heimarbeit für einen großen Teil der Betriebe bedeutet. In der Heimarbeit stecken doch große ideale Werte, die man nicht vernichten soll.

Abg. Graf Carmer-Jahedom (L.) spricht sich gleichfalls gegen den Antrag aus.

Abg. Albrecht (Soz.) tritt den Ausführungen des Abg. Dr. Everling entgegen. Bei einem Besuch der Heimarbeiterwohnungen werde sich sein Urteil über die idealen Verhältnisse dort ändern.

Abg. Leber (Soz.): Der Abgeordnete Everling hat ein Loblied auf die Heimarbeit in Sachen gesungen. Ich kenne die Verhältnisse in

Züringen und muß da das strikte Gegenteil dessen konstatieren, was Gering behauptet hat. Heute sind dort Tabakfabriken entstanden, und die Leute sind sehr zufrieden damit, sie finden in der Fabrik geregelte Arbeitszeit und bessere Arbeitsräume und sehen sich nicht zurück nach der Heimarbeit. Sie nehmen sogar in Orten, die acht und zehn Stunden weit von ihrem Wohnort entfernt sind, Arbeit, um nur der Heimarbeit zu entgehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sorgen Sie auch in Sachen für die Möglichkeit, Tabakfabriken zu errichten, und die Leute werden auch da gern die Heimarbeit verlassen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Unter Ablehnung des Antrages Abtrag wird § 6 in der Kommissionsfassung angenommen.

Fachauschüsse oder Lohnämter?

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt die Einfügung eines § 3b, welcher die Einlegung von Lohnämtern fordert, die auf Antrag von Arbeitgebern oder ihren Organisationen in der betreffenden Branche die Lohnsätze für eine bestimmte Dauer festzusetzen haben.

Abg. Göhre (Soz.):

Unser Antrag berührt die Frage der Lohnämter. Vor allem sollen Mindestlöhne festgelegt werden. Die hier von uns aufgestellte Forderung ist der Kernpunkt des ganzen Gesetzes. Die Annahme oder Ablehnung unseres Antrages wird über den Wert oder Unwert des ganzen Gesetzes und damit über das Wohl oder Wehe von Hunderttausenden von Heimarbeitern entscheiden. Nehmen Sie den Antrag an, dann geben Sie dem Gesetz eine Krönung, die den Tag seiner Annahme zu einem Tage des Glücks, der Erlösung für die Heimarbeiter werden lassen. Nehmen Sie unseren Antrag ab, so degradieren Sie dieses ganze Gesetz zu einer

leeren Dekoration,

so verwandeln Sie alle die Wohltaten, die es den Arbeitern bringen soll, im letzten Grunde in Rachtteile, in neue Schäden, dann fügen Sie zu der bestehenden Not der Heimarbeiter neue Not hinzu. Sehen Sie sich die einzelnen Verbesserungen, die dieses Gesetz bringen soll, einmal daraufhin an. Auch die kleinste Verbesserung, die kleinste Schutzvorrichtung kostet Geld, und bei den Heimarbeitern herrscht bittere Not, dort wird mit Pfennigen gerechnet. Der sächsische Regierungsvorsteher leugnet zwar die Not in sächsischen Erzgebirge. Ich junger Geistlicher bin ich zwei Jahre in einem Arbeiterdorf im Erzgebirge gewesen. (Mit erhobener Stimme:) Ich kenne doch die Verhältnisse auch und weiß, welche Not dort herrscht. Entweder Sie wenden die Bestimmungen des Gesetzes nicht an, dann steht es nur auf dem Papier und das wollen Sie doch nicht. Wenden Sie das Gesetz aber an und können die Leute die neuen Vorschriften nicht erfüllen, weil ihnen das Geld dazu fehlt, dann werden die armen Heimarbeiter noch bestraft. Die im Gesetz vorgesehenen Strafbestimmungen für die Arbeitgeber und für die Heimarbeiter sind recht verschieden. Im Gegensatz zu den mäßigen Strafen der Industrieellen sind die Strafen für die Heimarbeiter recht hoch angesetzt.

bis 2000 Mark Geldstrafe, 4 Wochen, 6 Monate Gefängnis.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Folge wird sein. Sie bringen eine große Anzahl der schlecht bezahlten Heimarbeiter ins Gefängnis. Zu dem wirtschaftlich entrüsteten Heimarbeiter tritt ein neuer Typus: der bürgerlich Entehrte, der mit Gefängnis bestraft wird, weil er nicht imstande ist, das bishigen hygienische Schutzvorrichtung einzuführen, das vom Gesetz verlangt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn Sie die bisher beschlossenen Vorschriften des Gesetzes aufheben, so ist zwar der Ausschuss des Lohnverzeichnisses vorgezeichnet, aber es fehlt die Vorschrift, daß Arbeiterlöhne in das Lohnverzeichnis eingeschrieben werden, die menschenwürdig sind. Nach der geltenden Vorschrift kann der Arbeitgeber ja die allerniedrigsten Löhne eintragen, um vielleicht dann mit seinen Arbeitern ein paar Pfennige Zulage zu vereinbaren. Genau so ist es mit den Lohnbüchern. Sie sind ohne Lohnamt nichts weiter als ein Mittel, durch das die Leute schwarz auf weiß nach Hause tragen, unter welchen elenden Arbeitsbedingungen sie tätig sind. Es bleibt so, daß bei Ablehnung der Lohnämter alle die Wohltaten, die Sie den Arbeitern im Gesetz zugebacht haben, sich in schwere Rachtteile verwandeln.

Der höhere Lohn ist die beste Gewerbehigiene

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), denn er verschafft den Leuten erst die Möglichkeit, besser zu wohnen und gesunder zu leben. Angefichts dieser selbstverständlichen Tatsache ist es so überaus verwunderlich, daß die bürgerlichen Parteien zuletzt sich auf den Kompromißantrag geeinigt haben, der Fachauschüsse an Stelle der Lohnämter fordert. Diese Fachauschüsse sind auch nicht einmal obligatorisch von Ihnen gedacht, sondern nur fakultativ und ihre Zusammensetzung ist so vorgelesen, daß tatsächlich der ganze Ausschuss durchaus in der Hand der Behörde liegt.

Sie machen es hier gerade so wie bei der Reichsversicherungsordnung, wo die Heimarbeiter in die Landkrankenkassen geteilt wurden. Hier wird dort werden die Heimarbeiter von Ihnen ganz despotisch behandelt. Und was sind die Aufgaben der Fachauschüsse? Sie sollen die Staats- und Gemeindebehörden durch tatsächliche Mitteilungen und Erläuterung von Gutachten unterstützen, sie dürfen Wünsche und Anträge beraten, sie dürfen Vorschläge machen und dürfen den Abschluß von Lohnabkommen oder Tarifverträgen fördern. Das sind alles Worte, nichts als Worte, und keine Taten. Sie konzedieren den Fachauschüssen, Beschlüsse zu fassen, ohne jede gesetzliche Wirkung.

Das sind nur taube Röhre. Sie geben den Heimarbeitern Steine statt Brot!

Alles außerhalb dieses Hauses, was irgendwie die Heimarbeit lenkt, tritt für die Lohnämter ein. Zunächst die Heimarbeiter selbst. Der Verlauf des letzten Heimarbeitertages zeigt das ganz klar, er ist ja zu nichts weiter zusammenberufen, als um diese Forderung zu erheben. Die ganze lange Resolution verlangt in ihren fünf Absätzen immer nur die Lohnämter und dann erst werden noch einige andere ältere Forderungen wieder erhoben. Also die zuständige Gruppe, die Vertreter der Heimarbeiter selbst, fordern Lohnamt, Lohnamt, nichts als Lohnamt. Auch die Zwischenmeister verlangen in ihren Eingaben an den Reichstag die Einführung des Lohnamts. Sie sagen: Die Löhne sind so gesunken, daß sie nur in der Einführung des Lohnamts eine Besserung erblicken. Die Gewerkschaften jeder Farbe fordern Lohnämter, nicht Fachauschüsse. Nur die Verleger sind Gegner des Lohnamts, aber diese wenden sich ja auch gegen die Fachauschüsse. Diesen Herren ist eben alles zu viel, sie fordern die Abhebung jeglichen Heimarbeitergesetzes, sie wollen lediglich den jetzigen Zustand erhalten und nur ihren Abzug sichern. Ihre Forderung ist um so brutaler, als sie selbst bis auf den letzten Mann organisiert sind; die Lohnämter aber wollen sie ablehnen, damit die Arbeiter unorganisiert bleiben. Das ist Lohnwucher. (Große Unruhe rechts.) Nicht ich habe dieses Wort geprägt, sondern Professor Wilbrandt. Und tatsächlich bedeutet das Gebären der Heimindustriellen

die kraffteste Ausbeutung der Notlage

als Lohnwucher in reinster Form, und die bürgerlichen Parteien stellen sich nicht auf die Seite der Heimarbeiter, sondern treten die einzige Forderung, die eine Wirkung hätte, die Forderung nach Lohnämtern, mit Füßen, und ziehen sich auf die Fachauschüsse zurück. Das muß den Verdacht erregen, daß Sie den Herren Industriellen in der Heimindustrie Dienste leisten wollen. Bei den Konservativen ist das verständlich, bei den Freisinnigen aber doch etwas verwunderlich. Freilich gibt es doch jetzt zwei Fraktionen, die Fraktion Raumann und die Fraktion Rang. (Heiterkeit.) Aber verwunderlich ist es doch, daß die Partei Raumann die Partei Rang nicht unterliegt, oder vielmehr es ist nicht verwunderlich. Denn wenn man die Unterschriften in der Eingabe des Bundes der

Heimindustriellen liest, so findet man auch die des Hansabundes (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), das erklärt die Spaltung, der Hansabund ist das treibende Motiv für die Forderung Rang. Sein Präsident Niefer hat allerdings die politische Realität des Hansabundes gegenüber den Arbeitern proklamiert. Aber auch auf so wichtigem wirtschaftlichen Gebiete wie der Schutz der Heimarbeiter sollte der Hansabund eine etwas neutralere Stellung einnehmen.

Am erstaunlichsten ist die Haltung des Zentrums. Wir erkennen an, daß das Zentrum in der Kommission für den Gedanken der Lohnämter eingetreten ist. Warum aber sind die Herren denn umgefallen, was zwang sie dazu, da doch ein großer Teil ihrer Anhänger sie lebhaft auffordert, schaffen Sie uns Lohnämter? Diese Forderung ist auch enthalten in einer Petition des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, die mitunterzeichnet ist von zwei Mitgliedern der Zentrumsfraktion, derselben Fraktion, die ihrerseits jetzt das Gegenteil von dieser Petition verbreitet. Auch ein Vertreter der Zentrumsfraktion, die in seiner Eingabe alle die Argumente, die vor kurzem hier von den Herren des Zentrums gegen unsere Redner vorgebracht wurden. Abg. Dr. Reischer hat gestern hier erklärt: Unser Antrag ist von der Kommission abgelehnt worden und im Plenum ist keine Mehrheit dafür vorhanden. Nach meiner Meinung sind das keine durchschlagenden Gründe. Dr. Reischer sah ja die Schuld an der Ablehnung des Antrages in der Kommission auf das Fehlen meines Genossen Molkenbühr, der durch eine wichtige Sitzung im Schönerberger Stadtkollegium verhindert war. Der Abg. Behrens ging sogar so weit, auch das Fehlen Molkenbührs in der Reichstagsfraktion verantwortlich zu machen, daß der Antrag hier nicht wiederholt wird. Abg. Molkenbühr ist am Erscheinen verhindert, weil er seiner Zeugnispflicht in Essen genügen muß, aber Sie werden doch nicht sagen wollen, daß Sie nur deshalb den Antrag nicht wieder einbringen. Das glaubt Ihnen kein Kind, das glauben Sie selber nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso sieht es mit dem Vorwand, der Antrag würde hier im Plenum keine Majorität finden. Meine Herren, schämen Sie sich doch nicht selbst so gering ein. Auf uns Sozialdemokraten ist in dieser Frage absoluter Verlaß. Wenn Sie auch Ihrerseits geschlossen für einen solchen Antrag stimmen, dann würden dafür auch wohl noch die Polen zu haben sein, und Sie hätten ja auch schließlich Ihren Einfluß auf Ihre Kollegen zur rechten Ausübung können. (Ruf: Sie auf die der Linken!) Wir sind ja nicht so im engen Bloß mit den Freisinnigen verwaschen, wie Sie mit den Konservativen, und die Freisinnigen sind auch bei der Wahl nicht in einer so fatalen Lage wie die Konservativen (Lachen rechts), schämen Sie (zu den Konservativen) doch keinen Rat vor (Sehr gut! links). Sie sind nicht so mutig, denn seit dem Kampf mit Weismann Hollweg wissen Sie, daß Sie die Unterstützung, die Sie sonst bei den Wahlen hatten, wahrscheinlich nicht im gleichen Maße finden werden. (Präsident Graf Schwerin-Löwis mahnt den Redner bei der Sache zu bleiben.) Da die konservative Partei gegenwärtig in einer weniger glücklichen Lage ist, und sehr dankbar für die Unterstützung des Zentrums bei den Wahlen sein muß, wäre es den Herren vom Zentrum, die doch sonst keine schlechten Politiker sind, sehr leicht geworden, die Herren von der rechten Seite zu veranlassen, sich wenigstens bei diesem Anlaß der Stimme zu enthalten. Der Vorwand, daß Sie nicht an das Zustandekommen einer Mehrheit glauben, scheint Sie also nach meiner Meinung nicht zu berechtigen, so ohne weiteres umzuschwenken und die Lohnämter fallen zu lassen. Wenn Sie nun sich auf die ablehnende Haltung der Regierung berufen, so wissen wir ja doch alle, daß das Zentrum gegenwärtig

die Fraktion gratissima bei der Reichsregierung

ist. Mit zwei kurzen Reden Ihrer Führer haben Sie wichtige Verfassungsänderungen bei der Regierung durchgesetzt. Sie haben wohl auch selbst die Überzeugung, daß Sie beim Heimarbeitergesetz auch Ihre Forderung der Regierung gegenüber durchsetzen könnten, wenn Sie nur wollten.

Der Gedanke des Lohnamts hat jetzt seinen Siegeszug durch die ganze zivilisierte Welt genommen. Nicht bloß in Australien, Neu-Seeland und Viktoria hat er sich durchgesetzt, sondern auch in England sind damit schon sehr günstige Erfahrungen gemacht worden. Die französische Regierung hat einen Gesetzentwurf über Lohnämter eingebracht und auch die österreichische Regierung hat in diesem Jahre einen ähnlichen Entwurf vorgelegt, der in Einzelheiten noch viel weiter geht. Wenn die Herren von der Regierung sich diesmal wirklich noch gegen einen Antrag des Zentrums gestäubt hätten, über Jahr und Tag hätte die Regierung klein beigeben müssen bei Strafe einer Blamage vor der ganzen Welt. Auch das Moment der Konkurrenz spielt bei dieser Frage eine Rolle. Es handelt sich dabei um die Konkurrenz, die die Heimindustrie den übrigen Industrien im Inlande macht. Ich habe eine statistische Aufstellung gemacht, aus der die Wichtigkeit des Gesetzes nachgewiesen wird,

je näher eine Industrie der Heimarbeitergegend ist, um so niedriger sind die Löhne

je weiter sie davon entfernt ist, um so höher sind die Löhne, das bezieht sich nicht nur auf die Löhne in der Heimarbeit selbst, sondern auch auf die in den Fabriken.

Ich verhandelte früher gar nicht, wenn Industrielle mir sagten, die sächsischen Industriellen sind ihnen unsympathisch, denn sie liefern immer noch billiger. Jetzt begreife ich das. Daraus erklärt sich auch, daß die sächsischen Industriellen mit solcher Eifersucht darüber wachen, daß nur gar nichts über die Zustände in der Heimindustrie bekannt würde. Der sächsische Regierung werden ja meine engeren Freunde in Dresden wegen ihrer Haltung in bezug auf die Heimarbeiterausstellung während der Hygieneausstellung gründlich aufs Dach steigen; mir war es interessant, daß der Vertreter der sächsischen Regierung hier ausprobiert, daß bei den betreffenden Verhandlungen Herr Stresemann zugegen war. Die sächsischen Industriellen haben also einen Dreck an die Regierung ausgeübt, weil sie nicht wollten, daß die 5 Millionen Besucher aus allen Weltteilen erfahren, wie es im sächsischen Erzgebirge, im sächsischen Vogtland in bezug auf die Heimarbeit aussieht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine parallele Erscheinung, wenn auch im kleinen Maßstabe, haben wir jetzt in Berlin erlebt. Der Verband der sächsischen Industriellen ist an die Leitung des Metropolitantheaters herantreten mit der Bitte, das Lied von der Heimarbeit vom Programm zu streichen, weil es geeignet sei, falsche Anschauungen beim Publikum hervorzurufen. Unter der Fülle der glänzenden Bilder, die dort geboten werden, sollte dies Lied durch den Gegenstand nur zum Sonnenlicht dienen. Die Industriellen aber wünschen es gestrichen, nicht etwa aus dem Grunde, den sie angeben, sondern sie wollen nicht, daß man drauhen erfährt, wie es in der Heimindustrie aussieht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte allen Vertretern der Industrie in diesem Hause, die nicht Heimindustrie betreiben, anheingeben, zu überlegen, ob es nicht auch im Interesse ihrer eigenen Industrie läge, wenn sie mit der Einrichtung von Lohnämtern bessere Lohnbedingungen in der Heimindustrie schaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Man erhebt den Einwand, die Lohnämter würden einen staatlichen Eingriff in die Festlegung der Löhne und damit eine sozialistische Maßregel bedeuten. Das ist ganz falsch. Solche Eingriffe sind ja längst gemacht. Ich erinnere an das Kaligesez mit seinen Mindestlöhnen für die Arbeiter und staatlich festgelegten Preisen für das Produkt; ich erinnere daran, daß man bei der Reichsversicherungsordnung eine Kommission schaffen wollte, die bei der Festlegung der ärztlichen Honorare mitwirken sollte; ich erinnere an die Praxis der Gewerbegerichte als Einigungsämter, welche die tariflich abgeschlossenen Lohnsätze auch auf Nichtkontrahenten ausdehnen.

Und ist denn nicht unser ganzes Schulsystem mit der Ausfuhrprämie ein staatlicher Eingriff in die Preisbildung?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Anerkennungsmachen soll die Ausfuhrprämie die Preise für Brot, Getreide, Mehl in diesen

teueren Zeiten noch teurer gefallen. Es ist das ein staatlicher Eingriff zugunsten derer, die ohnehin in glänzendem Wohlstand sich befinden. Wenn wir aber Lohnämter für die Kernkraft der Armen fordern, dann heißt es, Hände weg, das gibt's nicht, das ist eine sozialistische Maßregel. Ich möchte den Herren doch zu bedenken geben, ob diese eine Gegenüberstellung nicht ungeheuer aufreizen auf die Verbilligung wirken muß und ob sie nicht aus diesem Gesichtswinkel heraus uns die Konzeption der Lohnämter machen sollen. Die Herren vom schwarzen Bloß und von der Regierung haben doch wahrlich auch nicht mehr allzudiel zu verlieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zum Schluß möchte ich (Ironisches Bravo! rechts), nun, meine Herren, Sie hatten es ja in der Hand, die Sitzung um 6 Uhr zu vertagen. Wenn Sie mich aber in dieser späten Stunde noch hierher stellen, dann kann ich Ihnen nichts schenken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte Sie also zum Schluß noch darauf hinweisen, daß auch der soziale Charakter der Heimarbeiter Sie veranlassen müßte, für die Lohnämter zu stimmen. Dieser Charakter ist ja nicht proletarisch. Der Heimarbeiter steht unter dem Proletariat in bezug auf die Ernährung; auch die Arbeitsleistung des Heimarbeiters ist nicht proletarisch, sondern eher eine Kleinmeisterliche oder vielmehr eine Zwergemeisterliche. Die charakteristischen Eigentümlichkeiten des Kleinmeisters finden sich auch bei dem Heimarbeiter, derselbe Stolz und dasselbe Selbstbewußtsein, nur alles noch in verkleinertem, zierlicherer Form. Wenn also diese Leute nicht allzu sehr proletarisiert sind, müßte das für Sie doch ein neues Moment zur Schöpfung der Lohnämter sein, um dafür zu sorgen, daß diesen Leuten geholfen wird, daß sie wirtschaftlich neu belebt und gestärkt werden. So könnten Sie die Lohnämter als ein Kampfmittel gegen uns benutzen und damit wäre den Heimarbeitern geholfen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Und wenn das alles nicht hilft, so möchte ich noch

an Ihr Mitleid und Ihre christliche Barmherzigkeit appellieren.

Wenn Sie Anspruch darauf erheben, so üben Sie auch die christliche Barmherzigkeit diesen Armen des Volkes gegenüber nicht bloß mit Worten, sondern auch mit Taten, denken Sie an das gewaltige Beispiel, das Ihnen Ihr Herr und Meister im Gleichnis vom barmherzigen Samariter hinterlassen hat. Der Mann, der unter die Räder gefallen ist, ist für uns der Heimarbeiter. Nun treten Sie an diesen aus tausend Wunden blutenden Mann heran und helfen Sie ihm, aber nicht bloß mit weißer Salbe, wie gestern Raumann sagte, sondern bringen Sie ihn in die Herberge des Lohnamts. Im Namen von Hunderttausenden der ärmsten Volksgenossen, die nicht mehr kämpfen können, weil sie zu schwach geworden sind, sondern die nur noch bitten können, in deren Namen bitte ich Sie und stehe ich Sie an, geben Sie ihnen die Lohnämter. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Delbrück: Wenn die in Frage stehenden Bestimmungen auch die wichtigsten des Gesetzes sind, so kann ich doch nicht zugeben, daß alle anderen Bestimmungen des Gesetzes nicht wert sind, nur weiße Salbe sind. Wir sind bis an die Grenze dessen gegangen, was nach unserer Auffassung durchführbar war und sind der Meinung, daß es höchst bedenklich wäre und die Heimarbeiter selbst schädigen würde, wenn wir weitergehende obligatorische Vorschriften treffen würden oder Vorschriften, wie sie von den Herren der sozialdemokratischen Fraktion verlangt wurden. Ich frage Sie, ist den Beteiligten damit geholfen, daß man mit einem Schläge in weitem Umfange die Ernährungsmöglichkeit beseitigt, die jetzt den Heimarbeitern zur Verfügung steht. Auf demselben Gebiete liegt der Kampf um die Lohnämter. Das vorliegende Gesetz ist ein Zeitgenosse des Arbeitskammergesetzes. Wir waren der Überzeugung, daß das Arbeitskammergesetz die Grundlage bilden sollte für eine Klärung und Regelung der Verhältnisse der Heimindustrie. Die Regierung war stets und ist auch noch heute gegen die Forderung von Lohnämtern. Die Regierung würde heute noch unter allen Umständen einem Gesetz ihre Zustimmung verweigern müssen, das in irgend einer Form eine obligatorische Festlegung der Löhne unter Mitwirkung der Behörde bringt. (Hört! hört!) Ich bin der Ansicht, daß es unserer ganzen staatsrechtlichen Organisation nicht entspricht, wenn sie in dieser Weise eingreift in den Arbeitsvertrag und einseitig eingreift in die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man auf der einen Seite anfängt zu reglementieren, dann kann man auf der anderen Seite nicht halt machen. Das sind dieselben Erwägungen, die mich immer veranlaßt haben, Widerstand zu leisten gegen die Möglichkeit einer zwangsweisen Festlegung von Mindestpreisen. Die Forderung nach Aufhebung des § 100g der Gewerbeordnung ist ein Beispiel für die gleichen Bestrebungen in anderer Richtung. Auch hier will man durch behördliche Mitwirkung Mindestpreise festlegen lassen. Wir würden mit all diesen Versuchen auf einen bedenklichen, ja unbefriedigbaren Weg gelangen. Auf andere Staaten kann man sich nicht berufen. England mit seiner reinen Selbstverwaltung kann solche Bestimmungen machen.

Zu welchem tiefsten Nummer sind beim Kaligesez Ihre Anregungen angenommen worden.

(Abg. Que: Nummer?) Jawohl, ich halte das für verderblich. Es handelte sich hier um ein großes Monopol, in das das Reich reglementierend eingriff. Darum handelt es sich hier nicht; dort galt es, öffentlich-rechtliche Grundzüge festzustellen. Wenn die Gewerbegerichte auch Tarifvertragsbestimmungen als ortsbliche Säugung usw. anziehen, so ist doch die Berufung darauf fehlam. Die Gewerbegerichte handeln richtig, wenn sie aus den örtlichen Verhältnissen heraus, die Entscheidung nach Tarifverträgen für zweckmäßig halten. Sie aber wollen zwingendes Recht schaffen. Es müßten da zuvor Arbeitskammern auch für Heimarbeit geschaffen werden.)

Aber das Arbeitskammergesetz ist gescheitert und ich kann nicht für nochmalige Vorlegung garantieren.

(Hört! hört! bei verschiedenen Parteien.) Die Angaben über die Heimarbeit sind vielfach abertreiben. Es müssen die Verhältnisse erst objektiv festgestellt werden — dazu kann der Kompromißantrag helfen. Wenn die Verhältnisse es werden vielleicht die Gewerbeinspektoren sein, mit Liebe an die Arbeit gehen, werden gewiß vorhandene Mißstände beseitigt werden können. Die Regelungen werden bestrebt sein, mit Hilfe der im Kompromißantrag vorgesehenen Kommissionen die Angelegenheit der Löhne zu prüfen. Schon die Tätigkeit der Kommissionen wird gewiß den erbärmlichen Lohndrückereien, die zweifellos vorkommen, ein Ende machen. Das ist der einzige praktische Nutzen, der zunächst zu erreichen ist. Die Engländer haben sich bisher auch nur an speziell englische Industrien mit leichstem Abzug herangemaht, an die Konfektion z. B. nicht. Die Verhältnisse in England sind infolge der isolierten Lage und anderer Ursachen viel durchsichtiger als bei uns. Aus grundsätzlichen und praktischen Erwägungen können die Verbündeten Regierungen irgend einer amtlichen Lohnfestlegung nicht zustimmen, dagegen dankt sie den Herren, die den Kompromißantrag gestellt haben. Er ist gut. (Rufe der Sozialdemokraten: Es ist Ihr Antrag! — Heiterkeit.) — Der Staatssekretär gibt das halb zu.) Diese Herren haben sich den Dank der Heimarbeiter in höherem Maße verdient, als die durch das Drängen nach Unerschließbarem das Erreichbare in Frage stellen. (Beifall rechts und im Zentrum, auch links bei den Bürgerlichen.)

Das Haus vertagt sich.

Morgen 1 Uhr: Rest der heutigen Tagesordnung.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Soziales.

Rückwärts im Arbeiterinnenschutz.

Der gestrige „Reichsanzeiger“ veröffentlicht zwei Erlasse des Bundesrats, die ein Rückwärts im Arbeiterinnen-

Fuß darstellen. Der eine bezieht sich auf die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Steinbrüchen und Steinhauereien. Die zweite Befanntmachung betrifft die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Steinkohlenbergwerken, Zink- und Bleierzbergwerken im Regierungsbezirk Oppeln.

Durch Erlass vom 31. Mai 1909 war in § 10 angeordnet: „In Steinbrüchen dürfen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht bei Abraumungsarbeiten, bei der Steingewinnung oder der Aushauarbeit von Steinen beschäftigt werden. Als Aushauarbeit von Steinen im Sinne dieser Bestimmungen gilt auch die Herstellung von Ghauffesteinen (Schlotter, Klarschlag, Anadischlag, Kleinschlag) in solchen Betrieben. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für ihren Bezirk oder Teile desselben gestatten, daß Arbeiterinnen über 18 Jahre mit der Herstellung von Ghauffesteinen beschäftigt werden; die Dauer der Beschäftigung im Steinbrüche darf in diesem Falle sechs Stunden täglich nicht überschreiten.“

In Steinhauereien dürfen jugendliche Arbeiter nicht bei der trockenen Bearbeitung von Sandsteinen, Arbeiterinnen auch nicht mit anderen Arbeiten beschäftigt werden, bei denen sie der Einwirkung von Steinstaub ausgesetzt sind. . . .

Außerdem dürfen in Steinbrüchen und Steinhauereien Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht beim Transport oder beim Verladen von Abraum, Steinen oder Abfall beschäftigt werden. . . .

Diese Anordnungen sollten am 1. Juli 1909 in Kraft treten. Dagegen lief das Scharfmachertum Sturm. Es erging darauf unter dem 8. Dezember 1909 seitens des Bundesrats eine erhebliche Einschränkung der zitierten Bestimmungen des § 10. Nach dieser sollte als Absatz 4 dem erwähnten § 10 zugefügt werden: Die höhere Verwaltungsbehörde kann für ihren Bezirk oder Teile desselben gestatten, daß Arbeiterinnen, die vor dem 1. Juli 1909 bei Abraumungsarbeiten sowie beim Transport oder Verladen von Abraum oder Abfall verwendet wurden, bis zum 31. Dezember 1911 mit diesen Arbeiten beschäftigt werden. Den Unternehmern genüge auch diese lange Uebergangszeit nicht. Sie haben es durchgesetzt, daß durch die neue, gestrenge, publizierten Befanntmachung der Termin, bis zu dem Ausnahmen gestattet werden können, aufgehoben ist. Es können fortan „bis auf weiteres“ auch über dies Jahr hinaus Arbeiterinnen, die vor dem 1. Juli 1909 bei Abraumungsarbeiten sowie beim Transport oder beim Verladen von Abraum oder Abfall verwendet wurden, mit Erlaubnis der höheren Verwaltungsbehörde mit diesen Arbeiten beschäftigt werden. Nur haben die Unternehmer die Ausnahmen für die Zeit über den 31. Dezember 1911 hinaus nachsuchen, ein namentliches Verzeichnis der Arbeiterinnen unter Angabe des Wohnortes und des Geburtstages einzureichen. Auch ist den Gewerbeaufsichtsbeamten sowie den Polizeibehörden auf ihr Ersuchen jederzeit Einblick in die Lohnlisten zu gewähren.

Die zweite Verordnung betrifft die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Steinkohlenbergwerken, Zink- und Bleierzbergwerken. Die erstmals hierüber erlassenen Bestimmungen vom Jahre 1892 sollten am 1. April 1897 außer Kraft treten. Sie sind aber durch mehrere Verordnungen im wesentlichen für spätere Termine aufrechterhalten. Nach der Verordnung vom 20. März 1902 sollte die Beschäftigung von Arbeiterinnen bis zum 1. April 1907 gestattet werden. Dann wurde die Gültigkeitsdauer der Verordnung bis zum 1. April 1912 verlängert und jetzt ist die Gültigkeit mit der Maßgabe bis zum 1. April 1922 erstreckt, daß die Vorschriften der Gewerbeordnungs-Novelle vom 28. Dezember 1908 bei der Beschäftigung Berücksichtigung finden müssen.

Sittenswüdrige Ausbeutung der Arbeitskraft.
Der Inhaber eines Agenturgeschäfts, Georgi, hatte den Handlungsgehilfen Albrecht engagiert und folgende Abrede mit ihm getroffen. A. sollte zunächst einen halben Monat Probe arbeiten, dann sollte er fest angeheft werden. Ein Gehalt sollte er in der Probezeit nicht bekommen, dafür aber nach erfolgter Anstellung pro Monat 75 M., wenn er im Monat 200 neue Mitglieder für einen neugegründeten Theaterverein werbe. Nebenher sollte er den Vertrieb von Russkalien gegen Provision ausführen. Nachdem die Probezeit vorüber war, wurde A. am 5. des folgenden Monats entlassen, weil er das aufgetragene Pensum im Mitgliedschaft nicht geschafft hatte. Für seine Tätigkeit hatte er lediglich zweimal Wortschüsse von zehn und fünfzehn Mark bekommen. Mit der fristlosen Entlassung war der junge Mann ebensowenig einverstanden, wie damit, daß die 25 M., die er als Vorschuß erhalten hatte, sein ganzes Gehalt darstellen sollten. Er verlagte seinen Auftraggeber und erkämpfte ein obliegendes Erkenntnis. Die Beurteilung des Beklagten wurde vom Gericht folgendermaßen begründet: Ein jeder Angestellter, der verpflichtet wird, seine Arbeitskraft einem einzigen Arbeitgeber zu widmen, habe ein Recht auf ein Mindesteinkommen. Vereinbarungen, die von einem Angestellten Arbeitsleistungen ohne garantierte Gegenleistungen verlangen, verstößen gegen die guten Sitten, da sie sich als eine Ausbeutung der Arbeitskraft darstellen. Sittenswüdrig sei es auch, von einem Angestellten die Abfertigung eines monatlichen Arbeitspensums zu verlangen und im Falle der nicht vollständigen Leistung die Gehaltszahlung zu verweigern. Ebenso sei es aber auch unzulässig, den Angestellten fristlos zu entlassen, weil er angeblich sein Pensum nicht erreicht habe. Dem Kläger stand sogar das Recht zu, sein Weiterarbeiten einzustellen, wenn ihm die Gehaltszahlung verweigert wurde, weil er dadurch außerstande gesetzt war, selbst seine einfachsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Derartig sittenwidrigen Anstellungsbedingungen könne das Gericht keinen Vorbehalt leisten, aus diesem Grunde war Beklagter zur Gehaltszahlung zu verurteilen.

Unserm alten, treuen Kampfgenossen
Karl Anders
zu seinem
70. Geburtstag
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen und Genossinnen
des VI. Berliner Reichstagswahlkreises.

Unserem Freunde und Parteigenossen, dem
Vorwärtsspediteur
Karl Anders
zu seinem 70. Geburtstage die herzlichen Glückwünsche
Die Vorwärtsspediteure.

Unserem Parteigenossen
Karl Anders
zu seinem 70. Geburtstage
die herzlichsten Glückwünsche!
Die Genossen des 681. Bezirkes.

Unserem Bezirksgenossen
Albin Stolzenhain nebst Braut
die herzlichsten Glückwünsche
zur Eheheftung.
Bezirk 381. 19. Abteilung
IV. Kreis.

Unserem Genossen
Karl Anders
zum 70. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche und ein
denkerndes Gedächtnis!
Die Genossen seines Bezirkes.

Violinunterricht.
Erfahrener Künstler erteilt nach
doppelt überreicher Methode sehr
erfolgreich
Einzelunterricht per Stunde 1,25,
1/2 Stunde 1 M., 2 Schüler
zusammen per Stunde 1,50. Häusers
unter Postlagerkarte 457, Postpost-
amt Berlin.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 25. d. Mts. verstarb unser
Genosse, der Reichstagsmitglied
Hermann Jabs
Kuglerstr. 45.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 29. November, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes der Gethema-
nengemeinde in Nieder-Schön-
hausen-Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
233/10

**Deutscher
Buchbinder-Verband.**
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige
Mitteilung, daß unser langjähriges
Mitglied, der Kollege
Karl Wacker
plötzlich gestorben ist.
Wir werden sein Andenken in
Ehren halten.
Die Beerdigung findet Mitt-
woch, den 29. November, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem neuen
Gemeindefriedhof in Marzendorf,
Friedensstraße, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
26/11 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser
Joseph Reichel
am 21. November gestorben ist.

**Verein der Stereotypen
und Galvanoplastiker
Berlins und Umgegend.**
Den Kollegen die traurige Nach-
richt, daß unser lieber Kollege
Albert Riedorf
nach kurzen, schweren Leiden im
Alter von 47 Jahren am Montag,
den 27. November, vormittags
9 1/2 Uhr, verstorben ist.
Das Andenken unseres lang-
jährigen, pflichttreuen Kollegen
werden wir stets in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 1. Dezember, vor-
mittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Neuen Jakobikirch-
hofes in Rixdorf, Pernamm-
straße 99-105, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Todesanzeige.
Meiner Herd unser Mitglied,
der Werkzeugmacher
Max Barth
am 25. November.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 29. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Rixdorfer Gemeindef-
riedhofes, Mariendorfer Weg,
aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der
Dachdecker.**
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege
Fritz Schröder
am 26. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 30. November,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
53/7 Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Möbelpolier
Otto Wellmann
(Schöneberg, Kpostel-Paulusstr. 7)
im Alter von 34 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 30. November,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Schöneberger Gemeindefried-
hofes, Blanke Hölle, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
23/6 Die Ortsverwaltung.

Todesanzeige.
Jah und unerwartet durch den
Tod am 27. d. Mts., vormittags
10 Uhr, unsere gute Mutter,
Schwieger- und Großmutter
Henriette Gohlke.
Marie Juchacz. Elisabeth Röhl.
Gustav Röhl. Otto Gohlke.
Die Beerdigung findet am 30.
d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Rixdorfer Ge-
meindefriedhofes aus statt.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unser
lieber Sohn und Bruder
Helmut
am Montag verstorben ist.
Um stille Teilnahme bittet
Paul Kallias und Familie,
Lichtenberg, Botanikstr. 1.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 30., nachmittags
3 1/2 Uhr, auf dem Rixhof in der
Rahmsdorfer Straße in Lichtenberg statt.

Für die vielen Zeichen der Teil-
nahme bei der Beerdigung unserer
lieben
Agnes
sagen wir herzlichsten Dank,
insbesondere dem Buchbinder-
arbeiterverband und dem Personal
der Firma Vogt u. Garleb.
Am Namen der trauernden Hinter-
bliebenen
Wilh. Feldt, Paul Stein.

**Zentral-Verband
der Zimmerer Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bezirk 4.
Den Bezugsgenossen zur Nach-
richt, daß unser langjähriges
Mitglied
Gustav Schenkel
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 29. November,
nachmittags 3 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
255/12 Der Vorstand.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurtstr. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hocheleganten Genre. Überst
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Haararbeiten in
10 bis 12 Stunden.

Am Montag, den 27. November,
verstarb nach langem, schwerem
Leiden unser lieber Kollege, der
Schlosser
Julius Waeder
Wir werden sein Andenken stets
in Ehren halten.
Die Kollegen
der Firma Blume.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 30. November,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Halle des Dorotheenstädtischen
Friedhofes in Reinickendorf, Müller-
straße, aus statt.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Kraft-
drostschaffner
Ludwig Lorek
am 26. d. Mts. im Alter von
32 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Mittwoch, den 29. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Sebastian-Rixhofes in
Reinickendorf aus statt. 58/12
Die Bezirksverwaltung.

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
am Mariannen-Straße 2.

Dauftagung.
Allen Freunden und Kollegen der
Schloßbrauerei Schöneberg sowie dem
Schloßbrauereiarbeiterverein „Schöneberger Männer-
Chor“, insbesondere Herrn Küster für
seine frohlichen Worte am Grabe
meines geliebten Mannes und Vaters
sage ich meinen herzlichsten Dank.
Witwe Ottilie Rückert
8642 nebst Sohn.

Ohne Anzahlung
bergründet Groß-Gesellschaft für Wäsche,
Gardinen, Stores, Portieren, Teppiche
und Decken, bei feinen Romatralen.
Keine Kassierer! Offerten unter P. 2
Hauptpoststation des „Vorwärts“.
(Angabe der Wohnungszeit.) 15665*

Malchower Kautabake
Nur echt, wenn mit Zettelleinlage
Johann Dannehl, Malchow.
Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
VII 3861, Berlin O 27, Grüner Weg 119.

Dr. Thompson's Seifenpulver
spart
Arbeit, Zeit, Geld.
1/2 Pfund Paket 15 Pfg.

Als
herrliche Weihnachtsgeschenke
empfehlen sich die beliebtesten
Laferme-Redoute = Cigaretten
Laferme-Reinette = Cigaretten
Laferme-Kenner = Cigaretten
Laferme-Vielliebchen = Cigaretten
in Luxuspackung zu 50 Stück
Keine Preiserhöhung.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder,**
an der neuen beim **Alten Freund,**
Seerähe

Westmann
Mohren-Strasse 37a
(nahe Jerusalemstrasse)
Gr. Frankfurter Str. 115
(nahe Andreasstrasse).
In fast unbegrenzter Auswahl:
Abendmäntel dunkle und Licht-Farben, prachtvolle Ausarbeitung
kein Dutzendgegensatz jetzt 15.- 22.- 35.- 50.- 75.- 100.-
sonst z. T. 36.- 66.- 104.- 148.- 208.- 296.-
Ulster Flansch, Tweed, echt englische und deutsche Fabrikate
kein Dutzendgegensatz jetzt 10.- 13.- 16.- 21.- 26.- 38.- 50.-
sonst z. T. 24.- 37.- 45.- 65.- 75.- 110.- 120.-
Plüschmäntel mit echtem Skunks, Seal, Velours du
Nord, ca. 500 Stück, darunter elegante
Modelle, auch für die stärksten Figuren, keine eigene Reklame
angefertigte, sondern gediegene Ware eigener Fabrikation
33.- 48.- 65.- 82.- 95.- 110.- 135.- 150.-
sonst z. T. 93.- 93.- 120.- 185.- 185.- 206.- 250.- 275.-
Kostüme u. Gesellschaftskleider prachtv. Stoffe, 25.- 36.- 55.- 75.-
kein Dutzendgegensatz um zu räumen sonst z. T. 50.- 72.- 110.- 150.-
12 Persischer-Jackets um zu räumen für 300.- 450.- 600.- 750.-
z. T. die Hälfte des bisherigen Preises sonst z. T. 600.- 850.- 1200.- 1500.-
Zurückgesetzte Konfektion nur von 9-12 Uhr:
Plüschkonfektion 15.-, Kostüme 10.-, Paletots engl. Art 7.-, Röcke 5.-

Verhandlungen zur Beilegung des Formerstreiks.

Die Verhandlungen zum Zwecke der Beilegung der Differenzen in dem bestehenden Streit der Former und Gießereiarbeiter sowie in der Angelegenheit der drohenden Aussperrung am Donnerstag haben am Dienstagmorgen um 10 Uhr mit einer Vorbesprechung der Parteien begonnen. Neben den Vertretern der Berliner Metallarbeiter nimmt auch der Generalsekretär des Metallarbeiterverbandes A. Schilde-Stuttgart an den Verhandlungen teil. Nach einer längeren Pause wurden die Besprechungen unter dem Vorsitz des Kommerzienrats v. Vorfig um 6 Uhr wieder aufgenommen. Die Verhandlungen finden im Vorfighause in der Chausseestraße statt. Ueber den Verlauf war noch nichts Näheres zu erfahren, da sich die Parteien zum Stillschweigen verpflichtet haben.

In zwei überfüllten Versammlungen, die am Dienstagvormittag in den „Pharusälen“ stattfanden, erstattete Otto Handke einen Bericht über den Stand des Streiks der Former und Gießereiarbeiter sowie über die Situation, wie sie durch die drohende Aussperrung gegeben ist.

Cohen, der sonst regelmäßig in den Formerversammlungen referierte, war verhindert durch seine Teilnahme an den Verhandlungen behufs Herbeiführung einer Verständigung. — Handke führte aus, wie die Beweise der Sympathie mit den streikenden Former und Gießereiarbeitern von Seiten der 1800 der tüchtigsten Metallarbeiter, die im Laufe der letzten anderthalb Wochen die Arbeit niedergelegt haben, einen starken Eindruck machten und die Streikenden, die eilig und geschlossen zusammenstehen, begeisterten. Die Verhältnisse hätten sich immer schärfer zuspitzt; die Besuche der Unternehmer, Streikarbeit unterzubringen, stießen auf immer größere Schwierigkeiten.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Damenkonfektion.

Gestern nachmittag hielt der Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe in der „Neuen Philharmonie“ eine Mitgliederversammlung ab, in der über den Stand des Streiks berichtet wurde. Der große Saal war samt den Galerien gedrängt voll. Den Bericht gaben Dr. W. S., der Vorsitzende vom Meisterverband, Kunze vom Schneiderverband und Rathow vom Streikbureau der Meister. Ihren Ausführungen ist in der Hauptsache folgendes zu entnehmen: Auf das letzte Schreiben der vereinigten Kommission haben die Konfektionäre mitgeteilt:

„Antwortlich Ihres gest. Schreibens vom 25. d. M. müssen wir es ablehnen, Ihnen unsere Vorschläge auf schriftlichem Wege zu machen. Zu mündlicher Verhandlung im Sinne unseres Schreibens vom 25. d. M. sind wir nach wie vor gern bereit.“

Hierauf ist nun den Konfektionären folgende Antwort zugesandt worden: „Wir bestätigen den Eingang Ihres werthen Schreibens vom 27. d. M. und teilen Ihnen ergebenst mit, daß wir die Mitteilung Ihrer Vorschläge auf schriftlichem Wege durchaus nicht verlangen haben. Wir sind gern bereit, dieselben mündlich entgegenzunehmen und erlauben Sie, einen Termin hierzu baldmöglichst anzuberaumen und uns hiervon Kenntnis zu geben.“

Diese Antwort entspricht durchaus der auch bisher von der Kommission eingenommenen Haltung. Bisher wollten die Konfektionäre mit ihren Vorschlägen zu Lohnherabsetzungen in bindender Form überhaupt nicht herandrücken und es der anderen Partei überlassen, auszuküßeln, wie so etwas ohne Tarif durchgeführt werden kann. Nun werden sie sich aber wohl doch genötigt sehen, so sagen, wie sie sich die Einlösung ihres Versprechens gedacht haben und denken.

Weitere Ausdehnung des Streikes!

Der Streik selbst hat weit größere Kreise gezogen, als man erwartet hatte. Zwar sind neben 2700 streikenden Betrieben noch ungefähr 400 vorhanden, wo die Meister sich dem Streik noch nicht angeschlossen haben, aber die Zahl der Streikenden wächst noch von Tag zu Tag, so daß die Konfektionäre nicht damit rechnen können, einen irgendwie wesentlichen Teil ihrer notwendigen Arbeiten fertiggestellt zu erhalten. Im übrigen haben sich nun auch die größeren Ateliers, in denen Muster oder Modelle gemacht werden und die bisher für die Bewegung nicht zu haben waren, dem Streik angeschlossen. So ist auch im Atelier von Kraft u. Lewin im Laufe des gestrigen Tages die Arbeit vollständig eingestellt worden.

Der Fabrikantenverband hat sein Schreiben vom 25. November als Zirkular an sämtliche Zwischenmeister gesandt, offenbar um Uneinigkeit zwischen ihnen und den Führern der Bewegung zu schaffen, wie das Unternehmertum ja auch gleichzeitig alles tut, die Einigkeit der Meister und ihrer Arbeitnehmer in diesem Kampf zu stören. Daß beides nicht gelingen wird, bewies der ganze Verlauf der Versammlung. Als Kunze in der Diskussion betonte, daß die Arbeitnehmer in diesem Kampf unverbrüchlich mit den Meistern zusammenhalten werden, bestätigte die Versammlung durch stürmischen Beifall, daß auch die Meister ihrerseits getreue Kampfgenossen sein und bleiben wollen. Es wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die versammelten Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für das Damenschneidergewerbe erklären sich mit ihren Führern in der Lohnbewegung durchaus solidarisch und weisen den von der Kaufmannschaft unternommenen Versuch, durch unwahre Darstellung der zwischen unseren Vertretern und dem Verbands der Fabrikanten gepflogenen Verhandlungen Zwietracht zu säen, mit Entschiedenheit zurück. Wir haben volles Vertrauen zu unseren Vertretern und beauftragen sie, in derselben Weise wie bisher für die Interessen unseres Standes und unserer Arbeiter einzutreten, damit endlich die Preis- und Lohnverhältnisse in der Damenkonfektion so geregelt werden, wie es den Interessen und der Ehre der großen Branche angemessen ist.“

Einige Anruhe entstand in der Versammlung, als ein Disziplinredner gegen die Gefängnisarbeit gesprochen hatte, und sich dann ein Zwischenmeister zum Wort meldete, um zu bekennen, daß er Arbeit im Gefängnis hatte herstellen lassen. Der Mann erklärte allerdings auch, daß ihm die Arbeit teurer zu stehen gekommen wäre, als wenn er sie freien Arbeitern und Arbeiterinnen übergeben hätte. — Die Versammlung nahm dann noch einen Antrag an, die Regierung um Beseitigung der Gefängnisarbeit für die Damenkonfektion zu ersuchen.

Zu Beginn der Versammlung hatte man wiederum einige Konfektionäre oder Angehörige von solchen sehr dringend zum Verlassen des Saales auffordern müssen. Andererseits wurde es mit Freuden begrüßt, daß eine Deputation der Damenschneidemeister aus der Deputation zur Teilnahme an der Versammlung erschienen war.

Zur Kündigung des Tarifvertrages in der Herrenmahlbranche des Schneidergewerbes.

Im Laufe dieses Monats haben die Herrenmahlmeister der einzelnen Firmen eine Reihe von Sitzungen abgehalten, um zu der Kündigung des Tarifvertrages Stellung zu nehmen, und am Montag fand zu demselben Zweck in den Arminshäusern eine Versammlung für diejenigen Firmen statt, denen bisher noch keine Gelegenheit dazu gegeben war. Der Tarif soll bekanntlich am 1. Dezember gekündigt werden, so daß er am 1. März 1912 sein Ende erreicht haben wird. In der Versammlung gab der Verbandsvertreter Kaufmann eine

Eine Vertrauensmänner-Versammlung der Betriebe in Torgelow (Pommern), wohin viel Streikarbeit verfrachtet wurde, habe vor einer Woche schon früher gefassten Beschluß erneuert, keine Streikarbeit zu übernehmen und allen Verträgen, die Arbeiter zu ousuchen und uneinig zu machen, sofort mit den erforderlichen Maßnahmen zu begegnen. Handke erklärte, daß die Arbeiter der drohenden Aussperrung mit Ruhe entgegensehen, daß sie den Krieg nicht wünschen, aber den Frieden nicht um jeden Preis schließen können. Einer Notiz in bürgerlichen Blättern, daß die Polizei große Vorbereitungen für die Zeit der Aussperrung getroffen habe und daß man im Notfall militärische Hilfe heranziehen werde, trat Handke entgegen und meinte, daß diese Notiz als „Ermutigung“ für die Arbeiter recht überflüssig sei, daß sie aber als Drohung ihre Wirkung verfehlen werde. Die Arbeiter verließen sich auf die Macht der Solidarität gegenüber den großen Machtmitteln der Unternehmer, und sie wissen, daß sie nicht die Verantwortung für den ausgebrochenen Kampf tragen, denn mit größerer Geduld seien selten Verhandlungen geführt worden, als die während der zehn Wochen vor dem Beginn des Formerstreiks.

Der Vortrag fand den stürmischen Beifall der Versammelten. In der Diskussion kam eine kleine Uneinigkeit zwischen den freien Gewerkschaften und dem Gewerbeverein der Hirsch-Dunderschen zum Ausdruck, die von einigen Zeitungen schon als „Uneinigkeit“ der Arbeiter ausgeführt wurde.

Der anwesende Vertreter des Gewerbevereins, Joseph, betonte aber, daß er die Einigkeit aller Arbeiter der Unternehmer gegenüber für unbedingt notwendig halte und daß nur in der Frage der gemeinsamen Beratung über die Aussperrung Differenzen zwischen den Organisationsvertretern beständen. Handke bestritt überhaupt, daß der Gewerbeverein in der Frage der Mitarbeiter Ursache habe, sich gekränkt zu fühlen.

Ueberblick über die Sachlage, und es zeigte sich, daß die Versammlung mit den Beschlüssen der Kommission und der Vertrauensleute durchaus einverstanden war, was auch von den früher abgehaltenen Sitzungen gilt. Die endgültige Beschlussfassung über den neuen Entwurf und dessen Einreichung an die Arbeitgeber findet am Mittwoch durch die Mitgliederversammlung in der Drauerlei Friedrichshain statt.

Ein Streik bei Bestheim.

Die im Holzarbeiterverbande organisierten Klavierarbeiter hatten im August beschlossen, Forderungen in denjenigen Betrieben zu stellen, wo besonders schlechte Arbeitsverhältnisse herrschen, namentlich die Arbeitszeit länger ist als die in den Tischlereien übliche. Ueber die Ergebnisse der Bewegung erstattete der Branchenleiter Leopold am Montag Bericht in einer Branchenversammlung der Klavierarbeiter. Die Bewegung konnte naturgemäß nicht den Umfang annehmen, den die vorjährige Bewegung hatte. Immerhin wurden in 33 Betrieben mit 2826 Beschäftigten Forderungen gestellt, die meistens ohne Streik bewilligt wurden. Nur in neun Betrieben kam es zum Streik, der in einem Betriebe nach 2 1/2 Wochen, in den anderen nach kürzerer Dauer Erfolg brachte. Das Hauptgewicht wurde auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt. Sie war in manchen Betrieben, namentlich in den Mechanikfabriken, wo meist ungelernete und weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, wesentlich länger als die übliche 55stündige Arbeitszeit der Holzarbeiter. In einer Mechanikfabrik bestand noch eine 65stündige Arbeitszeit, die infolge der Bewegung auf 53 Stunden verkürzt wurde. Im ganzen ist in 11 Betrieben mit 1465 Beschäftigten die Arbeitszeit verkürzt worden und zwar um 8 Stunden in 2 Betrieben mit 844 Beschäftigten; um 2 Stunden in 2 Betrieben mit 67 Beschäftigten; um 1 1/2 Stunden in 2 Betrieben mit 405 Beschäftigten; um 1 Stunde in 4 Betrieben mit 545 Beschäftigten; um 1/2 Stunde in 1 Betrieb mit 14 Beschäftigten. 887 Kollegen erlangten Lohn-erhöhungen von 7 Proz. und sonstige weniger wesentliche Verbesserungen. — Was bei dieser Lohnbewegung erreicht wurde, ist nur als eine Abschlagzahlung auf die von den Arbeitern im allgemeinen geforderte Aufbesserung ihrer Lage anzusehen. Wenn auch der materielle Erfolg der Bewegung nicht allzu groß ist, so kann er doch den Umständen nach als befriedigend angesehen werden. Wertvoller wie der materielle Erfolg ist der Umstand, daß infolge der Bewegung eine erfreuliche Stärkung der Organisation eingetreten ist, auch in solchen Betrieben, wo bisher nur eine kleine Zahl der Kollegen organisiert war.

Im Vordergrund des Interesses steht jetzt der Streik bei Bestheim. Diese Firma, die größte der Branche, steht bei den Klavierarbeitern nicht in gutem Ruf, weil dort die Arbeitsverhältnisse schlechter sind als in vielen anderen Betrieben und der größte Teil der Bestheimischen Arbeiter nicht organisiert ist. Der Betrieb beschäftigt 900 Arbeiter, davon sind 780 eigentliche Klavierarbeiter. Die Klavierarbeiter bei Bestheim waren nicht untätig. Sie haben für die Verbesserung ihrer Lage gewirkt, aber dieser Bewegung haben sie sich nicht angeschlossen. Trotzdem kam es zur Uebertragung ihrer Kollegen bei Bestheim zu einem Streik, der folgende Ursache hatte: Wegen vorübergehender Betriebsstörungen, die auf den Formerstreik zurückzuführen werden, wurde die Arbeitszeit verkürzt und später wieder so weit verlängert, daß gegen früher immer noch eine gewisse Verkürzung übrig blieb, die, wie es hieß, eine dauernde sein sollte. Den im Zeitlohn beschäftigten Flügelstimmern wurde nun ein der Arbeitszeitverkürzung entsprechender Lohnabzug gemacht. Die Stimmern waren damit nicht einverstanden. Sie verlangten die unverkürzte Fortzahlung ihres bisherigen Wochenlohnes. Eine Verständigung mit der Firma konnte nicht erzielt werden. Die drei Flügelstimmern wurden entlassen. Nun erklärten sich die Flügelzusammensetzer mit ihnen solidarisch. Sie legten die Arbeit nieder und stellten gleichzeitig Forderungen auf Erhöhung ihrer Lohnhöhe. Von den 62 Flügelzusammensetzern sind 60 in den Ausstand getreten. Darauf erklärte die Firma, daß die Zusammensetzer bis 20. November ausgesperrt würden. In der Zwischenzeit ist zwar mehrmals mit dem Betriebsleiter verhandelt worden, aber eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Die Firma glaubte die Ausständigen dadurch einzuschüchtern, daß sie verfügte, wer am 20. November die Arbeit nicht bedingungslos aufnehme, der sei entlassen. Aber niemand ließ sich dadurch einschüchtern. Die Ausständigen erschienen am 20. November, holten ihr Werkzeug und ließen sich durch die Versuche des Betriebsleiters, wenigstens einen Teil zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, nicht irren machen. Von den sechzig Ausständigen ist nur einer obtrümmig geworden und in den Betrieb zurückgeführt. Er heißt Schwelies, wohnt in Lichtenberg, und empfiehlt sich dort zu Reparaturen an Flügeln und Pianos. Da der Mann also Privatmusikant hat, treibt ihn keineswegs die Not zu seinem unsolidarischen Verhalten. — Die Bemühungen der Firma, Ersatz für die Ausständigen zu bekommen, sind völlig erfolglos geblieben und werden auch ohne Erfolg bleiben, denn eingearbeitete Flügelzusammensetzer sind nicht zu haben. Der Streik steht also durchaus günstig. Die Firma wird die Forderungen der Streikenden bewilligen müssen, da sie Ersatz nicht bekommen

kann. Die gefasste Kollegenschaft der Ausständigen ist erfreut darüber, daß es bei Bestheim zu einem Kampf gekommen ist und wird alles tun, um den Streikenden zum Siege zu verhelfen.

Achtung! Töpler! Wegen Maßregelung resp. Aussperrung sämtlicher Kollegen verhängen wir hiermit über die Firma G u f a v D a m e s s, Oranienstr. 191, Bau Lichtenberg, Standinavischestraße, die Sperre. Weil die Kollegen Heizung verlangen, da sie ohne dem bei der jetzigen Temperatur nicht mehr ihre Arbeiten ausführen können, wurden sie aufs Pflaster geworfen. Der Herr scheint vergessen zu haben, daß es auch ihm unmöglich war als Geselle bei einer derartigen Temperatur, wie wir sie zurzeit haben, einwandfreie Arbeit herzustellen. Auch scheint er nicht mehr zu wissen, daß seine Leute schon des öfteren Rücksicht mit ihm genommen haben. Als Dank dafür wirft er sie jetzt wegen einer gerechten Forderung auf die Straße. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Gescheiterte Tarifverhandlungen.

Leipzig, 28. November. Die Verhandlungen des aus Vertretern des Deutschen Buchdruckervereins und des Verbandes der Druckerhilfsarbeiter bestehenden Kommission zur Revision des vor fünf Jahren abgeschlossenen Tarifs für Druckerhilfsarbeiter sind gescheitert.

Au die falsche Adresse gerichtet!

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ findet sich wieder einmal bemängelt, die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften unbedeutendweise zu demütigen. Sie brachte eine aus Berlin datierte Notiz, worin mitgeteilt wird, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften den ganz neuen (!) Brauch einführen, Streikunterstützungen nur als Darlehen zu gewähren, daß der Empfänger das Darlehen zurückzahlen muß, wenn er Streikbruch begeht, und daß in anderen Fällen das Darlehen innerhalb zwei Jahren zurückfordert werden kann, so- bald erreicht werden soll, daß diese Mitglieder an die Gewerkschaften gefesselt bleiben. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ verweist dann im Anschluß daran darauf, daß diese Abmachungen durchaus nicht rechtfertigbar sind. Daß ein solches Darlehen durch einen Verbandskassierer nur ein Scheingeld ist, durch das eine Vertragsstrafe wegen Streikbruch oder gegen vorzeitigen Austritt aus den Gewerkschaften verdet werden soll. Sie verweist dann auf die Entscheidungen des Reichsgerichts, das in Auslegung des § 152 bereits entschieden hat, daß diese Vertragsstrafen rechtswirksam und ohne Rücksicht auf die Eigenschaft der Streikunterstützung als Vertragsstrafe, alle Abmachungen auf Rückzahlung von Streikunterstützungen rechtlich unwirksam sind.

Mit ihren juristischen Darlegungen hätte die Rhein.-Westf. Zeitung“ recht, wenn es sich ganz so berhielte, wie sie es darstellt. Unseres Wissens werden solche „Darlehen“ an Streikende nur dann gewährt, wenn es sich um vorher unorganisierte handelt, die an Streiks teilnehmen, ohne irgendwelche Rechte an die Gewerkschaften erworben zu haben. Dadurch, daß man diesen keine Unterstützung, sondern nur Darlehen gibt, sollen die Gewerkschaften vor der Schröpfung durch betrügerische Elemente geschützt werden, die es auf die Gelder der Streikenden absehen, nichtsdestoweniger aber dem Unternehmertum Helfershelferdienste leisten. Ganz unrecht hat die Rheinisch-Westfälische“ aber, wenn sie diese Sache als einen neuen Brauch der freien Gewerkschaften festzustellen versucht, um damit Material zu einem neuen Streikgesetz herbeizuschaffen. Das Einlangen von erhaltenen Streikunterstützung bei Austritt aus der Gewerkschaft innerhalb zwei oder drei Jahren wird zur Zeit eifrig von den christlichen Gewerkschaften betrieben, von den Zutreibern des schwarz-blauen Blochs, den Freunden der Rhein.-Westf.“ auf politischem Gebiet. Diese Gewerkschaften stellen bei Streiks Revers aus, wonach der Unterstützungsempfänger sich verpflichten muß, bis zu drei Jahren Mitglied zu bleiben (!), widrigenfalls er die erhaltene Unterstützung zurückzahlen hat. Sie haben kürzlich in Pforzheim, Stuttgart und anderen Orten solche Klagen anhängig gemacht und die Entscheidung eines Pforzheimer Richters dahin verwertet, daß sie erklärten, „man muß die Sache nur richtig anfangen, dann kann man das Geld schon wieder erhalten“. Eine Bindung der Mitglieder aber auf Jahre hinaus haben erst die Christen entdeckt, um auf solche gewiß nicht einwandfreie Weise dem Davonlaufen der durch Unterstützungen gewonnenen Mitglieder vorzubeugen.

Das Schmarbächerblatt vom Rhein mag also der Wahrheit die Ehre geben und — wenn es auch schwer fällt — die politischen Bundesgenossen rüffeln, die freien Gewerkschaften aber nicht verdächtigen.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Heinrich Lang in R a n n h e i m drohen ernste Differenzen auszubrechen. Die Firma ist angeblich durch die Konkurrenz gezwungen, billiger zu produzieren, und will deshalb die Akkordsätze und zum Teil auch die Löhne der Lohnarbeiter reduzieren und zwar ohne Einführung technischer Verbesserungen. Die Devise ist einfach: Es muß billiger produziert werden. — Die Metallarbeiter aller Branchen werden deshalb dringend ersucht, das Mannheimer Industriegebiet vorerst zu meiden.

Ausland.

Ein Streik in der Pariser Konfektion.

Aus Paris schreibt man uns: Am Sonnabend sind 600 Arbeiterinnen der Konfektionsfirma Esders wegen eines neuen Tarifs, der auf eine Lohnreduzierung von 20 Proz. für mehrere Kategorien der Beschäftigten hinausläuft, in den Ausstand getreten. Sie hielten Versammlungen auf der Arbeitsbörse ab und beschloßen, nicht eher zur Arbeit zurückzukehren, so lange nicht der alte Tarif wiederhergestellt und der neue Direktor entlassen sei. Die Bourgeoisblätter sind ganz verblüfft, daß die „Ribinettes“, die sonst für sie nur der Gegenstand falscher sentimentaler Artikel sind, sich plötzlich als klassenbewußte Proletarierinnen entpuppen, die „Internationale“ singen und herzhast daran gehen, die skandalöse Ausbeutung zu bekämpfen, der die Frauenarbeit in Paris vieleicht noch mehr als anderwärts preisgegeben ist.

Die Pariser Autobroschürenführer

haben in der Nacht zum Dienstag in der Arbeitsbörse eine Versammlung abgehalten und einstimmig beschlossen, von Dienstag früh an in den Gelamtausstand zu treten, weil die Forderungen betreffend Ermäßigung der Benzolsteuer und Erhöhung des Verdienstanteils abgelehnt worden waren. Nur die Autobroschüren, die Eigentum ihrer Lenker oder der Lenker Genossenschaften sind, sollen weiter verkehren. Der Ausstand ist ein allgemeiner. Von 2300 Chauffeuren haben am Dienstag früh nur etwa 200 den Betrieb aufgenommen.

Marktpreise von Berlin am 27. November 1911, nach Mitteilung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktpreise (Kleinhandel), 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Roden 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Linsen 40,00—50,00. Kartoffeln 7,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Strale 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,30—1,80. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Karfen 1,00—2,40. Kase 1,20—2,80. Jander 1,40—3,60. Heide 1,20 bis 2,60. Berke 1,00—2,00. Schale 1,40—3,20. Biele 0,80—1,60. 60 Stück Rebze 2,40—24,00.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen:
Tischler, Bezirk Südwest
 Donnerstag, den 30. November, abends 8 1/4 Uhr,
 Neue Rathausfale in Schöneberg, Martin-Luther-Str. 60.
 Tagesordnung:
 1. Bericht von den beiden letzten Generalversammlungen. 2. Beschlußfassung über Abhaltung eines Wintervergägens. 3. Verbandsangelegenheiten.

Einsetzer
 Donnerstag, den 30. November, abends 8 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Saal IV (Arbeitslofenraum).
 Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Auf-
 lösung der Bezirksversammlungen. 3. Branchenangelegenheiten.

**Verband der Schneider, Schneiderinnen
 und Wäscharbeiter Deutschlands.**
 Filiale Berlin I.
 Bureau: Sebastiansstr. 37/38. Telefon Amt IV, Nr. 9737.

Herrenmaßschneider!
 Heute Mittwoch, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr,
 in der Brauerei Friedrichshain (großer Saal):
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung: 165/14
 „Stellungnahme zur Kündigung des Tarifs und den
 erhobenen Forderungen.“ Referent: Kollege Kunze.
 Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe, oder mit mehr als acht
 referierenden Kollegen kein Zutritt. — Die vorgeschlagenen Tarife
 werden ausgehandelt. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Damenkonfektion. Achtung!
 Mittwoch, den 29. November, mittags 2 1/2 Uhr:
Versammlungen
 für den Norden, Wedding und Moabit: Germaniafale, Chausseest. 116
 für den Osten u. Südosten: Andreadfale, Andreadstr. 21
 für Rixdorf: Poppe's Fale, Hermannstr. 49.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 für Zentrum, Friedrich- und Luisenstadt, Westen
 und Schöneberg: Arminhallen, Kommandantenstr. 57/58.
 Tagesordnung:
Situationsbericht über den Streik.
 Referenten: die Kollegen Käming, Knoop, Kanze und Sabath.
 Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.
 Nachdem am Mittwoch, den 22. November, der Streik für die gesamte
 Damenkonfektion beschlossen ist, fordern wir alle in der
Damenkonfektion, Musterkonfektion
 und in **Damenkonfektions-Ateliers**
 beschäftigten Kollegen und Kolleginnen auf, die Arbeit einzustellen,
 gleichviel ob sie Fab- oder andere Privatarbeit anfertigen. In der Muster-
 konfektion ist auch die Arbeit einzustellen, wo mit den Arbeitgebern
 Tarifverträge abgeschlossen sind. Der Streik richtet sich nicht gegen die
 Meister, sondern gegen die Unternehmer und ist gemeinsam
 mit den Meistern zu führen.
 Die Streikenden haben sich täglich zweimal in folgenden Lokalen in
 der Zeit von vormittags 9—11 Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr
 zu melden:
 Wedding: bei Prepernan, Hofwallstr. 3, Amt Moabit 8829,
 Gesundbrunnen: Franz Vahr, Badstr. 44, Amt Norden 2448,
 Norden: Zwinnmünder Str. 42, Zwinnmünder Gesellschaftshaus,
 Amt Norden 4976,
 Norden: Grunze, Schönhauser Allee 156, Amt Norden 1139,
 Nordosten: Roscauer, Langenbeckstr. 1, Amt Köpenick 4358,
 Osten: Germania Brauerei, Frankl. Allee 53, Amt Köpenick 6506,
 Osten: Krugmann, Al. Andreadstr. 10, Amt Köpenick 11081,
 Südosten: Wanzel, Kehlenerberger Str. 16, Amt Moritzplatz 11724,
 Zentrum: Wegener, Seidelstr. 30, Amt Zentrum 9248,
 Westen und Schöneberg: Rixdorf, Steinhilberstr. 36a,
 Amt Köpenick 6726,
 Charlottenburg: Latt, Grolmannstr. 21, Amt Charlottenburg 9556,
 Moabit: Schröder, Stromstr. 36, Amt Moabit 7656,
 Rixdorf: Kedege, Reuterstr. 62, Amt Rixdorf 963.
 Als Hinweis, daß jeder sich Meldende auch bis dato in Arbeit
 gefunden hat, gilt der letzte Lohnzettel oder das Krankentagebuch.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
**Interessen-Verein der Produzenten-Händler
 u. -Händlerinnen Berlins u. Umgegend.**
 Donnerstag, den 30. November, abends 9 Uhr,
 im Lokal des Herrn Wille, Sebastiansstr. 39:
Große öffentliche Versammlung
 aller Produzenten-Händler und -Händlerinnen Berlins und Umgegend.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Justizrat Watterdorff. 2. Die Notwendig-
 keit der Berufsvereinigungen. Referent: Kollege Joseph. 3. Diskussion.
 Zur Deckung der Unkosten Teilerhebung.
 Der Vorstand.
 299/17

Achtung! Achtung!
**Interessen-Verein der Produzenten-Händler
 u. -Händlerinnen Berlins u. Umgegend.**
 Donnerstag, den 30. November, abends 9 Uhr,
 im Lokal des Herrn Wille, Sebastiansstr. 39:
Große öffentliche Versammlung
 aller Produzenten-Händler und -Händlerinnen Berlins und Umgegend.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Justizrat Watterdorff. 2. Die Notwendig-
 keit der Berufsvereinigungen. Referent: Kollege Joseph. 3. Diskussion.
 Zur Deckung der Unkosten Teilerhebung.
 Der Vorstand.
 299/17

Achtung! Achtung!
**Interessen-Verein der Produzenten-Händler
 u. -Händlerinnen Berlins u. Umgegend.**
 Donnerstag, den 30. November, abends 9 Uhr,
 im Lokal des Herrn Wille, Sebastiansstr. 39:
Große öffentliche Versammlung
 aller Produzenten-Händler und -Händlerinnen Berlins und Umgegend.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Justizrat Watterdorff. 2. Die Notwendig-
 keit der Berufsvereinigungen. Referent: Kollege Joseph. 3. Diskussion.
 Zur Deckung der Unkosten Teilerhebung.
 Der Vorstand.
 299/17

Sozialdemokr. Wahlverein Charlottenburg

Donnerstag, den 30. November, abends 8 Uhr, im Volkshaus,
 Rosinenstraße 3:

Große öffentliche Volksversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Scheidemann:**
Nieder mit den Volksfeinden!
 2. Diskussion. 251/7
 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Charlottenburg.
 Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Volkshaus, Rosinen-
 straße 3 (großer Saal) ein
Lichtbilder-Vortrag
 über „Unfallverhütung und Arbeiterschutz in der Holz-
 industrie“ statt.
 Billets im Vorverkauf 15 Pf. sind auf den Zuhörern zu
 haben. — Die Kollegen werden ersucht, mit ihren Frauen und Bekannten
 recht zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Donnerstag, den 30. November, abends 8 Uhr, im großen Saal
 der Arminhallen, Kommandantenstr. 59/59:
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Beratung des Ortsstatuts. 2. Verschiedenes. 26/9
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Die Versammlung wird pünktlich 1/2 Uhr eröffnet.
 Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.
 Von 7—10 Uhr findet im gleichen Lokal die Wahl
 eines Beisitzers zum Vorstand statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro:
 Hof I. Charlottenstraße 3. Amt Norden, Nr. 1967
 Karl Norden, Nr. 1230.
 Die für Donnerstag, den 30. No-
 vember, einberufenen Versammlungen
 der Klempner und Elektromonteur und
 Helfer finden nicht statt.
 162/3 Die Ortsverwaltung.

Schultheiss' Brauerei
 Aktiengesellschaft
 Die Auszahlung der Dividende von 15 % für das Geschäftsjahr
 1910/11 erfolgt vom 1. Dezember d. J. ab in den gewöhnlichen
 Geschäftsstunden an der Couponkasse der Deutschen Bank in
 Berlin W., Behrenstraße 9—13.
 Die neuen Gewinnanteilscheinbogen zu unseren Aktien
 No. 1—15 700
 werden ebenfalls vom 1. Dezember 1911 ab kostenfrei, gegen Ein-
 reichung der Erneuerungsscheine mit doppelten Verzeichnissen der
 nach der Reihenfolge geordneten Nummern der Aktien, bei der
 Effektenkasse der Deutschen Bank, Berlin W., Behrenstraße 9—13,
 ausgegeben.
Schultheiss' Brauerei
 Aktiengesellschaft
 L. Boehme Scheibel

**Servus ist vom Guten das Beste,
 Drum puße ich mit Servus feste.**



Bester Schuhputz!
 Lederall zu haben in Dosen a 10 und 20 Pf.
 Fabrik: Lubshuski & Co., Berlin-Lichtenberg.

**Orts-Krankenkasse
 der
 Mechaniker, Optiker
 und verwandter Gewerbe
 zu Berlin.**
 Einladung zur
Wahlversammlung.
 Am Sonntag, den 10. Dezember,
 vormittags von 10 bis 1 Uhr, findet
 in d. Arminhallen, Kommandanten-
 straße 59/59, eine
Wahlversammlung
 sämtl. großjährigen Kassen-
 mitglieder statt.
 Tagesordnung:
 Wahl von 283 Vertretern zur
 Generalversammlung für 1912
 (§§ 49 und 49a des Statuts).
 (Nach § 38 des Statuts ist die Wahl
 geheim und durch Stimmzettel vor-
 zunehmen.)
 Die Herren Arbeitgeber werden
 ersucht, den Mitgliedern zum
 Zweck der Registrierung bei der
 Wahlhandlung die Mitglieds-
 tarifen oder eine Mitglieds-
 liste zu veranlassen.
 Ohne Legitimation kein Zutritt!
 Zum Zweck der Kandidaten-Auf-
 stellung zur vorstehenden Wahl-
 versammlung findet eine
**Versammlung sämtl.
 Kassenmitglieder**
 statt am Montag, den 4. Dezember,
 abends 8 Uhr, in den „Armin-
 hallen“, Kommandantenstr. 59/59.
 Tagesordnung:
 1. Lichtbildvortrag über „Ge-
 werbelegitime und Unfallversicherung“.
 2. Aufstellung der Kandidaten.
 Die Kassenmitglieder werden ge-
 beten, die anzuhaltenden Kandidaten
 genau mit Namen, Vor-
 namen, Wohnung, Kassennummer
 und Betriebsstätte zu be-
 zeichnen.
 Am Montag, 11. Dezember 1911,
 abends von 7 bis 8 Uhr,
 findet im Kasernenlokal Rosenhafer
 Straße 40—41, 2. Hof, 5. Aufg.,
 1 Tr., eine
Wahl-Versammlung
 sämtlicher Arbeitgeber, welche Bei-
 träge aus eigenen Mitteln zahlen, statt.
 Tagesordnung:
 Wahl von 132 Vertretern zur Gener-
 alversammlung für 1912.
 (§§ 49 und 49a des Statuts).
 (Nach § 38 des Statuts ist die Wahl
 geheim und durch Stimmzettel vor-
 zunehmen.)
 Die Herren Arbeitgeber können
 zu Vertretern auch Geschäfts-
 führer oder Betriebsbeamte der
 zu Beiträgen verpflichteten Ar-
 beitgeber wählen.
 Die letzte Beitragsquittung ist als
 Legitimation vorzulegen. — Ohne
 Legitimation kein Zutritt.
 Zum Zweck der Kandidaten-Auf-
 stellung zur bevorstehenden Wahl-
 versammlung findet eine
**Versammlung
 der Arbeitgeber**
 am Montag, 4. Dezember 1911,
 abends 7 Uhr,
 im Kasernenlokal Rosenhafer
 Straße 40—41, 2. Hof, 5. Aufg.,
 1 Tr., statt.
 Tagesordnung:
 1. Aufstellung der Kandidaten.
 2. Beschlüsse.
 Berlin, den 27. November 1911.
 Der Vorstand. 282/20
 3. V.: Max Gutsch, Vorsitzender.

**Orts-Krankenkasse
 der
 Görtler**
 zu Berlin.
 Die Wahl von 250 Vertretern der
 Kassenmitglieder zur Generalver-
 sammlung für 1912 und 1913 findet
 am
 Sonntag, den 3. Dezember,
 im Gewerkschaftshaus, Engel-
 ner 13, Saal I,
 statt.
 Der Wahllokal beginnt um 10 Uhr
 vormittags und endet pünktlich um
 1 Uhr mittags.
 Wähler sind alle Kassenmitglieder,
 welche großjährig und im Besitz der
 bürgerlichen Ehrenrechte sind.
 Nur das Mitgliedsbuch legitimiert.
 Die Wahl von 125 Vertretern der
 Arbeitgeber zur Generalversammlung
 für 1912 und 1913 findet am
 Sonntag, den 3. Dezember,
 vormittags von 11 bis 12 Uhr,
 im Restaurant Neumann (früher
 Wroß), Oranienstr. 150 am
 Moritzplatz, Hof links
 statt.
 Nach § 38a des Statutenverfä-
 hungsgesetzes sind die Herren Arbeit-
 geber berechtigt, sich durch ihre Ge-
 schäftsführer oder Betriebsbeamte
 vertreten zu lassen.
 Diejenigen Herren Arbeitgeber,
 welche Beiträge aus eigenen Mitteln
 leisten, werden zu dieser Wahl hier-
 durch ebenfalls eingeladen. 17958
 Die letzte Quittung über gezahlte
 Beiträge legitimiert.
 Berlin, den 29. November 1911.
 Der Vorstand.
 Ewald Ussack, Vorsitzender.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinsenzstr. 41, dicht am
 Moritzplatz
 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige dann Anzug od. Paletot
 nach Maß, schnell, sauber, Zahlung
 von 25 Mark an. Moritz Laband,
 Neue Promenade 8, (i. d. Südth. Str.)

Ohne jede Anzahlung
 verkauft
 ich **Pianos**
 (Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
 ohne jeden Preisaufschlag. 153/11
 Für jedes Instrument gewähre ich 30jähr. schriftl. Garantie.
 Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
 Auch Sonntags geöffnet.

Glas - Christbaumschmuck.
 Versende auch dieses Jahr nur andeutselnde, pracht-
 volle Sortimente in hochmodernen diesjährigen
 Ausführungen in unübertroffener feiner Ausführung.
 Sortiment 1, Inhalt 228 Stück, als edel verarbeitete,
 feinstufige Brillantreflexe, Früchte, Wäpeler,
 Ähren, Kirschen, Hirsche, Erdbeeren, 8. demalte
 Kugeln und Eier, Vorkronen, Windmühle mit
 Flügel, Weihnachtsmann, Gold- und Silberfische,
 Panoramabild, Naturland, Eis- u. Tannenbäume,
 wie in jeder Art, Silberdrache, Silberhermelin, leuchtend
 überzogene Luftballons, Eisbären mit Silbergirlanden,
 Luft, Gloden, Ähre, Glöckchen, farbige Silber-
 glanzperlen, Kugeln mit weißer Fülle, sowie in Regen-
 kappen, Hüllen, Kugeln und Eier mit Edelstein-
 Einlagen, verfertigt aus erster Hand, sorgfältig ver-
 packt, zum billigen Preise von 1.— bis 10.— (Kassennr. 216. 23).
 Sortiment 2 mit 210 Stück, wie obenangeführt, zum selben Preis.
 Sortiment 3 mit 120 Stück größeren Sachen in obiger Ausführung mit 1.—
 Sortiment 4 mit 60 Stück der größten allerersten Produkte mit 1.—
 Auch liefern ich zum selben Preis jedes dieser Sortimente
 in hochmoderner, weißer Silberausführung.
 Als Gratis-Geschenke enthält jedes Sortiment einen mit Glas-
 trüben u. Trauben prächtig garnierten Fruchtzweig (Länge 13 cm), ferner
 einen in den herrlichsten Farben schillernden, prächtig mit beweglichen
 Glöckchen, 15 cm groß, u. eine grohartige angeordnete Strahlen-
 kronenkrone, 21 cm lang, außerdem noch einen groß. Weihnachtskugeln
 in wählend. Farben in der Weihnachtsdekoration. Diese Sortimente sind
 aus solidem Material gefertigt, jahrelang immer wieder zu gebrauchen.
 Für Geschenke und Glückwünsche garantiert. Diese Dankgebühren, für
 Händler und Vereine extra-Sortimente zu 1.— bis 10.— 15.—
Adolf Eichhorn Eugen Sohn, Lauscha (S.-M.) 52
 Fabrikat. u. Versand v. Glas-Christbaumschmuck. Dieser führt. 534.

Linoleum u. Wachs.

Haase, Rixdorf, Bergstr. 62.
Häntsch, Weissenhof, Berliner-
Allee 228, Tapeten.
Rausch, Rich., Fabrik-
Niederl. u. Wachsstr. 4.

Manufakturwaren

Grünberg Nachf. M., Potsdamer-
Str. 39, Modewarenh.

Möbelhandlungen

W. Bachmann, Charl., Nollstr. 15.
Bethke, Georg., Straße 44.
Rixd., Elbest. 32, Kais.-Friedr.-Str. 14.

Prese, Ernst

Gaage, Otto, Charlotten-
burg.
Paul Gaage, Spandau.

Heinrich, R.

Korn, Hugo, Wrangel-
Str. 117.
N. Krüger, Schönbr., Hauptstr. 153.

Lenz & Jagemann

Lüdtke, H., Fruchtstr. 67.
Gus. Meyer, Hekt.-Str. 19, Willst.-Str. 1.

Nietsch & Rabsahl

Jul. Penner, Greifswalderstr. 11.
P. Pflugmacher, Colonenstr. 48.

Schleinitz, A.

Schneider, Emil, Reichen-
bergerstr. 39.
Walter Seidel, Reussstr. 26.

Möbelmagazine

Gustav Bose, Fischerstr., Leinea-
Ufer 22, am Oranienplatz.
Berliner, Akerstr. 129, a.

A. Dohmann, Stromstr. 44.

Wilh. Gabbert, Brunnen-
Str. 102.
Geppert, Paul, Zossenerstr. 32.

Harnack

Hopp, Jul., Brunnenstr. 133.
Janitzkow, F., Turmstr. 45.

Küchenmöbel

Lüdecke, Kottbuser, 83/85.
Lange, Max, Schwedter Str. 2.

Misch

Rebsch, E., Spandau.
C. Reiber Nachf., Veteranenstr. 21.

Emil Kuffler

Schmidt, Otto, Möbelfabrik
E. Schwanke, Rixd., Hermannstr. 239.

Rob. Seelisch

Wilhelm Slotawa, Turmstr. 31.

Slobeky, W.

Wendland, Ernst, S. Winemünd.
Möbelfabrik - Bar- u. Teilzahl.

Herm. Wendland

Jos. Werner, Charlottenburg
Scharrenstr. 10.

Möbel-Transport

Robert Frenzel, Copenickerstr. 102.
Krüger, Rixdorf, Hermannstr. 254, 1. St.

Molkereien

Molkerei „Nord-West“, Brennerstr. 59.
Milchkuranstalt
am Viktoriapark

Musikalien

Scholz, Frankfurter-Allee 73b.
Musikinstrumente

Braun, Emil

Musik-Haus
Menzenhauer, Größtes Spezialgeschäft der
Branche, Spittelmarkt 14a.

Reetz, Spandau

Nähmaschinen
Afrana-Nähmaschinen
G. A. Böttger, Andrasstr. 79, Petersburger-
str. 87, Spandau, Schwalbenstr. 19.

Bellmann, E.

Ed. Hrudka, Rosenthalstr. 19.
Pfaff, Steinhufer, Spandau.

Pfaff-Nähmaschinen

Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Optiker

Barth, Mohlt, Turmstr. 74.
Baus, Paul, N. Müllerstr. 174.

Papier- u. Schreib.

O. Prochnow, Rixd., Hermannstr. 49.
Seidler, Louis, Rixd., Bergstr. 42.

Pfandleihen

Rixd. Pfandleihe 58, nur
Bergstr. 58.
Spezialhaus
für Damenhüte.

Putz- u. Modewaren

M. Haase, Rixdorf, Bergstr. 1.
Putzgeschäft.

Bertha Mierzwa

Peters, Spezialhaus, L. Damenhüte.
L. L. Frank, Chaussee, 182 a.

Puppen

P. R. Zierow, Schönhaus, Allee 179.

Rosterhandlungen

Luise Fömel, Großwalderstr. 159.
Carl Joch, NO, Fallandenstr. 37.

Schuhwaren, Schuhm.

Ernst Adam, Friedrichshagen.
Anhalt, E., Andreasstr. 13.

Nans Bry

Fl. Lange, Nowawes, Priesterstr. 30.
Fiedr. A. Lange, Leobersbergerstr. 68.

M. Mariel

Kniebusch, W., Prft. Chaussee 31.
E. Knuth, S. B. Weg, S. 20, 1. St.

Lüders, H.

Rudolf Plötz, Brunnenstr. 61.

Reetz, Max Spandau

Schöneberg, Hauptstr. 128.
Quitlow, Joh., Müllerstr. 1a.

Schirme u. Stöcke

Girod, F., Spandau, Potsd. Str. 19.
Herrmann, L., Schwalbenstr. 5.

Seifen

Gustav Gumbel, Kantstr. 64.
Heidke, Paul, Burpsdorfstr. 13.

Teppiche u. Gardinen

Carl Gehring, Teppiche, Möbelst.,
Gr. Frankfurterstr. 82, Gardinen, Lützow.

J. A. Schulz

Trauer-Magazin
Westmann, Mohrenstr. 37 a, Gr. Frkf. Str. 115.

Uhren u. Goldwaren

Abel, Goltzstr. 39.
Oscar Aldag, Charl., Krummstr. 29.

Max Busse

W. Eiselt, Charl., Wilmersdorferstr. 111.
Ella Hansen, Gebr., Grünstr. 45.

J. Gebhardt

George, Adolph, Badstr. 65.
Carl Giesen, Oranienstr. 165 a.

M. Graupner

M. Mariel, Brunnenstr. 118.
Kniebusch, W., Prft. Chaussee 31.

Lüders, H.

Rudolf Plötz, Brunnenstr. 61.

Emil Quade

Schöneberg, Hauptstr. 128.
Quitlow, Joh., Müllerstr. 1a.

Gustav Scholz

Schönemann, G. R., Berl.-Str. 73.
F. Schönwig, Berl. O., Goltzstr. 27.

W. Stendel

Max Storch, Kibingerstr. 100.
M. Tomechna Nckl., Brückstr. 18.

Uhren- u. Goldwaren-Industrie

Berlin 230, Lindenstr. 16. Beste
direkt Bezugsquelle Kataloggratia.

Wittig, Ad.

Zabel Nachf., Charl., Berlinstr. 118.

Versicherungen

„Deutschland“ Berlin
Arbeiter-Versicherung - Schütten-
sterbekversicherungs-Ges. str. 8.

„Friedrich Wilhelm“

Berlin W 8, Behrenstr. 68-61.
Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiter-Versich.

„Iduna“ zu Halle a. S.

Berlin, Charlottenstr. 82.
Volks- und Lebensversicherung.

Warenhaus

Warenhaus M. Hirsch
Spandau, Weisse, Liköre u. Fruchtsäfte

Hugo Selig

60 Filialen in allen Stadtteilen.
Bettlinger, E., Wald-Eke, Wilmersd.

Conrad

Elten, Weyle, Likörfabr., Gerstestr. 16.
Großh. „Zur Sonne“, P. Freudenberg.

Ignatz Sella

60 Filialen.

Waschmittel

Verlangen Sie
„Edelweiß“
Krone aller Waschmittel.

Georgi, Ernst

Hoffmann, Carmen Sylvast. 6.
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.

Julius John

Jonas, Hermann, Kährstr.-Pl. 1.
Juncker, H., Rixdorf.

M. Schaefer

S. W. Hollmannstr. 43.
W. Maassenstr. 17.

Ad. Schäfer Nachf.

50. Admiralstr. 4.

A. Tschaege

Elisabethkirchstr. 13.
Wäsche, Bettfedern.

Albert Vogt

E. Bade, N. Schönhauser Allee 43, 1.
Hollbruch, Herm., Prftstr. 5, geg. 1871.

Witte, Max

Ecke Hauptstr. 16.

17. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 28. November 1911, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose
beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table with lottery numbers and prizes for the 17th drawing of the 5th class of the 225th Prussian Lottery.

17. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 28. November 1911, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose
beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table with lottery numbers and prizes for the 17th drawing of the 5th class of the 225th Prussian Lottery.

17. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 28. November 1911, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose
beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table with lottery numbers and prizes for the 17th drawing of the 5th class of the 225th Prussian Lottery.

17. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 28. November 1911, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose
beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table with lottery numbers and prizes for the 17th drawing of the 5th class of the 225th Prussian Lottery.

Noch ein Siebzigjähriger.

Am heutigen Tage vollendet Genosse Karl Anders in Moabit sein siebzigstes Lebensjahr. Auch er gehört zu der immer kleiner werdenden Zahl der Veteranen, die im Dienste unserer Partei alle Pfafen und Kämpfe mitgemacht und allen Schwierigkeiten und Verfolgungen Trotz geboten haben.

Karl Anders ist am 29. November 1841 zu Straßfurt geboren und erlernte das Schuhmacherhandwerk. In seinen Wanderjahren wurde er bekannt mit der Lehre des Sozialismus und frühzeitig schloß er sich dem damals noch kleinen Häuflein Klassenbewußter Arbeiter an. Im Jahre 1863 trat er in Elberfeld dem Vorläufer der heutigen sozialdemokratischen Partei, dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, bei, dessen Mitglied er blieb, solange der Verein bestand. Als 25jähriger junger Mann finden wir Anders in Hannover, wo er zum Schriftführer des Vereins gewählt wurde, welchen Posten er von 1867 bis 1870 bekleidete. Karl Anders war auch Mitbegründer des Schuhmachervereins, dem Vorgänger des heutigen Schuhmacherverbandes. 1870/71 mußte er als Soldat den Feldzug mitmachen. Nach Beendigung seiner Militärzeit schloß er sich in Berlin sofort wieder der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung an und wurde mit dem Schriftenverkauf betraut. 1876 war er Wahlleiter des 5. Berliner Wahlkreises, zu gleicher Zeit auch Kassierer des Berliner Wahlkomitees; 1878 Wahlleiter des 1. Kreises. Durch seine unermüdete Tätigkeit hatte er natürlich die Aufmerksamkeit der herrschenden Klasse auf sich gelenkt, die bald Gelegenheit fand, ihren Haß an ihm zu fühlen.

Am 21. Oktober 1878 stimmte der Bundesrat dem vom Reichstag am 19. Oktober angenommenen Sozialistengesetz zu. Jetzt konnte die Reaktion ungehemmt sich ausbreiten, und sie hat es getan. Wer irgendwie hervorragend für die Arbeiterbewegung tätig war, der wurde ausgewiesen, hinweggerissen von Weib und Kind und ins Exil gejagt. Unjagbares Unglück brach über die Familien der Ausgewiesenen herein, die oft mittellos und hilflos dem Elend überliefert wurden. Wie hoch das und mit welchem Raffinement die Polizei das Mittel der Ausweisung benutzte, um die Partei und ihre Anhänger recht schmerzhaft zu treffen, beweist die Tatsache, daß die Ausgewiesenen fast alle Familienväter waren.

Gegen Karl Anders hatte sich der damalige Berliner Polizeipräsident v. Madai eine besonders vergiftete Waffe bewahrt. Karl Anders erhielt seine Ausweisungsbefehle am 29. November 1878, also gerade an seinem Geburtstag, zugestellt. Innerhalb drei Tagen mußte er Berlin und die umliegenden Kreise verlassen, sofern er nicht „Geldstrafe bis 1000 M. oder Haft oder Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten“ verwirken wollte. Karl Anders ging, aber nie hat er den Herrschenden dieses Geburtstagsgeschenk vergessen. Gemeinsam mit Auer und den anderen Ausgewiesenen wandte er sich in einem Aufruf noch einmal an seine Berliner Genossen mit den einfachen schlichten Worten unerschütterlicher Ueberzeugungstreue: „Parteilgenossen! Arbeiter Berlins! Wir gehen aus Eurer Mitte ins Exil; noch wissen wir nicht, wie weit uns die Verfolgungswut treiben wird, aber daß sie sich nicht erschöpfen wird, wissen wir, stets werden wir die Fahne des Proletariats hoch halten, von Euch aber verlangen wir: Seid ruhig! Laßt unsere Feinde toben und verkommen, schenkt ihnen keine Beachtung!“ Nur zum Schluß bricht ein Ton hanger Bekhut durch in dem Aufruf: „Genossen! Gedankt unserer Weiber und unserer Kinder!“

Karl Anders ging nach Hamburg, und getreu seinem Versprechen war er auch hier unermüdet tätig für die Partei. Nur einmal konnte er während der Zeit des Sozialistengesetzes Berlin wiedersehen. Vor seiner Ausweisung sollte er in einem Flugblatt den deutschen Bundesrat beleidigt haben. Der Termin gegen ihn war von dem Königl. Stadtgericht Berlin am Sonnabend, den 15. März 1879, vormittags 9 1/2 Uhr, anberaumt, und so wurde ihm von dem Königl. Polizeipräsidenten „zu diesem Behufe zugleich der Aufenthalt innerhalb des oben bezeichneten Bezirks (nämlich Berlin) für die Dauer des 15. März 1879 als des Terminstages (von Mitternacht bis Mitternacht) gestattet“.

In Hamburg war seines Weibens nicht lange. Am 27. April 1880 wurde in Hamburg II der Genosse Hartmann in glänzender Weise gewählt, wobei Karl Anders getreulich mitgeholfen hatte. Für diesen Schlag gegen sein Regime nahm Bismarck in seiner Weise Rache. Am 28. Oktober 1880 wurde über Hamburg-Altona der kleine Verlagerungsstand verhängt und Karl Anders auch aus diesem Gebiet ausgewiesen.

Zum zweiten Male heimatos und ohne Existenz, durchkreuzte Karl Anders Deutschland, bis er endlich in Bremen eine einigermaßen ruhige Stätte für sich fand. Hier blieb er bis zum Jahre 1891. Im April 1891 kehrte er dann nach Berlin zurück und schloß sich sofort wieder dem Kampf des Proletariats an. Von 1891 bis 1906 gehörte er mit kurzer Unterbrechung dem Vorstande des 6. Kreises an; von 1894 bis 1906 wirkte er als Gewerbegerichtsbesitzer.

Daß in einer so langen Wirkksamkeit für die Partei so manche Wunden geschlagen werden, ist unaussprechlich. So mußte Karl Anders auch, außer all den Drangsalierungen durch Ausweisungen und Ofsberreibungen, außer dem Schmerz, von Weib und Kinder hinweggerissen, in die kalte Fremde hinausgestoßen zu sein, für seine Ueberzeugung zweimal Gefängnisstrafen ertragen. Aber unerschütterlich hielt er an seinem Ideal fest; einer jener Arbeiter, von denen kein Selbstdenken spricht, und die doch ihr ganzes Leben unserer großen, heiligen Sache widmen. Keinen Ruhm, keinen Dank beanspruchend, geben diese vielen fast Unbekannten ihr Alles hin für ihre Ideale, für ihren Glauben an die schönere Zukunft.

Seit 1896 ist Karl Anders als Parteispeditur angestellt. Ein ruhiger Lebensabend ist ihm, der in seinem Leben so viel Not und Entbehrung im Interesse unserer Sache auf sich genommen, seitdem vergönnt. Möge er gesund und ruhig noch lange unter uns weilen an der Seite seiner lieben Frau, die trotz all der Unbill, das über die Familie hereinbrach, in den langen Jahren mit unerschütterlicher Liebe zu ihm gehalten, wie auch im Kreise seiner Kinder. Karl Anders hat einen ruhigen, glücklichen Lebensabend verdient. Wir bringen ihm unsere herzlichsten Glückwünsche dar.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Am Sonnabend, den 2. Dezember, findet in Körners Konzertsälen, Ropenstr. 29, ein Theaterabend statt. Zur Aufführung gelangt „Die Dollarprinzessin“. Eintrittskarte 50 Pf. Eröffnung 7 Uhr. Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr. Die Saalräume bleiben während der Vorstellung geschlossen. Keine offene Kasse.

Lichtenberg. Am Donnerstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Neuwahl der Bezirksleitung. Bericht von den Stadtverordnetenwahlen. Diskussion. Geschäftliches.

Mahlsdorf (Ostbahn). Am Sonntag, den 3. Dezember, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Dräger, „Heidelweg“, Mahlsdorf-Süd, Köpenicker Allee: Volksversammlung. Tagesordnung: „Die kommenden Reichstagswahlen, die Sozialdemokratie und ihre Gegner“. Referent: Genosse F. Käming. Diskussion.

Ferner findet am Sonntag, den 3. Dezember, morgens 8 Uhr, eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkte: für Mahlsdorf-Süd bei Mader, Köpenicker Allee, Ecke Dinklerstraße; für Mahlsdorf-Nord in Drägers Restaurant, Wahnhoffstraße. Die Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, sich nicht nur vollzählig an der Flugblattverbreitung zu beteiligen, sondern auch für Massenbesuch der Versammlung Sorge zu tragen.

Weißensee. Heute abend in allen Bezirken von 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung zur Gewerbegerichts Wahl. Die Genossen wollen sich hierzu vollzählig zur Verfügung stellen. Die Bezirksleitung.

Hennidendorf. Am Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im „Restaurant zur Sachtelburg“ (Inh. Goldgräbe): Volksversammlung. Kreisreferent Genosse Rudolf Dühler wird über das Thema: „Reichstagswahl und Volkswille“ referieren. Parteigenossen! Agitiert für Massenbesuch der Versammlung.

Reinickendorf-Ost. Donnerstag, den 30. November, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“, Reibnitzstr. 1/2: Öffentliche Versammlung. Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel spricht über: „Der Reichstag des Volksbetrugs“.

Berliner Nachrichten.

Die Mängel und Reform des Berliner Laubenkolonienwesens beleuchtet Dr. Friedrich Coenen, der Sekretär des Anstiedelungsvereins Groß-Berlin, in einer soeben erschienenen lebenswerten Schrift. Der Verfasser schätzt die Zahl der Lauben in und bei Berlin gering auf 40000 und bedauert, daß es nicht noch viel mehr seien. Die Berliner Laubenkolonien befinden sich auf städtischem, kirchlichem und privatem Grundbesitz. Der größte Laubenlandbesitzer ist die Stadt Berlin, deren Laubengelände in der Hauptsache auf den Bemerkungen von Treptow, Rixdorf, Borschagen, Rummelsburg und Blankenburg liegen; dieses städtische, etwa 460 Hektar große Grundeigentum ist aber nur auf 175 Hektaren mit rund 7000 Lauben besetzt, und es könnten schätzungsweise bequem noch 11000 Lauben hier untergebracht werden. Nach Dr. Coenens Ansicht, die sich so ziemlich auch mit unserer Kenntnis der Verhältnisse deckt, sind an den Mißständen im Laubenwesen mit vereinzelten rühmlichen Ausnahmen die drei Grundbesitzkategorien, also Staat, Kirche und Privatbesitz, in gleicher Weise beteiligt. An allen drei Stellen hat die Verpachtung des Besitzes lediglich das Privatinteresse, das heißt ein Geschäft, im Auge. Besonders auch die Stadt Berlin betrachtet die Kleingartenanlage auf ihrem Eigentum, solange dieses nicht anderweit vorteilhafter ausgenutzt werden kann, als die beste Verwertungsform und hält in logischer Konsequenz an dem Grundgedanken höchstmöglicher Steigerung des Pachtertrages durch das System der Meistbietung fest. Wenn Kirchengemeinden und Privatleute nach demselben Gewinnprinzip verfahren, so darf man sich ja darüber nicht wundern; von der städtischen Behörde sollte man mehr soziales Verständnis erwarten. Die Stadtgemeinde hat nun, vornehmlich auf unser Betreiben, seit einigen Jahren sich den Mißständen nicht vollständig verschlossen. So besteht das System der Meistbietung nicht mehr in der öffentlichen Ausschreibung, sondern lediglich in der Abgabe von Geboten, welche die konkurrierenden Generalpächter bis zu einem bestimmten Termin an die Stadt zu richten haben. Ferner ist im Jahre 1908 das Kontinuerverbot erlassen. Hiernach ist der Generalpächter nicht befugt, auf dem Pachtstücke einen Ausschank oder Verkauf geistiger Getränke einzurichten oder zu dulden; auch darf er die Unterpächter nicht verpflichten, von ihm oder einem Dritten geistige Getränke aus Geschäftslökalen zu entnehmen oder sich liefern zu lassen. Dr. Coenen ist aber auf Grund seiner Feststellungen der Meinung, daß diese Maßnahmen auf die Dauer nicht entfernt ausreichen, um die bestehenden Schäden gründlich zu beseitigen. Die Kontinuerverbot, wenn auch für den Uneingeweihten nicht so leicht bemerkbar, da und blühen lustig weiter. Das Kontinuerverbot der Stadtgemeinde bleibt wirkungslos, wenn dieselbe Stadtgemeinde auf der anderen Seite ein privates Interesse an der Steigerung des Höchstgebotes hat. Der Generalpächter muß die höhere Pacht herauschlagen. Er kann das nicht nur durch Steigerungen seinerseits tun, wird also auf alle mögliche Weise den früheren Hauptverdienst durch die Kantine sich wenigstens zum Teil zu sichern suchen. Zu diesem Zwecke wird hinter den Laubenkulissen mit ebensoviel Unverschämtheit als Geschäft „geschoben“, und die Laubenkolonien sind nach wie vor von dem geheimen Schankbetriebe des Generalpächters oder seiner Hintermänner abhängig, wenn sie aus der Kolonie nicht herausgedrängt werden wollen. Auch die Bestimmung, daß nicht mehr an Schankwirte verpachtet werden soll, wird nach Coenens Feststellung nicht immer eingehalten. Das neue System der Ausschreibung bringt, wie Coenen meint, den neuen Mißstand, daß die Unterpächter nicht mehr nachprüfen können, inwiefern die Preissteigerung für sie selbst durch die Generalpächter begründet ist. Die Stadt selbst beweist an den Blankenburger Laubenkolonien, wie man bessern kann und muß. Hier herrscht weder der Grundgedanke der öffentlichen Ausschreibung noch das privatwirtschaftlich spekulierende Generalpächtertum. Ein zweiter Anseh zur Reform findet sich in dem Zusammenschluß der Laubenkolonisten, aus deren Verband heraus sich neuerdings eine „Landpachtgenossenschaft“ gebildet hat, die sich bei der Vererbung um die Oberpacht der Stadt gegenüber zu gleichen wirtschaftlichen Leistungen wie der private Generalpächter verpflichtet und allerdings die moralische Unterstützung der Stadtbehörde fordert. Der Widerstand ist natürlich vorläufig noch stark. Von privater charitativer Seite sind mehrere in ihrer Art anzuerkennende Kleinpachtstiedelungen geschaffen worden, die aber für Berliner Verhältnisse nicht entfernt dem Massenbedürfnis entsprechen. Dr. Coenen spricht noch für die Reservierung größerer Landkomplexe für dauernde Anlage von Laubengärten, was sich vielleicht bei der Durchführung der Ideen der Generalbebauungspläne ermöglichen ließe, ferner für die Schaffung von Verkehrserschwerungen, auch durch Gewährung von Vorzugsarten, endlich für die Festsetzung eines Maximalpacht-

preises auf längere Dauer, der zustandekommen soll durch Abwägung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Stadt an den Kleingartenanlagen. Die Privatpekulation wäre damit ausgeschaltet und so die Wurzel des Übels beseitigt.

Die Brauchbarkeit des neuen Stadthauses.

Die Besprechung, die neulich dem neuen Stadthause zuteil wurde, brachte uns einige Zuschriften aus dem Beamtenstab, der, tausend Mann stark, während sieben Stunden des Tages in dem neuen Hause seine Arbeit zu verrichten hat. Es wurde geklagt über unzulängliche Belichtung und einen erheblichen Mangel an Komfort; man vermisse jene Erleichterungen, die die moderne Technik dem Bureaubetrieb beschert hat, man vermisse eine gute Verwahrung des Aktenmaterials und die notwendigen Anlagen zu einer hygienischen Reinigung. Man bedauerte das Fehlen einer bequemen gelegenen Kantine (auch die Möglichkeit, alkoholfreie und warme Getränke zu bekommen). Wir haben unseren Kunstreferenten um Nachprüfung der Klagen gebeten.

Er schreibt uns: „An einem mittelhellen Tage des Novembers zeigten selbst die am schlechtesten disponierten Räume, deren Fenster auf die kleineren Höfe gehen, bis auf vier Meter vom Fenster eine auskömmliche Belichtung. Es ergab sich, daß in einzelnen Fällen, da mittags um 12 Uhr elektrisches Licht gebrannt wurde, nach Öffnen Ausschaltung die Belichtung besser und normal war. Dabei blieb zu beachten, daß, weil die Bureaus zumeist eine Tiefe von sieben Meter aufweisen, das letzte Drittel allerdings schon stark abdunkelt. Es kann aber diese Beobachtung kaum überraschen, denn selbst bei ganz freier Lichtbahn und sehr schwacher Fensterleibung wird das Licht bei seiner Raumlänge von sieben Metern stark absorbiert. Fragt sich also, ob diese Tiefe nicht überflüssig ist; das sei nicht entschieden. Es sei aber festgestellt, daß das letzte Drittel des Raumes nicht für die eigentliche Arbeit benutzt wird, vielmehr als Stand für die Aktenregale. Eine Aufsaugung des Lichtes geschieht hier und da durch die ungewöhnlich hohen Stehpulte, auf denen zum Ueberfluß noch ein Regal aufgebaut ist. Es ist selbstverständlich, daß, wenn solch ein Möbel vor dem Fenster steht, eine zweite Pultreihe kein genügendes Licht bekommen kann. Fragt sich: warum wurden diese Stehpulte nicht abgeschafft. Die Bauverwaltung versichert, daß sie ihrerseits für einen Austausch der Stehpulte gegen Sitzpulte plädierte, daß sie dabei aber hier und da auf Widerstand bei den Beamten stieß. Jedenfalls, dort, wo sich normale Schreibtische finden und wo jene hohen Aufsätze fehlen, fehlen auch die harten Schlagflächen, die der zweiten Reihe die Arbeit trüben. So ist es selbstverständlich, daß möglichst bald alle Bureaus mit normalen Schreibtischen versehen werden müssen. Wobei dann des Weiteren zu überlegen sein wird, ob nicht überhaupt eine Neumöblierung des Hauses einzusehen habe. Es ist ja schon richtig, daß die Sparsamkeit verlangt, einen vorhandenen Möbelbestand zu benutzen, solange es irgend angeht; andererseits hat eine Kommune wie Berlin schon das Recht, die Verschwendung soweit zu treiben: daß ein neues Bureauhaus auch durchweg neue Bureaumöbel bekommt.“

Es sei zugegeben, daß die vorhandene Belichtung, obwohl sie ausreicht und keineswegs so schlecht ist, wie hier und da behauptet wurde, nur selten das erforderliche Minimum übersteigt. Es ist so viel Licht da, als just gebraucht wird, aber es hätte mehr da sein können. Es ist anzuerkennen, daß Hoffmann nach Möglichkeit die durch seine Fassade bedingten, harten Fensterleibungen parafisierte dadurch, daß er den Fenstersturz einzog, dadurch, daß er die Fenster bis oben hinauf zur Decke stoßen ließ. Er hat also mit Bewußtsein sich um eine gute Belichtung bemüht. Wenn trotzdem eine gewisse Halbtonstimmung das Haus beherrscht, so liegt das metaphysisch in der Bureaukratie begründet. Dieser reaktionäre Komplex ist auch Schuld daran, daß für den einzelnen Beamten nicht besser gesorgt wurde. Auch das muß zugegeben werden: es fehlt an allem sozialen und hygienischen Komfort. Die Waschgelegenheiten sind spärlich; Wäder für die Beamten fehlen ganz. Wenn man sich erinnert, daß heute jedes moderne Fabrikgebäude, auch jedes moderne Geschäftshaus für Kaufhäuser und einen Dachgarten oder sonst irgend eine Lüftungsgelegenheit sorgt, so muß man die Rückständigkeit der Berliner Kommune recht wunderbar finden. Eine Kantine ist vorhanden (es gibt in ihr auch alkoholfreie und warme Getränke, auch warme Speisen), indessen, sie ist unfreundlich disponiert, sie liegt im Halbdunkel des Kellers; und auch hier wiederum muß man sagen, daß jeder moderne Fabrikbau eine bequemere und lebenswürdigere Restauration zur Verfügung stellt.

Es gibt auch schon wesentlich praktischere Arten, die Akten aufzubewahren; das unverschlossene Regal kann selbst durch den Vakuumapparat nicht sauber gehalten werden. Daß aber solch ein Saugapparat bisher nicht vorgehoben war, ist nun allerdings beinahe unglücklich (aber doch auch nicht Schuld des Architekten, sondern der Verwaltung); da indessen in allen Räumen elektrischer Anschluß liegt und Steckbüchsen vorhanden sind, so läßt sich dem ja jederzeit abhelfen. So bleibt zu hoffen, daß künftighin der Berliner Aktenhaub einigermaßen rationell verteilt werden wird. Am besten, was das Hygienische betrifft, ist das Maschinenhaus davongekommen; es ist vorbildlich, relativ gut gelüftet, von angenehmer Höhe und sehr sauber. Die Heizer können bequem hantieren; sie haben ihr eigenes Bad. Nicht anständig ist auch die Wohnung des Hauswärters, obgleich es vielleicht besser wäre, wenn sie ein wenig höher läge. Zimmerhin, die Wohnräume sind groß, ein langer Korridor verhindert das Zusammendrängen der Bewohner; Bad ist vorhanden.

Fassen wir aus alledem den Schluß, so ergibt sich: daß das neue Stadthaus jedenfalls brauchbarer ist als man nach den Fronten fürchten könnte; daß es sogar moderner ist als die Verwaltung, die dahinter steht.

Um die schulentlassene Jugend zu guten Patrioten zu erziehen, ist bekanntlich vom preussischen Landtage eine volle Million bewilligt. In welcher Weise dieser patriotische Drill in Berlin vor sich gehen soll, geht teilweise aus einem Bericht über eine Konferenz zur Fürsorge für die schulentlassene Jugend“ hervor. In diesem Bericht heißt es u. a.:

„Eine Konferenz zur Fürsorge für die schulentlassene Jugend fand gestern in den Neumannschen Festsälen in der Rosenfelder Straße statt. Für das Kultusministerium war Geh. Oberregierungsrat Dr. Hinge, als Vertreter des Oberpräsidenten von Brandenburg Regierungsrat Dr. Felsch erschienen. Den Bericht über die bisherige Entwicklung der Jugendclubs in Berlin erstattete Rektor Pagel. Es bestanden über Hundert derartiger Clubs mit zusammen über 5000 Mitgliedern. Nach einer von dem Vertreter des Ministeriums abgegebenen Erklärung ist die Regierung nicht abgeneigt, den Lehrern, die die Jugendclubs leiten, eine mäßige Entschädigung zu gewähren, falls das Gleiche seitens der Stadt Berlin geschehe. Von einem Gönner ist auch ein Grundstück zum Bau eines Erholungsheims für Jugendliche zur Verfügung gestellt worden. Lehrer Ebert berichtete über die geplanten Theateraufführungen für Jugendliche. Es sollen Vorstellungen klassischer Stücke in guten Theatern zu Eintrittspreisen von 30 bis 70 Pf. gegeben werden, deren erste mit dem Stück „Nätkchen von Heilbrunn“ stattfinden soll. Direktor Walle sprach über die geplanten musikalischen Darbietungen. Es soll ein Jugendklub-Chor und ein Jugendklub-Orchester gebildet werden; außerdem ist die Abhaltung regelmäßiger Jugendkonzerte Sonntags nachmittags oder Werktags abends in Aussicht genommen.“

Aus dem Bericht erhellt, daß die Regierung an den Jugendclubs großes Interesse nimmt lediglich deshalb, um die Jugend vor dem „sozialdemokratischen Gift“ fernzuhalten.

Nach mehr Militär, als wir jetzt schon haben, fordert der „Kolonanziger“. Er stellt diese Forderung im Briefkasten seiner Dienstagsnummer auf. Dort lesen wir:

„Soweit bekannt geworden, sind in Deutschland 3,8 Millionen ausgebildete Mannschaften vorhanden. Die Feldarmee 1. Linie, einschließlich der Reserveformationen, wird auf 1,7 Millionen angegeben, gegen 2,64 der französischen Armee, die Landwehr auf 1,8 Millionen gegen 1,12 der französischen Armee, zusammen 3,8 Millionen. Dazu treten noch 500 000 Ausgebildete des Landsturms und 90 000 der Ersatzreserve, also rund 6 Proz. der Bevölkerung gegen 14 Proz. in Frankreich. Sie sehen, welcher großer Prozentsatz vollkommen militärdienstfähiger Leute bei uns nicht ausgebildet wird; dem könnte nur durch Erhöhung und gleichmäßige Gestaltung der Erziehung und gleichmäßige Gestaltung der Erziehung oder Bildung der an der allgemeinen Organisation noch fehlenden Bataillone und Batterien abgeholfen werden.“

Dem „Kolonanziger“ genügt die heutige Stärke des stehenden Heeres noch nicht. Die Bildung weiterer Bataillone und Batterien hält er für notwendig. Damit redet er einer neuen Militärvorlage das Wort. Daß die Erfüllung der „Kolonanziger“-Forderung die Bewilligung neuer Millionen für Heereszwecke in sich schließt und zugleich eine weitere schwere Belastung des Volkes mit sich bringt, sei hiermit besonders festgenagelt. Und ein solches Blatt hat gerade in weniger bemittelten Kreisen leider noch viele Leser.

Der Koksverkauf in den städtischen Gasanstalten.

Nach dem neuen Ortsstatut über die erweiterte Sonntagruhe darf der Koksverkauf nur noch in der Zeit von 12 bis 2 Uhr mittags stattfinden, statt wie bisher von 8 bis 10 Uhr vormittags. Infolge dieser Verlegung glaubt die Deputation der städtischen Gaswerke, daß voraussichtlich der Verkauf von Koks derart zurückgehen wird, daß der Verkauf sich nicht mehr lohnt. Die Deputation hat deshalb beschlossen, den Koksverkauf vom 1. Januar 1912 ab an Sonntagen überhaupt nicht mehr stattfinden zu lassen.

Dieser Beschluß wird gerade viele kleine Leute sehr hart treffen. Die Deputation hätte zunächst abwarten sollen, wie sich der Verkauf nach dem 1. Januar gestalten wird; erst nachdem Erfahrungen gesammelt worden waren, hätte sie zu den neuen Verhältnissen Stellung nehmen sollen.

Aus der Armenverwaltung.

Die Armenverwaltung beschäftigte sich in der letzten Sitzung mit der Festsetzung des Etats für das Jahr 1912. Als wesentlichste Beträge wurden eingestellt: 1. Monatlich zu zahlende laufende Unterhaltungen 7 850 000 M., oder 150 000 M. mehr wie im letzten Jahre. 2. Monatlich zu zahlende Pflegegelder 1 470 000 M., oder 50 000 M. mehr wie im vorigen Jahre. 3. Für außerordentliche Unterhaltungen 1 450 000 M., oder 50 000 M. mehr wie im letzten Jahre. Diese Erhöhungen sind mit Rücksicht auf die herrschende Teuerung und zunehmende Bevölkerung nur sehr bescheidener Natur. Von der Direktion wurde aber nachgewiesen, daß im laufenden Geschäftsjahre die Ausgaben gegen früher erheblich zurückblieben, was namentlich auf die bessere Arbeitslosigkeit zurückzuführen sei. Nach den bisherigen Ausgaben ist mit einer erheblichen Minusausgabe für das letzte Jahr zu rechnen.

Weitere Beträge wurden eingestellt für: Unterhaltungen, welche direkt von der Direktion gezahlt werden 415 000 M.; Erstattungen an auswärtige Armenverbände 750 000 M.; Befolgung der Armenärzte 294 400 M.; Heilmittel auf ärztliche Verordnung 265 000 M.; Krankentransportkosten 75 000 M.; Kurz- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten 851 000 M.; Verwaltung 156 900 M.

Der gesamte Etat schließt ab mit einer Einnahme von 1 014 500 M. und einer Ausgabe von 13 811 900 M. Die Mehrausgabe beträgt 12 797 400 M., oder 277 100 M. mehr wie im Jahre 1911.

Zu einer lebhaften Debatte kam es bei dem Antrage unserer Genossen, für die Entsendung von Kindern in Heil- und Heimstätten 300 000 M. beim Magistrat zu beantragen. Vom Vorstehenden wurde mitgeteilt, daß man wieder mit 200 000 M. wie im letzten Jahre auskomme, da Mitte dieses Monats noch ein Bestand von 60 000 M. für die Entsendung der Kinder vorhanden war, welcher gut für dieses Staatsjahr reiche. Da in den letzten Jahren für diesen Zweck erheblich höhere Ausgaben nötig waren, so wurde von mehreren Seiten weitere Aufklärung verlangt, wieso es komme, daß der Verbrauch im laufenden Jahre im Verhältnis so gering sei. Auch wurde von unseren Genossen verlangt, daß Aufklärung darüber gegeben würde, nach welchem neuen Verfahren die Kinder nun in die Heil- und Heimstätten entsandt würden, denn in den letzten Veröffentlichungen des Kuratoriums der Heimstätten sei davon gesprochen worden.

Nach einigem Hören wurden denn auch die wahren Gründe der Sparsamkeit bekanntgegeben. Während nämlich die Kinder sonst auf die Dauer von 6 Wochen, mindestens aber 4 Wochen in die Heimstätten entsandt wurden, wird jetzt nur eine Dauer von 3 Wochen vorgeschlagen. Auf diese Weise kann man also anstatt ein Kind zwei Kinder für denselben Betrag zur Erholung schicken. Daß in einer so kurzen Zeit nicht viel erreicht werden kann, liegt auf der Hand; handelt es sich doch um Kinder, welche durch Unterernährung, Malaria, Lungentuberkulose usw. dem frühen Tode entzogen werden sollen. Lediglich bewahrt wurde auch der Beschluß des Heimstättenkuratoriums, dem Magistrat zu empfehlen, von der weiteren Errichtung von Wädlerholungsstätten abzusehen. Es sollen beim Magistrat wieder 200 000 M. beantragt werden.

Ferner fand der Antrag unserer Genossen zur Beratung „ein Rundschreiben an die Armenkommissionen zu erlassen, in welchem diese auf die herrschende Teuerung hingewiesen und ihnen aufgegeben wird, diesen Verhältnissen durch Gewährung von Sonderunterstützungen oder durch Erhöhung der Almosen und Pflegegelder Rechnung zu tragen“. Von unseren Genossen wurde darauf hingewiesen, daß die Stadt die Pflicht habe, auch nach dieser Richtung hin einzugreifen, um die Armut der Bevölkerung gegen die Teuerung zu schützen; daß auch andere Gemeinden zum Teil bedeutende Beträge zum gleichen Zweck zur Verfügung gestellt hätten oder auch durch Abgabe billiger Nahrungsmittel besonders sorgten. Der Antrag wurde fast einstimmig bekräftigt; denn er sei sehr bedenklich, könnten doch unsere Kommissionsvorsitzer dadurch aufgereizt werden, mehr zu geben als wie nötig sei; es sei auch taktlos, unsere Vorsteher durch ein solches Schreiben auf die Teuerung hinzuweisen. Die Vorsteher wählten mit großer Sorgfalt ihres Amtes und

Leider wählten viele mit zu großer Sorgfalt ihres Amtes, denn sonst wäre es nicht gut möglich, daß im letzten Jahre über 1200 Beschwerden bei der Direktion einliefen, in welchen über verfehlte oder ungenügende Unterstützung Beschwerde geführt wurde.

Für den Antrag erhoben sich nur die Hände unserer Genossen. Das ist auch ein Stück sozialer Fürsorge der Stadt Berlin!

Vom Risiko der Arbeit. Bei dem Untergrundbahnbau, der zurzeit am Bittenbergplatz vorgenommen wird, verunglückten gestern nachmittags zwei Arbeiter, die mit dem Einrammen von Pfählen beschäftigt waren. Durch einen ausgleitenden Hebel wurden beide schwer verletzt, so daß ihre Heilung ins Krankenhaus notwendig wurde.

Ein Scherz ins Wasser getragenen. Aus einem eigenartigen Grunde verlor am Montagmorgen ein 12-jähriger Schüler L., bei seinen Eltern in der Reichsstr. wohnhaft, Selbstmord zu begehen. Der Knabe, der die Schule in der Holler Straße besucht, war in der Pfortenstraße den beiden Polen einer Starkstromleitung mit einem der Schule gehörigen Zirkel zu nahe gekommen und hatte das Instrument dadurch ruinirt. Der Lehrer beauftragte den Jungen, den Zirkel mit nach Hause zu nehmen und auf Kosten seiner Eltern ein neues Instrument zu beschaffen. Der Knabe fürchtete offenbar von seinen Eltern hart bestraft zu werden und

sprang deshalb auf dem Nachhausewege an der Gohlwitzerbrücke in die Spree. Ein Schuttmann, der den Vorfall bemerkt hatte, sprang in den Rettungswagen, und es gelang dem Beamten schließlich, das Kind noch lebend aus dem Wasser zu ziehen. L. wurde auf die nächste Unfallstation und von dort in die elterliche Wohnung geschafft.

Strassenbahnzusammenstoß am Kankeplatz.

Sechs Personen kamen bei einem Strassenbahnzusammenstoß zu Schaden, der sich gestern nachmittags am Kankeplatz in Wilmerdorf ereignete. Dort fuhr ein Strassenbahnwagen der Linie O auf einen haltenden Anhänger eines Motorwagens der Linie 78 auf. Der Anprall war so heftig, daß alle Fahrgäste von den Plätzen geschleudert wurden. Sechs Personen meldeten sich nach dem Unfall als Verletzte. Die Verunglückten sind der Rentier Lamm aus der Sächsischenstraße 75, Frau Gymnasiallehrer Lehmann aus der Schaperstr. 28, Kaufmann Henke aus der Eisenbahnstraße 9, eine Frau Brennhäuserin aus der Straße Südwestkorso 62 in Wilmerdorf, eine Frau Oppenheimer, gleichfalls Südwestkorso 164 wohnhaft, und ein Fräulein Küster aus der Joachimshalerstraße 19. Die ersten fünf Verunglückten erlitten teils Hand-, teils Bein- und teils Kopfverletzungen, während Fräulein Küster infolge des Schrecks in Ohnmacht fiel. Sie wurde in einer Droschke nach einem benachbarten Sanatorium und von dort in ihre Wohnung gebracht. Die übrigen Verletzten konnten sich zu Fuß weiter begeben. Die beiden Motorwagen waren so ineinander gefestigt, daß ein Rettungswagen der Großen Berliner Strassenbahn herbeigeordert werden mußte. Der Zusammenstoß hatte eine viertelstündige Verkehrsbehinderung im Gefolge.

Ein zweiter Zusammenstoß, bei dem niemand verletzt wurde, erfolgte etwas später in der Hermannstraße zu Rixdorf. Dort kollidierte ein Strassenbahnwagen der Linie 21 mit einem Wäschereiwagen, wobei dieser umgeworfen wurde. Der Kutscher kam mit dem bloßen Schreck davon.

Für 2000 Mark Bußsachen erbeuteten Einbrecher in dem Geschäft von Michael Sohn in der Alten Schönhauser Straße. Sie ließen sich abends im Hause einschließen, öffneten die Ladentür am Plur mit Nachschlüsseln und nahmen Pleureusen, Paradedreier, Straußenfedern und Samtbänder als gute Beute mit. Selbst von den fertigen Hüten trennten sie die Straußenfedern ab, um sie einzustufen.

Feuer in einer Schokoladenfabrik. In der letzten Nacht kam in einer Schokoladenfabrik in der Alexandrinenstraße 85/86 Feuer aus. Beim Eintreffen der Feuerwehre brannten dort u. a. Nüssen, Kürnen, der Fußboden, Fenster usw. Da der Raum verschlossen war, wurde eine mechanische Leiter aufgestellt, über die bis zum Brandherd vorgegangen wurde. Durch kräftiges Wassergeben gelang es dann, die Flammen an weiterer Ausdehnung zu verhindern. — In der Köpenicker Straße 133 brannte nachts die Dachkonstruktion eines Seitengebäudes. Dem 5. Zuge gelang es, den Brand auf das Seitengebäude zu beschränken.

Falsche Zweimarkstücke laufen seit kurzem in größerer Menge um. Sie tragen das Bildnis König Wilhelms II. von Württemberg, die Jahreszahl 1901 und das Münzzeichen F. Die Falschstücke kommen den echten Zweimarkstücken im Gewicht und Feingehalt ziemlich nahe. Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen scheinen sie von einem italienischen Grenzort aus verbreitet zu werden.

Mit ziemlicher Dreistigkeit gingen Einbrecher vor, die in der Nacht zum Dienstag das Weiß- und Manufakturwarengeschäft von Sophie Sobel in der Kurfürstendammstraße 102 heimlich suchten. Die Diebe öffneten die an der Straße liegende Ladentür mit Nachschlüsseln und drangen so in diesen ein. Hinter dem Laden schloß in einem Zimmer die Geschäftsinhaberin. Dies muß den Einbrechern bekannt gewesen sein. Sie hoben nämlich, ehe sie an die „Arbeit“ gingen, den Riegel der in die Schlafstube führenden Tür vor und schloßen sich so vor einer plötzlichen Heberaufschaltung. Dann packten sie für nicht weniger als 8000 M. Weißwaren aller Art und auch einige Pelze zusammen und entfernten sich, ohne daß die hinter dem Laden schlafende Inhaberin etwas gemerkt hätte, auf demselben Wege, auf dem sie gekommen waren. Nachbarn wollten gegen 7 Uhr morgens zwei mit Paketen schwer beladene Männer aus dem Geschäft haben kommen sehen. Schreck wurde der Diebstahl erst, als eine Angestellte, wie üblich, um 8 Uhr morgens in die Wohnung der Geschäftsinhaberin kam, um von hier aus in den Laden zu gehen. Sie fand die Durchgangstür verriegelt und wollte deshalb den Laden von vorne aufschließen. Dieser war aber geöffnet und ein großer Teil der Warenvorräte verschwunden.

Unglückliche Liebe hat die 43 Jahre alte Schneiderin Marie Walisch aus der Holzmarktstr. 9 in den Tod getrieben. Die Lebensmüde hatte den Gashahn geöffnet und sich vergiftet.

Automobilunfälle. Am Montag nachmittags fuhr der 38-jährige Fahrradfabrikant Bernhard Hartmann, Schwebelstr. 33 in Berlin wohnhaft, auf einem Motorrad nach Döberitz. Auf der Rückfahrt, die er abends gegen 10 Uhr unternahm, fuhr er auf der Heerstraße in der Nähe der Heerstrassenbrücke gegen einen auf dem Fahrbahn liegenden Feldstein. Das Motorrad überschlug sich und S. wurde in weitem Bogen in den Gassenabgraben geschleudert. Der Verunglückte, der einen Bruch des linken Beines und eine Gehirnerschütterung davongetragen hatte, wurde eine Stunde später von den Insassen eines vorbeifahrenden Automobils bemerkt und nach dem Charlottenburger Krankenhaus übergeführt.

Gestern mittags gegen 12 Uhr erlitt das Automobil des Justizrates Dr. Samler, Königin-Augustastr. 14 wohnhaft, am Glienickerufer in Charlottenburg einen Kadbruch und stürzte um. Dr. Samler wurde auf die Straße geschleudert und zog sich einen Bruch des linken Armes und der Handwurzelknochen zu.

Ein dritter Unfall ereignete sich in der Nacht zum Montag am Reichstanzlerplatz. Dort fuhr der Chauffeur eines Privatautos in der Dunkelheit an derselben Stelle, wo vor einiger Zeit der Kronprinz einen Unfall hatte, gegen die Bordwand; der Wagen schlug um und stürzte in den Reitweg. Eine Insassin, eine Frau Dr. S. aus der Wilmerdorfer Straße zu Charlottenburg, zog sich einen Schädelbruch und Gehirnerschütterung zu und mußte nach dem Krankenhaus Bestend gebracht werden, wo sie schwerverletzt darniederliegt.

Ueber eine Messerstecherei im Strassenbahnwagen, die sich Dienstagabend gegen 7 Uhr an der Endhaltestelle der Linie 84 in der Knebeledstraße in Rixdorf abspielte, wird uns folgendes berichtet:

Gegen 8 Uhr wollten in der Ritterstraße ein gewisser Schmidt und dessen Sohn, Knebeledstraße 60 in Rixdorf wohnhaft, einen Motorwagen der Linie 94 besteigen. Der Schaffner wies die beiden Fahrgäste zurück, weil der Wagen im Innern besetzt war und forderte sie auf, den Vorderperson zu bestiegen. Unwillig folgten die beiden der Anordnung und stellten sich neben den Fahrer, den sie hänselten und auszuführen versuchten. An der Reichsberger Straße wurde der Wagen leerer und die beiden Fahrgäste begaben sich in das Wageninnere. Kurz vor der Endhaltestelle trat der Schaffner in den Innenraum und ging an beiden vorbei. In diesem Augenblick zog der Ältere der beiden Männer ein Messer aus der Tasche und schlug nach dem Kopfe des Schaffners. Ein daneben stehender Herr rief jedoch im letzten Augenblick den Beamten zurück, so daß der Stich anstatt in das Auge zu gehen, die Wange des Schaffners durchbohrte und die Junge verletzte. Der Fahrer, der sich in diesem Augenblick umwandte, brachte sofort den Wagen zum Halten und eilte seinem Kollegen zu Hilfe. Er erhielt jedoch von Schmidt einen Stich in die Stirn, so daß er zurücktaumelte. Dabei wurde ihm von dem Sohn des Messerstechers die Fahrkurbel entziffen, und der junge Durche schlug nun auf den Fahrer ein,

bis dieser zu Boden sank. Inzwischen hatten sich mehrere Passanten in den Wagen begeben und machten die beiden Mordtäter dingfest, bis die Polizei erschien. Die beiden Strassenbahnbeamten wurden nach der Unfallstation in der Steinwehstraße und von dort in ihre Wohnungen geschafft. Die Messerhelden wurden verhaftet.

Die „Argus“-Motorengeellschaft ersucht uns, mitzuteilen, daß der Flugapparat, mit dem ein Offiziersflieger in Döberitz verunglückte, nicht mit einem „Argus“-motor ausgerüstet gewesen sei, sondern mit einem 50 PS. „Mercedes“-motor.

„Das Volk in der Kunst“ betitelt sich ein Lichtbildervortrag, den die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Abstinenten-Bundes am Sonntag, den 3. Dezember, abends 6 Uhr, in den „Luisenstädtischen Konzerthallen“, Alte Jakobstr. 38, veranstaltet.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania wird am Sonnabend und Sonntag der bekannte Reisende und Schriftsteller Gebelmann von Hesse-Barlegg einen höchst aktuellen Vortrag über Tripolitantien, seine Oasen und sein Hinterland auf Grund eigener Studienreisen halten. Eintrittskarten für beide Vorträge sind von heute ab an der Kasse der Urania erhältlich.

Vorort-Nachrichten.

Hohen-Schönhausen.

Polizeilich verhaftet war am Sonntag unser Ort. Was war denn geschehen, daß mit einmal die Spitzhunden und sonstige fragwürdige Elemente umgestört ihr Wesen treiben konnten?

Der hiesige Arbeiterturnverein „Frisk auf“, dessen 2. Abteilung ihr erstes Stiftungsfest feierte, konnte die ganze Ortspolizei, drei Mann hoch, in seinen Hallen begrüßen. Die besetzten Männer waren gekommen, um darüber zu wachen, daß das verammelte Publikum von Aufführungen verschont blieb, die den Ernst des Tages zu stören geeignet gewesen wären. Bis 1 Uhr nachts währte der polizeiliche Schutz.

Der Verein scheint sich übrigens der besonderen polizeilichen Fürsorge zu erfreuen, hat er doch erst kürzlich auf Verlangen seine Sitzungen sowie die Adressen seiner Vorstandsmitglieder der Polizei mitteilen müssen. Das, was die Polizei jedoch hierdurch zu erreichen hofft, nämlich die Entwicklung des Vereins in Frage zu stellen, wird ihr nicht gelingen. Die Arbeiterschaft wird dem Verein, der seine Turnstunden Dienstags und Freitags von 8—10 Uhr Berliner Str. 69 und Drankeplatz 82 abhält, auch in Zukunft ihre Sympathie erweisen.

Köpenick.

Ueber den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein referierte in der letzten Wahlvereinsversammlung Genosse Schütte. Hierauf gelangten 14 weibliche und 42 männliche Mitglieder zur Aufnahme. In die erweiterte Kinderkommission wurden die Genossinnen Rasche, Kauer, Rebe und Genosse Pätzsch gewählt. Die Abrechnung der mit 6000 Unterschriften versehenen Petition betreffs Errichtung eines Gemeindefriedhofs durch die Stadtverordnetenversammlung wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Beschlossen wurde, sich mit der Sache nochmals, aber in verschärfter Form, zu befassen. Mitgeteilt wurde noch, daß vom 11. bis 18. Dezember im Stadttheater eine Jugendschriftenausstellung stattfindet.

Kalkberge-Rüdersdorf.

Ein Wohnhausbrand am Montag früh 4 Uhr in der sogenannten Grund hierseits zum Ausbruch. Das Gebäude Haus, um das es sich handelte, wurde vollständig ein Raub der Flammen. Die anwesenden Feuerwehren konnten sich nur darauf beschränken, die angrenzenden Gebäude zu schützen. Das Haus war von einem Mieter, dem Arbeiter Rumpbold, einem Alkoholiker, in Brand gesteckt worden. Hierauf unternahm Rumpbold einen Selbstmordversuch, indem er in den Kalkgraben lief, er wurde jedoch gerettet.

Eine Lohnherabsetzung um 100 Mark pro Jahr und Mann haben im Hinblick auf die gegenwärtige Lebensmittelerhöhung die im hiesigen fiskalischen Bergwerksbetrieb beschäftigten Arbeiter beantragt. Wie verlautet, soll das Bergamt den Forderungen der Arbeiter wohlwollend gegenüberstehen. Das Bergamt ist nunmehr von dem Oberbergamt Halle a. S., dem es bisher unterstellt war, abgezwängt und direkt dem Minister unterstellt worden. Der Bergamt will dem Minister die Wünsche der Bergarbeiter persönlich unterbreiten. Es wird allgemein verwundert, daß sich die Bergbehörde jetzt mit einem Male so zuborkommend den Arbeitern gegenüber zeigt, um so mehr, als sonst fast stets die Wünsche der Bergarbeiter unberücksichtigt blieben.

Storkow.

Einem tragischen Unfall fand ein Solaltermin, der dieser Tage im benachbarten Dugl abgehalten wurde. Der 73-jährige Wälder August Lehmann hatte einer Begegnung wegen einen Prozeß angestrengt. Blödig wurde während der Verhandlungen auf der Dorfstraße Lehmann von einem Ohnmachtsanfall ergriffen und verstarb infolge eines Herzschlages.

Aus aller Welt.

Die Not ist nur partiell.

Wie alljährlich um diese Zeit hat sich Wilhelm II. in die schlesischen Jagdgründe begeben, um dort dem Jagdvergnügen obzuliegen. Bei dieser Gelegenheit wird er auch dem Grafen Johannes Branden-Sierstorff auf Schloß Byrowa einen Besuch abstaten, um in dessen Jagdgebieten auf Fasanen zu schießen. Und es muß ein recht lohnendes Weidmannsvergnügen werden: Hat doch Graf Sierstorff, um den Kaiser nicht zu enttäuschen, in Böhmen 5000 Fasanen für etwa 30 000 Mark aufkaufen lassen, die den natürlichen Fasanenbestand des Sierstorffschen Jagdgebietes erheblich vermehren. Graf Sierstorff ist glücklicherweise finanziell in der Lage, sich derartige Ausgaben leisten zu können. Vordem ein beschiedener Gardeleutnant, ist er durch die Heirat mit der Tochter eines amerikanischen Strohhutfabrikanten in den Besitz dieser Millionen gelangt, die es ihm ermöglichen, kaiserliche Gäste auf seinen Gütern zu empfangen. Denn die 30 000 Mark für die importierten Fasanen sind nur ein geringer Teil der durch den Besuch entstehenden Ausgaben. Ist doch unter anderem auf dem Gute eine elektrische Zentrale angelegt worden, durch die die ganze Jagd freude elektrisch erleuchtet wird. Es ist den Fasanen also leicht gemacht worden, die Ehre zu genießen, durch eine allerhöchste Krone zur Strecke gebracht zu werden.

Den unter der Teuerung leidenden Volkskreisen aber wird es eine angenehme Genugtuung sein, daß wenigstens noch nicht alle Volkskreise von der Sorge und tägliche Not ergriffen sind.

Explosion im Kalischacht.

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich am Montag nachmittags auf dem Kalischacht „Killer-Nordstern“ bei Groß-Niedersachsen in Hannover. Bei Sprengungsarbeiten erfolgte eine Explosion der aufgeschickerten Gase, durch die vier Arbeiter schwer und zehn Arbeiter leicht verletzt wurden. Außer komplizierten Knochenbrüchen erlitten die Verunglückten zum Teil schwere Brandwunden.

Lieber tot als in den Krieg.

In Ferma in den Marken hat ein junger Soldat, der dieser Tage nach Tripolis gehen sollte, es vorgezogen, gemeinsam mit seiner 18-jährigen Braut den Tod zu suchen. Die jungen Leute, die vorher einige Tage in einer Grotte gelebt hatten, banden sich

Gerichts-Zeitung.

Unschuldig auf Grund eines Schutzmannsbeides verurteilt!

Eine interessante Strafverhandlung im Wiederannahmeverfahren beschäftigte die Strafkammer in Essen. Im November vorigen Jahres wurde nacheinander bei einem Uhrmachermeister in Selsenkirchen ein Schausenster eingeschlagen und eine Anzahl Uhren aus der Auslage gestohlen. Die Diebe wurden von einem Schutzmann erschreckt und entflohen. Im Februar dieses Jahres verurteilte die Strafkammer die Arbeiter Johann Gembalski und August Hoffmann aus Selsenkirchen als angebliche Vererber des Diebstahls zu 1 resp. 1 1/2 Jahren Gefängnis. Der Gerichtshof maß der eidlichen Bekundung des Schutzmannes, der in den Verurteilten die Täter mit aller Bestimmtheit wiedererkennen wollte, Glauben bei, obwohl beide mit aller Entschiedenheit bestritten, irgend etwas mit dem Einbruch zu tun zu haben und sonstiges Belastendes von anderer Seite nicht vorgebracht werden konnte. Einige Wochen später wurden die wirklichen Diebe ermittelt, die auch sofort ein Geständnis ablegten. Die Verurteilten beantragten nunmehr das Wiederannahmeverfahren und wurden am Freitag unter Aufhebung des ersten Urteils kostenlos freigesprochen. Alle Auslagen, die aus der Angelegenheit den Rehabilitierten entstanden sind, sollen von der Staatskasse ersetzt werden. Außerdem wird ihnen von Staats wegen die gesetzlich zustehende Entschädigung zugesprochen werden. Die wirklichen Diebe, Friedrich Wunder und Anton Wolay aus Selsenkirchen, wurden zu 9 Monaten resp. 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Falsche Anschuldigung.

Eine ungewöhnliche Anklage wegen wissentlich falscher Anschuldigung führte gestern das ehemalige Fürstengedörling Alwin Heine vor die 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber. Wie erinnerlich sein dürfte, wurde am 7. März 1906, abends gegen 9 Uhr, in dem D-Bug Berlin-Stettin in der Nähe von Eberswalde in einem Abteil 1. Klasse ein Raubmordversuch auf das Herrenhausmitglied Kammerherrn Grafen v. Bismarck ausgeführt. Ein junger, etwa 20- bis 22-jähriger Mann stieg in Eberswalde in das Raubabteil 1. Klasse, in welchem Graf v. Bismarck saß, und vertiefte sich anscheinend in eine Zeitung. Plötzlich erhielt der Graf zwei Schüsse in das Gesicht. Er schrie um Hilfe und wollte die Notbremse ziehen, der Attentäter vertrat ihm aber den Weg, versuchte von neuem zu schießen und schlug den alten Herrn mit dem Revolver auf den Kopf. Dem Lieberfallenen gelang es, in das benachbarte Frauenabteil zu flüchten; als er dort mit blutüberströmtem Gesicht erschien, waren die anwesenden Damen zu Tode erschreckt, sie schrien um Hilfe und

zogen die Koffer. Der Attentäter war inzwischen während der Fahrt vom Zuge gesprungen und im nahen Walde verschwunden. Eine Spur von ihm ist nicht entdeckt worden. Dem alten Herrn v. Bismarck ist in der königlichen Klinik feinerzeit durch Professor v. Bergmann eine Kugel, die hinter dem Ohr sah, herausgenommen worden. Die zweite Kugel ist bis heute noch nicht entfernt worden.

Einige Zeit nach der Tat richtete der jetzige, damals 19-jährige Angeklagte eine umfangreiche Anzeige an die Preussische Staatsanwaltschaft und teilte darin unter Angabe zahlreicher, wirklich zutreffender Einzelheiten mit, daß der mörderische Lieberfall von ihm und dem Klempner Otto Waltersdorf, der in Verbrecherkreisen den Spitznamen „Danziger Otto“ trägt, geplant und dann von Waltersdorf zur Ausführung gebracht worden sei. Das darauffolgende Verfahren eröffnete Waltersdorf mit ihm gar nicht zu verwechseln sei, da dieser 35 Jahre alt und korpulent ist. Im Jahre 1907 wurde sodann in einer anderen Sache Waltersdorf auf belastende Angaben des Heine hin wegen Raubmordversuchs zu acht Jahren Zuchthaus, Heine selbst zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Letzterer verbüßt seine Strafe in der Strafanstalt Sonnenburg. Von dort aus hat er vor einigen Monaten in einer Eingabe an die Behörde ein Geständnis dahin abgelegt, daß er seinerzeit den Waltersdorf fälschlich beschuldigt habe, da weder dieser, noch er selbst an dem Lieberfall auf den Grafen v. Bismarck in irgendeiner Weise beteiligt sei. Die Folge dieser Angabe war die Anklage wegen wissentlich falscher Anschuldigung. Im gestrigen Termin blieb er dabei, daß er tatsächlich den Waltersdorf falsch beschuldigt habe, konnte aber trotz aller Vorhaltungen einen Grund dafür nicht angeben. Der als Zeuge vernommene Waltersdorf beteuerte, an dem Attentat auf den Grafen v. Bismarck völlig unschuldig zu sein und brachte beweiskräftige Momente dafür vor. Er behauptete auch, den Angeklagten Heine zur Zeit des Lieberalles noch gar nicht gekannt zu haben. Seine Angaben wurden von anderen Zeugen im allgemeinen bestätigt. Auch die Bekundungen des Kriminalkommissars Klinghammer, der schon seinerzeit dem Heine die Unwahrscheinlichkeit seiner Behauptungen wiederholt vorgehalten hatte und des Grafen v. Bismarck selbst schieben den Waltersdorf als Täter völlig aus. Waltersdorf versicherte auch noch vor Gericht, daß er auch die Strafe von acht Jahren Zuchthaus, die er jetzt verbüßt, unschuldig und auf falsche Angaben des Heine hin erlitten habe. Er hofft auf den Erfolg eines Wiederannahmeverfahrens.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß er durch seine falsche Anschuldigung die Behörden längere Zeit irregeführt und dadurch die Verdunkelung eines selten schweren Verbrechens herbeigeführt habe, zu zwei Jahren Gefängnis, die in eine einjährige Zuchthausstrafe umgewandelt wurden.

Wird das Wiederannahmeverfahren des Klempners nun Erfolg haben?

Zentrumsverdüchtigungen eines Ortskrankenvorstandes nochmals gerichtlich festgestellt.

Die Dortmunder „Tremonia“ brachte in einer „Wochenplauderei“ vom 24. September vorigen Jahres auch hahnbüchene

Angriffe gegen den „sozialdemokratischen Vorstand“ der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Dortmund. Es war von einer „Wirtschaftsrichtlinien-Art“ die Rede, die „Genossen“ hätten überall verjagt, die Ehrenposten bei den sozialen Gesellen an sich zu reißen. „Was Ehrenposten“, hieß es, in Dortmund ließen sich die Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse jährlich 50 Mk. auszahlen, obwohl die Kasse sehr schlecht stehe. Die Verhältnisse hätten sich zu einem wahren Skandal ausgebildet. Bei einer Revision sei ein erhebliches Defizit festgestellt worden usw.

Wegen der Anwürfe wurde Klage erhoben. In der Schöffengerichtsverhandlung vom 21. September wurde, wie unseren Lesern erinnerlich, von den nicht sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern bekundet, daß die Sozialdemokraten im Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse voll auf ihre Pflicht, mehr wie ihre Pflicht, getan hätten, und daß von einer „Wirtschaftsrichtlinien-Art“ überhaupt keine Rede sein könne. Der Redakteur Spanke von der „Tremonia“ wurde zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Auf die eingelegte Berufung hin hatte sich die Strafkammer am Montag mit der Sache zu befassen. Es waren noch weitere Zeugen für die behauptete „Wirtschaftsrichtlinien-Art“ aufgebieten worden, der Beweis fiel aber ebenso kläglich ins Wasser, wie das erstmalig. Die Berufung wurde verworfen. In der Strafkammerverhandlung hatte sich der Verleger der „Tremonia“, Lenzing, als Verfasser der betreffenden „Plauderei“ genannt. Der Rul kam dem Manne allerdings erst, als er glaubte, daß man ihn wegen der Verjährungsfrist nicht mehr anheben könne.

Und derartige Verleumdungen bilden den Vorwand zu der Verkürzung der Arbeiterrechte bei der Reichsversicherungsordnung!

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vorn vier Treppen - Fahrstuhl -, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Enveloppe und eine Zahl als Unterscheid beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentlohnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Genosse Wilmerdorf. Die Ansprüche bleiben erhalten, wenn das Mädchen sich weiterverheiratet, doch sie alljährlich mindestens zehn Mark zu entrichten und die Karte innerhalb längstens zwei Jahren umzutauschen. - R. 21. 1. Staatsanwaltschaft. 2. Ja; das Recht hat die Kasse. 3. Obligatorisch - fakultativ, verpflichtet - freiwillig. - 1880 Canulo. Rein, wenn nicht etwa eine Rente bewilligende Entscheidung zugestellt ist. - R. 1912. 1. Rein. Sie müssen aber die gesetzliche Kündigungsschuld innerhalb 2. Nicht. - 100 R. 2. Ja. - R. 20. 20. Beiden entscheiden wir nicht. - R. 12. Klagen Sie auf Abstellung eventuell Vertragslösung. - R. 2. 100. 1. Berlin, Charlottenstraße 121. 2. Der Verleger hat nur, wenn ihm ein Verstoß trifft. Möglicherweise sind die Sachen aber veräußert. 3. Ausgeschlossen. - 20 R. Der uneheliche Vater ist nicht mehr zahlungspflichtig, da Verjährung vorliegt. - R. 9. 111. 1. Ja. 2. Verjährung tritt erst - wenn keine neue Unterbrechung erfolgt, 1915 ein. 3. Gemeindegewaltrecht ja, Reichstagswahlrecht nicht. - Born, Pankow. 1. Rein. 2. Nur, wenn die Angehörigen nicht widerbrechen. - R. 171. 101. Wir raten, nach Ablauf der sechs Monate den Antrag zu erneuern. - R. 2. 6. 1. Ja. 2. Nur der Betrag, der 29,85 R. wöchentlich übersteigt, ist abzugänglich. - R. 10. 1. Wenn Selbstentlohnung vorliegt, nein. 2. Uebau ja. - Paul 45. 1. Nur dann, wenn die Entscheidung noch in diesem Jahre erfolgt und der Antrag noch in diesem Jahre gestellt wird. 2. Rein. Es empfiehlt sich aber die Beilegerversicherung. - R. 23. 90. Rein.

HERMANN TIETZ

ALEXANDERPLATZ

LEIPZIGER STRASSE

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche

Sowelt Vorrat.

6 Waggon Glas, Porzellan, Wirtschaftsartikel

Porzellan

Tafelgeschirr „Festonform“ Goldrand 3 blaue Linien

- Teller tief oder flach 38 Pf.
Dessertteller 25 Pf.
Kompotteller 22 Pf.
Terrine 27 3/5 315
Kartoffelnäpfe m. Deckel 17 2/5 235
Saucieren 110 150
Bratenplatt oval 68, 85, 95 Pf. 135
Kaffeekanne 68, 70, 90 Pf. 110
Milchtöpfe 20, 28, 40, 48 Pf.
Kaffeetassen 25 Pf.
Speiseservice 23 teill. 30 teill. 45 teill. 50 teill. 1580 1765 3025 3775

Einmaliges Angebot!

ca. 5000 Blumenkübel Majolika

20, 25, 30, 60, 95 Pf. 145 bis 395

Schleifglas

- Kompottschal. 35, 45, 70, 90 Pf. Zuckerschale 45, 55 Pf.
Käseglocke 50 Pf. Sturzflasche 65 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Nickel- und Stahlwaren

- Kaffeesevice mit Tablett, neue Form, Messing vernickelt, 4 Teile 1250
Kaffeesevice mit Tablett, neue Form, Messing vernickelt, 4 Teile 1750
Teemaschine mit regulierbarer Lampe, 2 1/2 Ltr. Inhalt, Messing vernickelt 1050
Weinkühler aus Messing, extra stark vernickelt, moderne Form 630
Punschbowlen aus Messing, extra stark vernickelt, moderne Form 1380
Bowlenkannen vernickelt, mit Eisbehälter 1 1/2 Ltr. Inhalt 575
Teegläser vernickelt 40, 85 Pf. 110
Teegläser verallbert 115 135
Zuckerkörbe verallbert, innen vergoldet, mit Bügel und Glasbezug 450
Konfektschalen verallbert, innen vergoldet, mit geschliffenen Glasbezug 550
Kuchenkörbe ovale Form mit Messing vernickelt, Glatzer u. Fyrenob-Kalender, 2 1/2 Ltr. lang 285

- Ofenvorsetzer 175 225 285
Petroleum-Heizöfen 725 900 1100
Gasheizöfen „Radial“ 3 Rohr 800 4 Rohr 1050 6 Rohr 1500
Wärmeflaschen 80 Pf. 100
Verdampfkasten 65, 80, 95 Pf.

- Ofenschirme schwarz mit Goldstrich 285 385
Ofenschirme mit Dekor 325 425
Salonkohlenkasten mit Dekor 185
Schirmsäulen verschiedene Dekore 245

Steingut

Tafelgeschirr „Festonform“ Goldrand m. Rosenbergs

- Teller tief oder flach 18 Pf.
Dessertteller 15 Pf.
Terrine oval 108 200
Kartoffelschüssel mit Deckel 108 200
Saucieren 95 Pf.
Salatieren 18, 23, 30 Pf.
Bratenplatt oval 20, 30, 45 Pf.
Gemüseplatten rund 65 Pf.

Tafelservice 23 teilig 900 45 teilig 1700 60 teilig 1900

Wirtschafts-Artikel

- Fleischhackmaschinen 100 245 325
Fleischhackmaschinen „Nahmer“ m. 4 versch. Größen, Büchsen 285 400
Reibemaschinen 95 Pf. 110
Messerputzmaschinen auf Brett 500
Brotschneidemaschinen 325 375 475
Wandkaffeemühlen 300 450
Wirtschaftswagen 95 Pf. 175 210
Univ.-Küchensiebe m. 3 Einlag, 18 cm 90 Pf. 110 145
Wäschemangeln Hartholzwalzen, 35 cm Durchmesser, doppelseitige Ueberstrich 2100
Wringmaschinen 1200 1300 1400
Gaskocher 1 Koch-u. 1 Wärme-stelle 325 3 Koch-u. 2 Wärme-stellen 750

Das neue Milka-

Depot Ostbahnhof

—Telephon—
Königstadt 10665



Die höchste Auszeichnung

der Branche

die goldene Medaille

erhielten wir auf der soeben beendeten Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden für unsere vorzügliche Tafel-Margarine und hygienischen Einrichtungen.



Milka-Nährmittel-Fabrik G. m. b. H., Pratau a. d. E., Bezirk Halle a. S.

Die bisher verkaufte Milka extra, Tafel-Margarine, Pfd. 85 Pfg., liefern wir unverändert weiter.

Wir bringen mit dem heutigen Tage eine besonders feine Tafelmargarine, einen ganz neuen Butterersatz

„Milka exquisit“

in den Handel. Durch seine täglich frische Herstellung mit Zusatz von

süßer Sahne

aus nur besten Zutaten ist ein Unterschied zwischen

feiner Naturbutter

nicht mehr zu erkennen. Man kann sie also auch ruhig als solche essen.

Die „Milka exquisit“ feinste Tafelmargarine

wird in der

Milka-Nährmittel-Fabrik, G. m. b. H.

in Pratau in der Goldenen Aue

hergestellt, wo es viele und gute Milch gibt, und wo von ausgezeichneten Rassekühen eine hygienisch einwandfreie, gesunde Milch erzeugt wird.

Die Herstellung

geschieht in subtilster Weise, unter ständiger Kontrolle dreier erfahrener Chemiker, aus den edelsten Rohmaterialien mit Zusatz von besten Milchprodukten

täglich frisch.

Sie schmeckt wie frische Malbutter.

Ein so feines Produkt muß natürlich

frisch gegessen

werden,

wenn seine Vorzüge entsprechend gewürdigt werden sollen.



Um dieses zu ermöglichen resp. garantieren zu können, haben wir ein ganz neues Verkaufssystem

eingerrichtet. Wir haben in Berlin am Ostbahnhof ein großes Depot eingerichtet, wo die Waggonen beladen mit „Milka“ frisch von der Fabrik ankommen. Die Stadt Berlin haben wir in 25 Bezirke eingeteilt. Täglich frühmorgens um 7 Uhr fahren unsere 25 mit Pferden bespannten Wagen



am Ostbahnhof vor, wie oben abgebildet, und werden mit ganz frischer „Milka exquisit“ beladen. Jeder Wagen fährt nun nach seinem Bezirk und verteilt sie dort an die Kaufleute. Durch diese neue Vertriebsart ist es uns möglich, unsere „Milka exquisit“

jeden Morgen frisch

bei circa 2000 Händlern abzuliefern, sodaß also die Berliner Hausfrau jeden Morgen frische Milka bei ihrem Kaufmann erhalten kann, was sehr wichtig ist, denn Frische ist bei einem Butterersatz so wichtig, wie bei Milch.



Das feilhalten

in den Bäden geschieht auf sauberen Emailleständen mit Glasglocke

Es wird nur soviel geliefert, wie an einem Tage verkauft werden kann.

Garantie: Allerdings ist es gut, wenn die Hausfrau darauf achtet, daß sie auch die richtige echte Milka erhält; man verlange also ausdrücklich „Milka exquisit“ mit der nebenstehenden Schutzmarke und weise jede andere Marke zurück. So brauchen Sie nicht mehr die teure Naturbutter zu kaufen.

MIT ZUSATZ VON SÜßER SAHNE HERGESTELLT



Unsere „Milka exquisit“ kommt in Groß-Berlin sukzessive in ca. 2000 Kolonialwaren- und Mehl-Geschäften zum Verkauf, die durch das bekannte Milka-Plakat gekennzeichnet sind. Der Preis ist auf

90 Pfennige

pro Pfund festgesetzt und ist mit Rücksicht auf die vorzügliche Qualität billig zu nennen.

Verkaufsart:



An Private verkaufen wir nicht.